Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

20. Februar 1974 Jg. 2 Nr. 4 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 45 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 20.2.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 17.2.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Nein zum Abschluß im öffentlichen Dienst

NACH DEM STREIK: BREITE UNZUFRIEDENHEIT DER KOLLEGEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST ÜBER DAS ERGEBNIS
MEHRERE VERTRAUENSLEUTEKÖRPER UND STREIKLEITUNGEN FORDERN AUF, NEIN ZU STIMMEN!



Für diesen Abschluß haben wir nicht gestreikt, ist die Meinung der Kollegen. Auf dem Bild Braunschweiger Postler während des Streiks. dpa-bild

Während des Streiks stand die Regierung drei Tage lang Kopf. Dann haben ihre Parteifreunde in der ÖTV ihr wieder auf die Beine geholfen.

Im öffentlichen Dienst sind die Arbeiter und Angestellten mit dem Ergebnis ihres Arbeitskampfes nicht zufrieden. Vorigen Mittwoch, als sich abzeichnete, daß die Verhandlungskommission mit 11 % und 170 DM mindestens abschließen wollte, entstand in den Streiklokalen große Unruhe. "Da hätten wir gar nicht zu streiken brauchen." und "jetzt trete ich aus der Gewerkschaft aus." und "Daß sie die 300 DM Urlaubsgeld für alle unter den Tisch haben fallen lassen, ist eine Sauerei." hieß es. Besonders schädlich ist es, so sagten viele, daß der Streik bis zur Urabstimmung "ausgesetzt" werden soll.
Diese ablehnende Haltung der Arbeiter und Angestellten kann man auch an folgendem ablesen. In Wiesbaden und Mannheim hat z. B. die Müllabfuhr nicht gleich zu arbeiten angefangen. Auch in Frankfurt und anderen Städten haben Kollegen versucht, weiter zu streiken.

Frankfurt. Die Vertrauensleutevollversammlung der Hauptabteilung Gemeinde Frankfurt der ÖTV beschloß nach Bekanntgabe des Tarifergebnisses folgende Resolution:
"Wir fordern alle Arbeiter und Angestellten auf, bei der Urabstimmung am 20. und 21.Februar gegen das bisher erzielte, vorläufige Verhandlungsergebnis zu stimmen. Die Auffassung der hessischen Mitglieder der Tarifkommission teilen wir, daß bei Fortsetzung des Streiks mehr zu erreichen gewesen wäre. Wir fordern den Kreisvorstand auf, in einem Flugblatt allen Abstimmungsberechtigten im Kreisgebiet entsprechend dem Votum unserer hessischen Tarifkommission zu empfehlen, das Ergebnis abzulehnen. Weiterhin soll der Kreisvorstand in Verbindung mit Post und Bahn alle Beschäftigten zu einer Protestkundgebung gegen das unzureichende Resultat aufrufen. Bei einer mehrheitlichen Ablehnung des bisherigen Verhandlungsergebnisses durch die ÖTV-Mitglieder in Frankfurt fordern wir den Kreisvorstand auf, sofort mit den Arbeitsgebern in Frankfurt Verhandlungen über die volle Durchsetzung der Forderungen, insbesondere Urlaubsgeld, aufzunehmen und den Streik bei Einbeziehung aller streikwilligen Betriebe fortzuführen."
Die ungefähr 100 Vertrauensleute, die diese Resolution verabschiedeten, richteten scharfe Angriffe gegen die ÖTV-Führung, die Bundesregierung, die SPD und gegen das Verhalten Willy Brandts.

In Wolfsburg hat die Streikleitung das Ergebnis noch Mittwochabend abgelehnt und aufgefordert, in der Urabstimmung mit Nein zu stimmen. Diese Kollegen haben völlig recht. Das Ergebnis muss in der Urabstimmung abgelehnt werden.
Insgesamt ist es aber den Arbeitern und Angestellten nicht gelungen, die Initiative wieder an sich zu reissen und gegen das schlechte 11 % und 170 DM Ergebnis weiter zu streiken. Wo das versucht wurde, gelang es der Gewerkschaftsführung im Laufe des Donnerstag "Ruhe und Ordnung" fürs erste wieder herzustellen.
Im öffentlichen Dienst wird wieder gearbeitet. Zwar, mit zusammengebissenen Zähnen und Wut im Bauch, aber, es wird wieder gearbeitet. Ein Erfolg der SPD/FDP-Regierung und ihrer Parteifreunde in der ÖTV also? Eine komplette Niederlage der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst?
Auf den ersten Blick sieht es so aus. Was die wirtschaftliche Seite angeht, der "11 % und 170 DM mindestens" Abschluß ist Lohnsenkung; das kann sich jeder ausrechnen, daran ist nicht zu rütteln.

Aber, genügt diese Tatsache, um zu verstehen, was der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst für die gegenwärtige Arbeiterbewegung bedeutet? Nur für Krämerseelen, die die Arbeiter von der Politik fernhalten wollen, genügt das. Wenn wir aber lernen wollen aus diesem Arbeitskampf, dann müssen wir genauer hinschauen. Zuerst, was hat es die SPD/FDP-Regierung und ihre Parteifreunde in der ÖTV gekostet, den Arbeitern und Angestellten einen derartigen Abschluß aufzuhängen? Der Preis war hoch. Die Regierung Brandt hat ihre ganze Autorität für einen Abschluß unter 10 % eingesetzt. Der SPD-Kanzler Brandt hat sich klar und deutlich auf die Arbeitgeberseite gestellt und krampfhaft versucht, die Bevölkerung gegen den Arbeitskampf im öffentlichen Dienst aufzubringen. Daß dieser Kanzler und diese Partei von den Kapitalisten ausgehalten wird, damit sie für die denken und handeln, das sagen wir Kommunisten schon lange, daß dieser Kanzler und diese Partei das aber so offen, unverschämt und deutlich machen, ist neu. Daß es **nichts genutzt hat** und daß es nicht gelungen ist, den Kampfmut der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zu brechen und die Bevölkerung aufzuhetzen, das ist ganz ausgezeichnet.

Dem Friedenskaiser Brandt hat der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst einen Zacken aus der Krone gebrochen. Jetzt steht er da als ein Kapitalistenkanzler wie jeder andere auch. Folgendes hat der Streik im öffentlichen Dienst über die Regierung ans Licht gebracht: Noch nicht einmal mit Unterstützung durch die SPD-Parteifreunde in der ÖTV ist sie imstande, den Arbeitern und Angestellten ihren Willen aufzuschwätzen. Noch nicht einmal unter Einsatz von Millionenmitteln des Fernsehens, der Presse, des Rundfunks gelingt es ihr, Volkszorn gegen kämpfende Arbeiter zu erzeugen. Eine derartige Hetze versucht zu haben und gescheitert zu sein, das wird dieser Regierung und dieser Partei empfindlich schaden. Von einem Vertrauensverhältnis zwischen SPD/FDP-Regierung und den Volksmassen kann keine Rede sein, es gibt praktisch niemand, der um der köstlichen Reformen der Regierung willen, Opfer auf sich nehmen wollte. Aus dem Lohnkampf im öffentlichen Dienst geht die Regierung Brandt gerupft hervor, ein Gockel, der, seiner schönsten Federn beraubt, auf dem Misthaufen der gegenwärtigen Ausbeuterordnung steht. Er kräht noch ein wenig von Mitbestimmung, aber keiner will ihm mehr so richtig zuhören. Man kann die Regierung beim besten Willen nicht als Sieger in dieser Auseinandersetzung bezeichnen.

Jetzt aber, waren vielleicht die SPD-Parteifreunde in der ÖTV die wahren Sieger in diesem Kampf, haben sie vielleicht Boden gewinnen können?

Fortsetzung S. 4

Grundgesetz - Verfassung des Kapitals

ZUR VERFASSUNGSDEBATTE IM BUNDESTAG

Die CDU/CSU will keine Verfassungsdebatte, sondern eine Debatte über den Verfassungsschutz sagte ein Sprecher der SPD in der letzten Bundestagsdebatte. Daß der Verfassungsschutz der SPD/FDP-Regierung selbst untersteht, daß diese Regierung den Etat dieses Spitzel- und Verfolgerapparats gewaltig erhöht hat, um seine Tätigkeit gegen jede fortschrittliche Regung im Volk auszuweiten, das kam nicht zur Sprache. Die CDU/CSU brachte es nicht zur Sprache, weil ihr Angriff auf die SPD ja gerade den Nachweis erbringen wollte, daß die SPD das Grundgesetz nicht zu schützen vermag. Die SPD brachte dies nicht zur Sprache, weil sie gegenüber den reaktionären Angriffen der CDU nur das verschlissene Mäntelchen vom Ausbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaats umhängen konnte.
Was sie macht und allein oder gemeinsam mit der CDU/CSU gemacht hat auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes und der Absicherung der Kapitalherrschaft, das durfte die SPD in dieser Debatte nicht in der Vordergrund stellen. Denn es ist die besondere Aufgabe und auch einzige Überlebenschance der SPD, die tatsächliche Linksentwicklung im Volk und den Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes aufzufangen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung. Demgegenüber versucht die CDU die immer stärker werdende Unzufriedenheit der Arbeiterklasse und des Volkes mit der SPD, in die große Teile des Volkes soziale und demokratische Hoffnungen gesetzt haben, auf ihre Mühlen zu lenken. Diese nicht zu leugnende Empörung und Bewegung in der Arbeiterklasse und im Volk, die über die SPD und die kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückerordnung hinausdrängt, versucht die CDU/CSU mit Demagogien nach rechts zurückzuzerren und zugleich die zerstrittenen rechten Kräfte neu zusammenzufassen.
Den Verschleiß des Ansehens der bürgerlichen Parteien in der Arbeiterklasse, im Volk, kann keine der bürgerlichen Parteien im gegenseitigen Angriff zu ihren Gunsten und zum Schaden der anderen aufhalten.

In der Verfassungsdebatte im Bundestag versuchten sie die bürgerliche Ordnung als etwas darzustellen, um das sich die Auseinandersetzung lohne, das es zu schützen gelte. Und sie haben diese Debatte nötig, diese Herren, die beschließen, ihre Diäten zu erhöhen und gleichzeitig für die Stabilität und den Lohnverzicht kämpfen. Sie ringen wie mit einem Gespenst mit der Wirklichkeit, daß nämlich immer größere Teile des Volkes sich von diesen Parteien selbständig machen wollen, im Kampf gegen den Imperialismus, im Kampf um Rechte und materielle Interessen. In

Fortsetzung S. 3

Aus dem Inhalt

KBW–SPENDENKONTO
Commerzbank Mannheim
Kto.Nr. 3258589 – 00

Streit auf der Erdölkonferenz

DIE WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN BLEIBEN TREUE HUNDE DER US - IMPERIALISTEN

Mit großem Geschrei beklagen die bürgerlichen Kommentatoren im Fernsehen, Rundfunk und Presse die europäischen Streitereien bei der Ölkonferenz in Washington. Für das Scheitern dieser Konferenz und die Unfähigkeit der Staaten der europäischen Gemeinschaft, gemeinsam aufzutreten, wird Frankreich verantwortlich gemacht, als handle es sich um ein bockiges Kind, das man ausschimpfen muß. Eine Erklärung freilich für den Grund der Auseinandersetzungen wird von diesen Schwätzern und Schwachköpfen, die jeden Abend im Fernsehen den Kommentar liefern, nicht gegeben, genausowenig wie bei den Interviews mit Ministern und Staatssekretären, deren ganze Kunst darin besteht, auf Fragen keine Antworten zu geben und fünf Minuten lang mit viel Worten nichts zu sagen.

Was sind die verschiedenen Interessen der europäischen Imperialisten und des US-Imperialismus, die sich auf der Ölkonferenz in Washington getroffen haben?

DER US–IMPERIALISMUS WILL DIE VORHERRSCHAFT ÜBER DIE EUROPÄISCHEN IMPERIALISTEN ZURÜCKGEWINNEN, EIN DIKTAT GEGENÜBER DEN ERDÖLLÄNDERN DURCHSETZEN UND DAS MONOPOL DER US–ÖLKONZERNE VERTEIDIGEN – NOTFALLS MIT KRIEG

Präsident Nixon hat die westlichen Industrieländer eindringlich vor Alleingängen bei der Sicherung ihrer Erdölversorgung gewarnt. Auf der Washingtoner Konferenz erklärte er, daß Einzelabkommen mit den erdölexportierenden Ländern auf Kosten der Weltwirtschaft und des Weltfriedens gehen müßten. So stand es in den Zeitungen. Was heißt das?

Das heißt, daß der US-Imperialismus unmißverständlich mit dem Wirtschaftskrieg droht, also mit Handelsbeschränkungen, die die europäischen Länder, die in die USA exportieren, empfindlich treffen können. Zum zweiten drohen die US-Imperialisten unmißverständlich mit kriegerischen Eingriffen in den Erdölländern und versuchen, die europäischen Imperialisten für ein gemeinsames Epressungsmanöver gegen die arabischen Staaten zu gewinnen. Dabei geht es den US-Imperialisten darum, die US-Ölkonzerne und ihre fabelhaften Profite zu schützen, wie der algerische Präsident Boumedienne sagte. Die Monopolstellung der Ölkonzerne bedeutet zugleich eine wichtige Machtposition der US-Imperialisten insgesamt, die durch die Politik der arabischen Staaten entscheidend angeschlagen wird.

Die Erdölländer wollen zweiseitige staatliche Verträge über den Tausch von Erdöl gegen Industrieausrüstungen. Sie wollen ihre Erdölvorkommen im eigenen Interesse selbst ausbeuten. Dazu müssen sie die Ölkonzerne, die ihre Reichtümer in ihren Besitz gebracht haben, enteignen. Das bedeutet für die US-Ölkonzerne, aber auch für die britisch-niederländischen Konzerne BP und Shell, daß sie nicht nur ihre Ausbeuterstellung in den arabischen Ländern verlieren, sondern zugleich den europäischen Markt für Erdölprodukte, den sie bisher beherrschen. Verlieren die US-Ölmonopole den europäischen Markt, so verliert der US-Imperialismus zugleich eine wesentliche Machtposition in Europa. Wie der algerische Präsident Boumedienne am 5.2.74 in einem Interview mit der französischen Zeitung "Le Monde" richtig darstellte, ist deshalb die Politik des US-Imperialismus nicht nur gegen die arabischen Erdölländer, sondern auch gegen die europäischen Länder gerichtet. Der US-Imperialismus will Vorherrschaft über den Nahen Osten und Europa.

Insofern die Position der europäischen Erdölkonzerne, vor allem BP und Shell, selbst durch das Unabhängigkeitsstreben der arabischen Länder betroffen ist, neigen die europäischen Imperialisten dazu, mit den USA eine gemeinsame imperialistische Front einzugehen, insofern sie hoffen, durch die Vertreibung der den USA eine gemeinsame imperialistische Front einzugehen, insofern hoffen sie durch die Vertreibung der US-Konzerne ihre Position auszuweiten, neigen sie zu einer selbständigen Politik gegenüber dem US-Imperialismus.

Derzeit ist die Lage so, daß die französische Regierung eindeutig gegen die USA Stellung bezieht. Die französischen Imperialisten hoffen durch ein Eingehen auf die Vorstellungen der arabischen Staaten und durch den Abschluß zweiseitiger Verträge sowohl Öl zu bekommen als auch die Möglichkeit, französisches Industriekapital in den arabischen Staaten anzusiedeln, um damit selbst den Nahen Osten zu ihrem Einflußgebiet zu machen. Die arabischen Staaten sind bereit, mit den französischen Imperialisten auf dieser Basis zusammenzuarbeiten, weil sie davon erhoffen, eine stärkere Position gegenüber den mächtigeren US-Imperialisten zu gewinnen. Sie nutzen die Widersprüche zwischen den Imperialisten und ihren Interessen aus.

DIE WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN VERFOLGEN IHRE INTERESSEN ALS KETTENHUNDE DES US–IMPERIALISMUS

Demgegenüber haben die Vertreter des westdeutschen Imperialismus auf der Washingtoner Konferenz sich auf die Seite des US-Imperialismus geschlagen. Innerhalb der europäischen Gemeinschaft kämpft der westdeutsche Imperialismus um die Vormachtstellung. Dabei hat er in Frankreich seinen schärfsten Konkurrenten. Der westdeutsche Imperialismus ist nach dem Krieg als Kettenhund des US-Imperialismus wieder hochgekommen. Politisch und militärisch ist die Machtposition des westdeutschen Imperialismus nach wie vor an den US-Imperialismus gebunden. In der Ölkrise hat der westdeutsche Imperialismus beständig ein doppeltes Spiel betrieben. Offener als alle anderen europäischen Regierungen hat die westdeutsche die großen Ölkonzerne unterstützt. Andererseits hat auch die westdeutsche Regierung direkte Verhandlungen mit den Erdölländern aufgenommen. Dabei gab es aber einen eindeutigen Vorzug gegenüber dem Iran, welches das Land ist, das am wenigsten die Unabhängigkeitspolitik der arabischen Staaten unterstützt und als militärisch hochgerüsteter Staat die Interessen des US-Imperialismus am persisch-arabischen Golf wahrt. Die Bundesregierung lehnt außerdem Staatsverträge ab. Sie verhandelt als Vertreter ihres neugeschaffenen Ölkonzerns (Veba Gelsenberg) und will die britisch-niederländischen Konzerne BP und Shell miteinbeziehen. Sie will aber diese Interessen unbedingt im militärischen und politischen Bündnis mit dem US-Imperialismus verfolgen – mit der USA -Atommacht.

Unter der Decke dieses Bündnisses befindet sich der westdeutsche Imperialismus in schärfster Konkurrenz zum US-Imperialismus, dem er Märkte und Einflußsphären abzujagen sucht. Das westdeutsche Kapital, das in Südamerika, Afrika und Asien sich an der Ausplünderung der Völker beteiligt, kann jedoch in der Sicherung seiner Ausbeuterherrschaft militärisch nicht auf den US-Imperialismus verzichten und auch seine Ausdehnung nach Osten will es zusammen mit der Militärmacht des US-Imperialismus sichern. Was dem westdeutschen Imperialismus durch den Aufbau der Europäischen Gemeinschaft nicht gelingt, weil die europäischen Imperialisten und vor allem Frankreich sich nicht der Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus beugen wollen, will er in Fortsetzung der Nachkriegspolitik als Kettenhund des US-Imperialismus erreichen: seine imperialistische Ausbeuterherrschaft in allen Teilen der Welt auszubauen und zu sichern.

Doch all dies kann nicht verhindern, daß der Imperialismus insgesamt sich in einer schweren Krise befindet. Diese Krise ist nicht eine künstlich von den Ölkonzernen herbeigeführte Krise, wie viele meinen, weil die Tanks voll sind und die Erdölkonzerne riesige Profite durch ungeheure Preistreibereien machten. Die Maßnahmen der Ölkonzerne sind ihre imperialistischen Maßnahmen, um mit ihrer Krise fertig zu werden. Und es handelt sich nicht nur um die Krise der Ölkonzerne, deren Positionen in den von ihnen ausgebeuteten Ländern gefährdet sind, sondern um eine umfassende politische Krise des Imperialismus. Das Unabhängigkeitsstreben der abhängigen Staaten und der Befreiungskampf der Völker versetzen dem Imperialismus schwere Schläge. Die Ölpolitik der arabischen Staaten, die die Imperialisten wahrhaft durcheinanderwirbelt, ist nur ein Teilstück der antiimperialistischen Front der unterdrückten und ausgebeuteten Völker. Die Arbeiterklasse darf an keinem Punkt dieser Auseinandersetzungen gemeinsame Front mit den Imperialisten machen, die auch ihre Ausbeuter und Unterdrücker sind. Eine gerechte Ordnung auf der Welt kann sie nur erreichen, wenn sie selbst Front macht gegen die Imperialisten im eigenen Land und jedem imperialistischen Bündnis entgegentritt. Insbesondere gilt es, den Kampf aufzunehmen gegen die imperialistischen Militärbündnisse, für den Austritt aus der NATO, für den Abzug aller westdeutschen Truppen in fremden Ländern und für den Abzug ausländischer Truppen aus Westdeutschland. –bb–

PROFITEXPLOSION BEI ERDÖLKONZERNEN

Die Profitexplosion bei den Erdölkonzernen hat noch weit größere Ausmaße, als wir in unserer letzten Ausgabe der KVZ meldeten. Wie jetzt bekannt wurde, steigerte die zweitgrößte amerikanische Ölgesellschaft ihren Profit auf das ganze Jahr 1973 berechnet um 47 %. Das letzte Quartal für sich allein genommen aber brachte eine Gewinnsteigerung von 68 %! Für die drittgrößte amerikanische Ölgesellschaft lauten die entsprechenden Zahlen 45,4 % für das Jahr 1973 und 70 % für das letzte Quartal. Zwei weitere Ölgesellschaften, die Union Oil und Ashland, haben ebenfalls erklärt, daß ihre Gewinne im letzten Quartal 1973 besonders stark zugenommen hätten. (Le Monde, 5.2.)

Diese Tatsachen sind ein weiteres Beispiel dafür, wie die Ölkonzerne die Krise ausnützen, um vorteilhafte Geschäfte damit zu machen.

Zur Ausweisung Solschenizyns

IN DER BUNDESREPUBLIK EINE KAMPAGNE DER HEUCHELEI

Die Regierung der Sowjetunion hat Aleksander Solschenizyn die sowjetische Staatsbürgerschaft aberkannt und ihn des Landes verwiesen. Am Mittwoch, 13.2., wurde Solschenizyn in ein Flugzeug gesetzt und nach Westdeutschland abgeschoben.

WER IST SOLSCHENIZYN?

Solschenizyn – das ist zunächstmal ein Name, mit dem die bürgerliche Presse, Radio und Fernsehen in Westdeutschland und Westeuropa mit viel Aufwand eine Kampagne führen. Jedes noch so nebensächliche Ereignis ist ihnen eine Sensationsmeldung wert. Im Bundestag beriefen sich die Verfassungsschützer von SPD und CDU wechselseitig auf Solschenizyn. Im Fernsehen kann der Zuschauer dabeisein, wenn der Reporter "live" über Telefon direkt mit Solschenizyns Frau in Moskau spricht.

Die Heuchelei dieser Kampagne für Solschenizyn und für die Menschenwürde schlechthin ist schnell zu durchschauen.

Wenn der Nobelpreisträger Brandt erklärt, daß der Nobelpreisträger Solschenizyn jederzeit in der Bundesrepublik aufgenommen würde, wenn Ministerpräsident Filbinger Solschenizyn nach Baden-Württemberg, dem "Land der Dichter und Denker" einlädt, dann bedeutet das kaum, daß in Westdeutschland jetzt mit der Unterdrückung politischer Meinungsfreiheit, mit dem Abbau demokratischer Rechte, mit der Entrechtung im öffentlichen Dienst, mit der Bespitzelung streikender Arbeiter, mit der politischen Justiz Schluß gemacht würde. Im Gegenteil!

Für diese Herren ist Solschenizyn nichts als eine Gelegenheit, ihre "Freiheitsliebe" einem Gleichgesinnten gegenüber unter Beweis zu stellen, während sie die politische Unterdrückung in unserem Lande weiter vorantreiben.

Bei westdeutschen Gerichten sind augenblicklich mehrere Verfahren gegen Herausgeber von Zeitungen anhängig, denen "Verunglimpfung der Bundesrepublik", "Verächtlichmachung ihrer Organe" bis hin zur Bildung einer "kriminellen Vereinigung" vorgeworfen wird. Ihre Verbrechen bestanden darin, daß sie gemäß den Paragraphen des bürgerlichen Pressegesetzes für eine Zeitung verantwortlich zeichneten, in der der kapitalistische Staat angegriffen und kritisiert worden ist. Michael Schulte zum Beispiel steht in Dortmund vor Gericht. Er zeichnete verantwortlich für die (inzwischen eingestellte) "Rote Fahne" des "Zentralbüros der KPD/ML". Ihm wird unter anderem schon angekreidet, daß in dieser Zeitung von "den Kapitalisten und ihrem Bonner Staat" die Rede war.

Wenn die Bourgeoisie hier die Freiheit und Unversehrtheit Solschenizyns verteidigt, dann tut sie das, weil sie ihre Freiheit zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes verteidigen will.

Solschenizyn – das ist aber auch ein Problem für die Regierung der Sowjetunion, für die revisionistische Breschnew-Clique, die in der Sowjetunion den Kapitalismus restauriert und die Arbeiterklasse und die Völker der Sowjetunion unterdrückt. Die fortschreitende Restauration des Kapitalismus verschärft die Widersprüche innerhalb der Sowjetgesellschaft. Während die herrschende Clique frech vom "Aufbau des Kommunismus" redet, verschärfen sich die Klassengegensätze, vergrößern sich die Einkommensunterschiede, leben einige wenige in Saus und Braus, während Ausbeutung und Unterdrückung für die große Masse immer unerträglicher werden. Nachdem die Bourgeoisie neuen Typs die Staatsmacht erobert hatte, haben sich immer mehr die Spekulanten, Fabrikherren und Schwarzhändler breit gemacht. Sie träumen davon, die Sowjetgesellschaft von den Fesseln der monopolkapitalistischen Herrschaft der einen Clique zugunsten ihrer eigenen Profite zu "befreien". Sie wollen an die Stelle des bestehenden Herrschaftssystems des Sozialimperialismus ein System wie das des USA-Imperialismus setzen. In Solschenizyn haben sie einen ihrer literarischen Sprecher gefunden.

Was konnten die Sowjetrevisionisten gegen Solschenizyn unternehmen? Dieser einzelne Mann war wirklich für die neuen Monopolherren gefährlich, weil er nur die Spitze eines Eisberges ist, eines Berges von Widersprüchen innerhalb der neuen Bourgeoisie selber. Die revisionistischen Herren in der Sowjetunion können dem Volk nicht die Wahrheit sagen. Wenn sie sich auf die revolutionären Traditionen der Oktoberrevolution und Lenins berufen, dann verfälschen sie sie bis zur Unkenntlichkeit. Gegen die Angriffe der westlichen Presse und der oppositionellen Intellektuellen können sie sich nicht anders verteidigen als mit leeren Phrasen und mit neuer Unterdrückung. Gleichzeitig aber wollen sie es mit ihren neuen Freunden in Washington und Bonn usw. doch nicht ganz verderben. Jetzt also haben sie ihnen Aleksander Solschenizyn geschickt, damit er, so drückte sich Sowjetbotschafter Falin aus, "wie eine Primel eingeht".

Möglich, daß es so kommt; aber daran, daß die revisionistische Clique in der Sowjetunion auf einem Vulkan sitzt, wird das wenig ändern. Genauso wenig wie die Solschenizynkampagne hier daran etwas ändert, daß die politischen Freiheiten nicht garantiert, sondern gegen die Solschenizyn-Freunde erkämpft werden müssen.

–W.D.–

Aus der Organisation

Das ZK hat auf seiner Sitzung vom 9.2.1974 einstimmig die Bildung einer Ortsgruppe in Braunschweig, sowie von Ortsaufbaugruppen in Delmenhorst und Helmstedt beschlossen.

Die Ortsgruppe **Braunschweig** ist hervorgegangen aus dem Zusammenschluß des vormaligen KB Braunschweig und der Initiativgruppe Braunschweig, die vorwiegend innergewerkschaftliche Arbeit geleistet hat. Die Ortsgruppe hat Zellen in Metallbetrieben aufgebaut (VW, Siemens, MIAG), sowie in der Druckindustrie. Zellen in den örtlichen Massenorganisationen werden aufgebaut, vor allem im Kommunistischen Studentenbund und im Initiativkomitee für einen Kommunistischen Oberschülerbund sowie unter der werktätigen Intelligenz. Die Ortsgruppe Braunschweig verkaufte bisher durchschnittlich 230 KVZ. Der größte Teil des Verkaufs in Braunschweig geht über die örtlichen Buchläden.

schweig geht über die örtlichen Buchläden.

Die Ortsaufbaugruppe **Delmenhorst** ist ursprünglich über die Arbeit des alten KB Bremen entstanden und stützte sich zunächst vor allem auf die Ersatzdienstleistenden. Inzwischen hat sie darüberhinaus in der Stadt Verbindungen gewonnen und arbeitet mit vier Zellen, davon zwei in Betrieben (öffentlicher Dienst). Eine Arbeit in den örtlichen Industriebetrieben konnte noch nicht aufgebaut werden. Dafür ist mitverantwortlich die bisherige enge Bindung an Bremen, wodurch die Entfaltung einer eigenen Politik am Ort vernachlässigt wurde. Die Ortsaufbaugruppe verkauft 150 KVZ.

Die Ortsaufbaugruppe **Helmstedt** ist hervorgegangen aus dem Sozialistischen Aktionskreis. Sie arbeitet mit einer Betriebszelle bei BKB und einer vorläufig als Branchenzelle arbeitenden Metallzelle. Bis auf eine Ausnahme besteht sie aus Lehrlingen und Jungarbeitern, die am Ort selbständig die Politik entfaltet haben und dabei zeitweise sich gegen eine örtliche Oberschülergruppe behaupten mußten, die zur Gruppe Rote Fahne (KPD) tendierte. Die Ortsaufbaugruppe verkauft regelmäßig in Helm-

baugruppe verkauft regelmäßig in Helm-

stedt und Schöningen zwischen 80 und 100 KVZ.

Zu einer Ortsaufbaugruppe zusammengefaßt wurden auf eigenen Antrag die Mitglieder und Kandidaten des KBW in **Koblenz**.

SPENDENLISTE VOM 2.2. BIS ZUM 16.2.1974

Spender	Betrag
Sympathisanten (Juristen), Bremen	250,00 DM
Lehrer, Bremen	445,00 DM
Verteiler vor Klöckner, Bremen	45,00 DM
Verteiler vor VFW,Bremen	20,00 DM
Verteiler vor Schünemann, Bremen	50,00 DM
Sympathisanten aus Delmenhorst	60,00 DM
Betriebszelle Nordmende, Bremen	50,00 DM
Betriebszelle VFW Lemwerder	10,00 DM
Stadtteilzelle Bremen-Nord	55,00 DM
Dienstleisterzelle Universität Bremen	437,00 DM
Hochschullehrer Universität Bremen	3 220,00 DM
KVZ-Freundeskreis Nienburg	80,00 DM
A.H., Göttingen	87,00 DM
Nath.Math.Kollektiv Heidelberg	100,00 DM
Sympathisantenkreis werktät.Intelligenz aus Göttingen	122,80 DM
Betriebszelle Post aus Freiburg	54,10 DM
Sammlung auf KBW-Veranstaltung gegen den Lohnabbau in Heidelberg	407,00 DM
KHG, Freiburg	200,00 DM
U.K.,Clausthal-Zellerfeld	100,00 DM
G.H., Paderborn	60,00 DM
Kl.N., Kassel	50,00 DM
Sympathisanten des KBW aus Wuppertal	50,00 DM
J. u. S., Berlin	1 000,00 DM
KVZ-Leserkreis,Essen	160,00 DM
H.O., Kiel	150,00 DM
Sympathisanten des KBW aus Holzminden	200,00 DM
Spendensammlung Buchladen Freiburg	50,00 DM
Sy.D., Hamburg	1 200,00 DM
Spendensammlung Buchladen Kassel	60,00 DM
Spendensammlung Buchladen Bremen	1 358,50 DM
Kommunistische Gruppe Tübingen	70,00 DM
Sympathisanten des KBW aus Marburg	50,00 DM
GUV (Sektion Schulkampf) Heidelberg	650,00 DM
KVZ-Lesekreis,Bünde	20,00 DM
A.G., Göttingen	500,00 DM
KSB-Zelle Wiwi Frankfurt	100,00 DM
Spendensammlung Buchladen Frankfurt	225,00 DM
Spendensammlung Buchladen Hamburg	312,50 DM

BERICHTIGUNGEN

In der 2.Auflage der **"Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland"** ist im **"Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland"** auf Seite 17 ein Setzfehler. Es fehlt die Forderung: **"Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme."** Diese Forderung steht vor "Verbot der Nacht- und Schichtarbeit ..."

In der KVZ Nr.2/74 wurde berichtet, daß 3 Vertrauensleute von Texaco Hamburg aus der **Gewerkschaft** ausgeschlossen worden seien. Das ist nicht richtig. Die 3 Kollegen wurden aus dem **Vertrauensleutekörper** ausgeschlossen.

In der KVZ Nr.3/74 muß es auf Seite 15 im Artikel: **"Niederlage für hessische Landesregierung"** in Spalte 4 unten heißen: **"In einer Urabstimmung, an der über 10 000 Studenten teilnahmen, . . ."**

In der KVZ Nr.2/74, Artikel: **"Den Kampf auf allen Ebenen entschlossen führen"** heißt es in Spalte zwei: "Im Kampf um den Lohn stehen die Arbeiter einzelner Betriebe und einzelner Branchen gegenüber." Es muß heißen laut Manuskript: "Im Kampf um den Lohn stehen die Arbeiter einzelner Betriebe und einzelner Branchen **den Kapitalisten einzelner Betriebe und einzelner Branchen gegenüber.**"

Grundgesetz - Verfassung des Kapitals

Forts.von S.1

Teilen der Bundestagsdebatte war es, als ob ein Gespenst umginge, das Gespenst des Kommunismus. So als der CDU-Sprecher Carstens sich erregte, daß in einem Schulbuch Karl Marx zitiert sei, die Diktatur des Proletariats als Diktatur der Mehrheit über die Minderheit der Kapitalisten, daß dies Demokratie sei. Wie viele Zuschauer am Fernsehschirm mag es in ganz anderer Weise erregt haben, diese Wahrheit aus dem Munde der Unterdrücker der Wahrheit zu hören.

Wie jede bürgerliche Verfassung formuliert das Grundgesetz die Einschränkung aller politischen Rechte und Freiheiten, von denen es spricht. Der Schutz der Verfassung besteht gerade darin, daß das Volk an der Anwendung der demokratischen Freiheiten und Rechte gehindert wird. Vor allem die "unverzichtbaren" Grundrechte, Meinungsfreiheit und die Möglichkeit, seine Meinung zu verbreiten, das Recht, sich politisch zusammenzuschließen, um nur zwei zu benennen, sind samt und sonders durch Gesetze einschränkbar und eingeschränkt. Die Entwicklung des Grundgesetzes schließlich ist eine Entwicklung, die alle bürgerlichen Parteien einmütig verantworten und betrieben haben: Verbot der Kommunistischen Partei, Notstandsverfassung, Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee.

Wie jede bürgerliche Verfassung dient das Grundgesetz der Garantie der bestehenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse, der Garantie der Herrschaft der Kapitalistenklasse mittels ihres Staates und ihrer unmittelbaren Machtorgane Polizei, Armee und Justiz. Die Souveränität des Volkes ist gerade so weit durch die Verfassung eingeschränkt, daß es an dieser Herrschaft nichts ändern darf. Durch Gesetze und Verfassungsänderungen versucht die Bourgeoisie die Einschränkung der Rechte und Freiheiten in dem Maße zu vervollkommnen, wie die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen sich diese Souveränität erkämpfen, nämlich das Recht, die Ausbeuterherrschaft des Kapitals zu beseitigen.

– b.b. –

AUS DEM PROGRAMM DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND: ZUM DEMOKRATISCHEN KAMPF

Um an die proletarische Revolution heranzukommen, freien Raum für die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe zu schaffen und die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung zu gewinnen, muß die Arbeiterklasse den entschiedensten Kampf für die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft führen. Im ständigen demokratischen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat werden die Arbeiterklasse und breite Volksmassen jene Fähigkeiten herausbilden, derer sie bedürfen, um die politische Macht zu erobern, die sozialistische Räterepublik zu errichten und die staatliche Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck stellen die westdeutschen Kommunisten die folgenden Forderungen auf, wobei sie den Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen so führen, daß er auf jenen Punkt zustrebt, an dem er umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

- Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter; Vergütung ihrer Tätigkeit in einer Höhe, die den Durchschnittslohn eines Facharbeiters nicht übersteigt.
- Wahl der Richter und aller höheren Beamten durch das Volk; jederzeitige Absetzbarkeit auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler. Die Bezahlung aller beamteten Personen wird in einer Höhe festgesetzt, die den Durchschnittslohn eines Facharbeiters nicht übersteigt.
- Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten.
- Abschaffung des besonderen Dienstrechts für Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst.
- Abschaffung aller Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen, welche die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, die Meinungs- und Redefreiheit, die Presse-, Versammlungs-, Koalitions-, Streik-, Organisations- und Demonstrationsfreiheit sowie das Recht auf Freizügigkeit einschränken oder unterdrücken.
- Aufhebung aller Gesetzesbestimmungen, welche die Gleichberechtigung der Frau einschränken.
- Völlige Gleichberechtigung von Ausländern, die in der Bundesrepublik arbeiten oder ausgebildet werden.
- Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr; Einheitsschule; Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.
- Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung; Unterbindung aller administrativen Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals; Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung, unerwünschte Lehrer abzuberufen.
- Vollständige Trennung von Kirche und Staat. Alle religiösen Vereinigungen ohne Ausnahme werden vom Staat als private Vereine behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf Schulen und sonstige öffentlichen Einrichtungen.
- Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung der öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.

Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und Aufhebung aller Überreste des Besatzungsstatus; volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR; Abschluß eines Friedensvertrags mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt, die Westberlin–Frage regelt und die vollen Souveränitätsrechte beider deutscher Staaten garantiert. Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen und Abzug aller westdeutschen Truppen aus fremden Staaten.

Brandt zur Vermögensbildung

UNGEHEUERLICHES GESCHWÄTZ

Unter der Überschrift "Willy Brandt übt Selbstkritik" veröffentlichte die Illustrierte "Stern" ein Interview mit dem Bundeskanzler. Darin erklärt er sich "mitverantwortlich, wenn die SPD in der öffentlichen Meinung schlechter dasteht, als sie in Wirklichkeit ist", so sagte er. Doch die Sache ist genau umgekehrt. Die Aufgabe der Kanzlerfigur Brandt ist es gerade, die SPD besser erscheinen zu lassen, als sie ist, und das wird zunehmend schwieriger. In dem Stern-Interview versucht er dies unter anderem mit dem Lob der neuen Beschlüsse zur Vermögensbildung, über die wir in der letzten Ausgabe der Kommuistischen Volkszeitung berichtet hatten. Brandt sagte: "Diese so bescheiden wirkenden gut 200 Mark pro Jahr bedeuten, ob man es glaubt oder nicht, daß man in 25 Jahren 27 000 Mark hat. Vom Geldbetrag abgesehen, hier kommt zum ersten Mal Beteiligung am Produktivvermögen."

Darauf fragt der Stern: "Ja aber was ist mit der Inflation?"

Darauf Brandt: "Mal ohne Inflation gerechnet: Stellen Sie sich einen Arbeitnehmerhaushalt mit drei oder gar vier Personen vor, die im Arbeitsleben stehen, was heute gar nicht selten ist. Da kommt dann schon was zusammen." ... "Das ist mehr als ein Notgroschen. Es wird also möglich sein, daß hier und da mal ein Arbeitnehmer sagen kann: Ich will ein halbes Jahr nicht arbeiten! Das ist doch eine gewaltige Sache für die Würde des einfachen Menschen. Dies schafft eine neue gesellschaftliche Wirklichkeit."

Nun, dafür daß "hier und da einmal ein Arbeitnehmer sagen kann: Ich will ein halbes Jahr nicht arbeiten!", dafür brauchen wir nicht 25 Jahre lang Vermögen bilden, denn sagen kann man das schon heute. Aber tun wird man es auch nicht nach 25 Jahren Vermögensbildung können. Auf den Einwand mit der Inflation meint der Kanzler schlicht: "Mal ohne Inflation gerechnet, kommt dann schon was zusammen." ... "In Arbeitnehmerhaushalten mit drei oder gar vier Personen." All das sind Rechenspielereien mit Zins und Zinseszins im Kopf aber nicht in der Wirklichkeit. Vor allem im Kopf der Arbeiter soll nach dem Willen der SPD sich die Vermögensbildung abspielen, jeder Arbeiter soll sich als kleiner Kapitalist fühlen können. Rechnet man ein paar Generationen weiter, dann sind alle Arbeiter Millionäre. Aber weder in der Einbildung noch in der Wirklichkeit kann dies das Ziel der Arbeiterklasse sein. Weitere 25 Jahre wird die Arbeiterklasse das kapitalistische Ausbeutersystem auch für diese Vermögensbildung nicht bestehen lassen. Das Ziel der Arbeiterklasse ist es, als freies Arbeitervolk die gesamten Produktivkräfte in die eigenen Hände zu nehmen, die sie selbst geschaffen haben. Nicht ist es das Ziel der Arbeiterklasse, mit den Kapitalisten um die Beteiligung am Produktivvermögen, das diese sich aus der Arbeit der Arbeiterklasse angeeignet haben, zu schachern. Wo dieser Schacher von den Kapitalisten oder ihren Regierungsvertretern angeboten wird, handelt es sich immer um Betrug. Mit diesem Betrug wollen sie genau das Gegenteil erreichen von dem, was sie vorgaukeln: nicht Beteiligung am Produktivvermögen, sondern Absicherung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, in denen die Arbeiter für das Vermögen der Kapitalisten schaffen.

Die Kapitalisten kommt dieser Betrug billig und vorteilhaft. Billig, weil die sogenannte Gewinnabgabe für die Vermögensbildung aus neu ausgegebenen Aktien getätigt werden soll, also vom Gewinn keinen Pfennig wegnimmt. Lediglich das Vermögen des Konzerns wird auf mehr Aktien verteilt, und dadurch der Kurswert jeder einzelnen Aktie um ein Geringes jährlich (weniger als 1 %) entwertet. Vorteilhaft, weil die kapitalistischen Banken den aus diesen neuen Aktien geschaffenen Vermögensfonds selbst verwalten, die "vermögenden Arbeitnehmer" aber erst nach 7 Jahren das erste Mal einen Anteilschein von 200 DM versilbern dürfen, der dann nur noch einen Bruchteil davon wert ist. Und wenn sie dies tun, und nicht wie Bundeskanzler Brandt rät erst mal 25 Jahre sparen, dann werden sie dafür für 5 Jahre von der Vermögensbildung ausgeschlossen. Daß die Vermögensbildung nichts bringt, wird die Kapitalisten jedoch nicht davon abhalten, sie in jeder Tarifrunde den "Vermögenspartnern" aufs Butterbrot zu schmieren.

–bb–

Krankenversicherung Milliardenunternehmen in Kapitalistenhand

UNTERSUCHUNG ANLÄSSLICH DER ANSTEHENDEN SOZIALWAHLEN

Mit den Beiträgen der Sozialversicherten wird jedes Jahr das Milliardenunternehmen der Gesetzlichen Krankenversicherung finanziert. 1968 betrugen die gesamten Einnahmen 21 Milliarden DM, 1971 31 Milliarden und 1973 über 40 Milliarden DM. Die Sozialversicherten zahlen jedes Jahr höhere Beiträge und trotzdem geht es für die Lohnabhängigen mit ihrer Gesundheit bergab:
Zunahme der Frühinvalidität, bei den Männern sogar Rückgang der Lebenserwartung alleine in den letzten 15 Jahren um 3 Jahre. Selbst von denen, die nicht krank geschrieben waren, waren nach einer Untersuchung in Baden-Württemberg 1969/70 von 31 500 Personen ca. 68,5 % behandlungsbedürftig, 20 % sanatoriumsreif und 2 % krankenhausreif!

Die Leistungen der Krankenkassen sind in den letzten Jahren erweitert und in einigen Punkten verbessert worden, trotzdem verschlechtert sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung. Offensichtlich liegt hier doch der Grund dafür außerhalb der Möglichkeiten der jetzigen Krankenkassen. Die Gesundheit der Lohnabhängigen wird im kapitalistischen Produktions- und Arbeitsprozeß ruiniert: Dort werden die Fließbänder schneller gestellt, dort müssen Überstunden und Schichtarbeit gemacht werden, dort sind die Arbeiter Lärm, Hitze und Staub ausgesetzt, dort macht sie der Akkord fertig. Mit der Drohung der Zurückstufung oder Entlassung wird die Unterdrückung verschärft, um immer noch mehr aus den Knochen der Arbeiter herauszupressen.
Angesichts dieser Situation sind die vielgepriesenen Reformen des bürgerlichen Staates nichts weiter als ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie sichern gerade noch, daß die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen fortgesetzt werden kann.

Der bürgerliche Staat hat sich schon 1911 mit der Reichsversicherungsordnung (RVO) ein Instrument seiner Macht geschaffen, mit dem er die Sozialleistungen auf das für die Kapitalisten Allernotwendigste beschränkt. § 182,2 Reichsversorgungsordnung: "Die Krankenpflege muß ausreichend sein, sie darf jedoch das Maß des **Notwendigen** nicht überschreiten", das Notwendige, um weiter fürs Kapital ausgepreßt zu werden.
Dazu hat er auch ein ausgeklügeltes, kleinliches und bürokratisches Kontrollsystem geschaffen, das die Versicherten schikaniert und gängelt (Vertrauensarzt!). Selbst das genügt dem bürgerlichen Staat nicht; mit den staatlichen Versicherungsaufsichtsämtern wird die Kontrolle verdoppelt, mit der 50 %igen Beteiligung der Kapitalisten in den "Selbstverwaltungsorganen" wird die Kontrolle verdreifacht.
Trotz dieser vielfachen Kontrollen explodieren die Kosten. Am Beispiel der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) Heidelberg für das Jahr 1972 ist klar zu ersehen, wo das Geld der Krankenversicherten hinfließt:

28,56 % Krankenhausbehandlungskosten
21,25 % Arznei, Heil- und Hilfsmittel (pharmazeutische Industrie!)
24,96 % Arzt- und Zahnarzthonorare
10,24 % Krankengeld.

Die restlichen 14,99 % werden für Mutterschaftshilfe, Verwaltungskosten, Genesendenfürsorge, Transportkosten, Hauspflege, Zahnersatz usw. ausgegeben.
Die pharmazeutische Industrie, die niedergelassenen Ärzte und nicht zuletzt die Krankenhausträger machen Riesenprofite mit den Geldern der Sozialversicherten. Dies kann und will der kapitalistische Staat nicht verhindern, stattdessen wälzt er die Kosten auf die Versicherten ab, wie es in jüngster Zeit besonders deutlich am Krankenhausfinanzierungsgesetz zu erkennen ist.
Die Sozialwahlen, die am 26.5.1974 stattfinden, sollen diesen Zustand verschleiern und beschönigen und die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen vom Kampf für ihre wirklichen Interessen ablenken.
Fordern wir:
Von den Sozialversicherten selbstverwaltete Krankenkassen und Bezahlung aller Kosten durch die Kapitalisten!

Sparen an den Schwachen

FÜR DIE RENTNER BLEIBT AM WENIGSTEN

KIEL, 20. Dezember. Die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein hat für das folgende Jahr rigorose Sparmaßnahmen für mehrere Gesundheitsmaßnahmen geordnet. So sollen an Zuschüssen zum Zahnersatz statt 7,2 Millionen Mark in diesem Jahr nur noch 1,2 Millionen Mark im nächsten Jahr für die Arbeiterrenten-Versicherten bereitgestellt werden. Für Heilverfahren dürfen nur noch 12 000 statt bislang 13 000 Anträge bewilligt werden. Ein Betrag in Höhe von 200 000 Mark für Gemeindepflegestationen ist gesperrt worden. Die Sperrungen und Kürzungen gehen auf eine Anordnung des Versichertenaufsichtsamts im Kieler Sozialministerium zurück.

Die obige Meldung aus der "Frankfurter Rundschau" vom 21.12.73 macht überdeutlich, in welcher Weise der kapitalistische Staat Gesundheitsmaßnahmen nach dem Prinzip der möglichst billigen Reparatur der Arbeitskraft durchführt. Das Versichertenaufsichtsamt ist die zuständige staatliche Aufsichtsbehörde für die Kranken-, Renten- und Unfallversicherungen. Auffallend ist, daß gerade dort gespart werden soll, wo keine unmittelbare Wirkung auf die Arbeitsfähigkeit zu erwarten ist: bei den Rentnern, denen weniger künstliche Gebisse und weniger Pflegestellen bewilligt werden; bei den Heilverfahren, die für viele Sozialversicherten wenigstens einen Erholungszeitraum bedeuteten, bevor sie am Arbeitsplatz ganz ruiniert werden.
Im Kern zeigt diese Meldung, daß sich durch eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens für die Versicherten keinerlei Verbesserungen ergeben werden. Dies können die Sozialversicherten nur erreichen, wenn sie sich die volle Selbstverwaltung ihrer Kassen gegen die Kapitalisten und ihren Staat erkämpfen.

–H.V.–

Ausbildungsamt streikt

EIN BERICHT: DIE NACHWUCHSKRÄFTE DER STADT FRANKFURT ORGANISIERTEN DEN STREIK

Wir haben diese Korrespondenz aus zahlreichen Zuschriften ausgewählt, weil sie in den einzelnen Schritten die Organisierung des Streiks von einem Betrieb her zeigt und wie auf dem Boden klarer Beschlüsse der Kampf geführt wird.

Montag, 11. Februar:

DEMONSTRATION ZUR UNTERSTÜTZUNG DER STREIKS DURCHGEFÜHRT

Um 10 Uhr treffen sich die Nachwuchskräfte der Stadt und die Lehrlinge aus den Lehrlingsausbildungswerkstätten im Rathauskasino (ca. 300 bis 400), nach kurzer Diskussion Beschluß über eine Demonstration zur Unterstützung des Streiks, bei ihnen selbst noch keine Mehrheit für Streik, sondern solidarische Aktionen zur Unterstützung des Streiks (in der überwiegenden Mehrzahl sind die Nachwuchskräfte schon Beamte auf Widerruf). Demonstration durch die Ämter, um Kollegen mitzuziehen, dann Technisches Rathaus, zur Post auf der Zeil zum Postscheckamt, dann auf die Hauptwache, dort Kundgebung: Walter Kröckel (Mitglied der Großen Tarifkommission), der herbeigeholt wurde, hält eine Kurzansprache. Weiterziehen des Demonstrationszuges zum Theater, dort kurze Ansprache eines Kollegen von den Städtischen Bühnen. Während ein Teil der Demonstranten weiter zum Gewerkschaftshaus ziehen will, versuchen Juso-Karrieristen das abzublocken und wollen eine Vertagung der weiteren Aktionen auf Mittwoch (!!), weil da schon mit einem Ergebnis zu rechnen sei. Ergebnis der Diskussion: Abbruch der Demonstration, aber zurück auf die Ämter, um dort mit den älteren Kollegen zu diskutieren, und überall auf Versammlungen zu drängen. Man verabredet sich wieder am Dienstag 14 Uhr im Kasino.

Anschließend an die Demonstration fand eine Vertrauensleutesitzung der Nachwuchskräfte statt: nach einer längeren hitzigen Debatte wird mit knapper Mehrheit beschlossen, die Resolution der ÖTV-Betriebsgruppe "Haus der offenen Tür" (Ablehnung der Schwerpunktstreiks, volle Durchsetzung der linearen Forderungen, zentrale Großkundgebung, Wahl von Streikleitungen auf Betriebsebene u.a.) von den Nachwuchskräften nochmals selbständig auf ihren Ämtern zu verteilen.

Dies waren auch die Forderungen, die auf einem Flugblatt des KBW, Ortsgruppe Frankfurt, am 6.2. und am selben Montag den 11.2. aufgestellt worden waren. In einer Resolution der ÖTV-Betriebsgruppe des "Vereins Haus der offenen Tür" waren sie beschlossen worden.

Dienstag, 12. Februar:

DER STREIK IM AUSBILDUNGSAMT WIRD BESCHLOSSEN

Bei der Versammlung der Nachwuchskräfte (ca. 200 anwesend) wird der Streik fürs Ausbildungsamt beschlossen; die Angestellten beschließen in einer getrennten Abstimmung, daß sie in den Streik treten; die Beamten, daß sie in den Streik mit einbezogen werden, also ihn voll und ganz mitmachen, ihn aber nicht als Streik propagieren, sondern permanente Personalversammlungen machen. Bei der örtlichen Streikleitung soll der Antrag auf Einbeziehung gestellt werden. Ebenso hat das Liegenschaftsamt den Streik ab Mittwoch beschlossen. Ausdehnung des Streiks bei der ÖTV um 1 000 weitere auf 7 500.

Bei den Verkehrsdepots werden die Kollegen nicht nach Hause geschickt, sondern von den ÖTV-Führern angehalten, auf dem Werksgelände zu bleiben, mit der Begründung, daß man mit einem Abschluß zu rechnen habe und dann die Straßenbahnen sofort wieder fahren müßten. In der Diskussion mit Kollegen war überall die Zustimmung zu den 185 DM vorhanden, keiner sprach sich für die 15 % aus.

Mittwoch, 13. Februar:

STREIKBESCHLUSS DES AUSBILDUNGSAMTES WIRD VON ÖTV-STREIKLEITUNG FRANKFURT NICHT ANERKANNT

SPONTANE EMPÖRUNG / ABSCHLUSS ABGELEHNT

Um 10 Uhr Versammlung der Nachwuchskräfte: erste Nachrichten aus Stuttgart über eine vermutliche Einigung: spontane Empörung über den Abschluß, vor allem wegen der fehlenden 600 DM für die Auszubildenden und das fehlende Urlaubsgeld – planen eine Kampagne gegen den Abschluß, Demonstration zum Gewerkschaftshaus von ca. 300 bis 400 Lehrlingen der Stadt, Post und Bediensteten des Liegenschaftsamts. Im Gewerkschaftshaus entzieht sich die ÖTV-Führung der Diskussion mit dem Argument, daß ja noch nicht abgeschlossen sei (zu diesem Zeitpunkt hatte nur der Bund noch nicht zugestimmt) und vor allem damit, daß ja die 20 bis 25 hessischen Delegierten gegen den Abschluß gestimmt hätten. Wut der Nachwuchskräfte auch vor allem darüber, daß ihr Streik nicht offiziell von der örtlichen Streikleitung anerkannt wurde, obwohl der Streik der technischen Lehrlinge anerkannt worden war. Um 14 Uhr auf einer Vertrauensleute-Sitzung des Ausbildungsamts wird ein Flugblatt entworfen, das gemeinsam mit der Unterstützung anderer Ämter am Freitag verteilt werden soll: Nein zur Urabstimmung und sofortige Einberufung einer außerordentlichen Kreisdelegiertenkonferenz zur Vorbereitung einer Großkundgebung zu Beginn der nächsten Woche.

Bei der Stadt kommen als Streikende noch dazu: Amt für technische Angelegenheiten, d.h. die Heizung für die gesamte Stadtverwaltung fällt aus.

Donnerstag, 14. Februar:

DAS NEIN ZUR URABSTIMMUNG WIRD ORGANISIERT

Durchgängige Stimmung, vor allem in den zuvor bestreikten Betrieben: Wut und Empörung über den Abschluß, vor allem fehlendes Urlaubsgeld und Lehrlingsforderungen. Das will man sich nicht gefallen lassen. "Bei der Urabstimmung haben wir nicht etwas mitzureden" – solche Äußerungen wurden oft gehört. Die Kollegen gingen meist wütend wieder an ihre Arbeit. Besonders stark ist die Wut über die Gewerkschaft, die Bosse, die drei Tage lang vor den Betrieben als "Streikleitung" (oder besser: als Wachhunde) standen, hatten sich mit Recht nicht getraut, an diesem Tag vor den Betrieben zu erscheinen.

Bei den Nachwuchskräften fand am Morgen eine Personalversammlung statt. Man war aber doch sehr zerstritten, was nun zu tun sei. Klar war, daß das Flugblatt geschrieben werden mußte und man mit dem Entwurf zu den anderen Ämtern gehen sollte und möglichst viele Betriebe zum Unterschreiben bewegen. Man ging in die Ämter zurück und diskutierte dort mit den Kollegen, allerdings ohne Arbeitsniederlegung. Bis am Freitag Nachmittag hatten ca. 8 bis 10 Ämter der Stadt das Flugblatt unterschrieben.

Auf einer Versammlung der Postlehrlinge einigte man sich darauf, am Freitag das Flugblatt der Nachwuchskräfte der Stadt mit zu verteilen und in den einzuberufenden Versammlungen das Ergebnis zu verurteilen und die Kollegen aufzufordern, mit Nein zu stimmen (anwesend bei den Nachwuchskräften: ca. 50 bis 70, bei der Post ca. 250 bis 350).

Beim Liegenschaftsamt fand am Nachmittag eine Personalversammlung statt (ca. 100 Leute). Dabei wurde die Gewerkschaftsführung verurteilt in Bezug auf die Streikführung und den Abschluß. Bei einer Probeabstimmung entschied sich die überwiegende Mehrheit der Kollegen für Nein bei der Urabstimmung.

Auf dieser Versammlung hielt dann ein Kollege das von uns an diesem Tag verteilte Flugblatt hoch, und forderte, daß der KBW in einer Resolution verurteilt werden sollte, da er die Unwahrheit gesagt hatte in bezug auf die Fortsetzung des Streiks; beim Liegenschaftsamt (diese Kritik ist richtig: wir hatten uns dabei auf ein Gespräch verlassen, das ein Genosse von uns mit einem Bediensteten geführt hatte). Allerdings fand dieser Antrag des Kollegen keine Zustimmung bei der Versammlung, man fand es zwar nicht richtig, was in bezug auf das Liegenschaftsamt im Flugblatt stand, sah aber andererseits, daß es jetzt nicht darauf ankäme, daß die Linken sich untereinander bekämpften, sondern daß sie gemeinsam gegen die Rechten in dieser Situation vorgehen hätten, wie es ein Kollege ausdrückte. Nach einer kurzen Debatte ließ der Kollege seine Resolution fallen.

– B.W., Frankfurt –

Nein zum Abschluss

Forts. von S.1

. . . Hat vielleicht der 1. Vorsitzende der ÖTV, Heinz Kluncker, die Herzen der Arbeiter gewonnen? Wird man ihm zujubeln, wo immer er jetzt spricht?

Das genaue Gegenteil wird eintreten. Wenn sich Heinz Kluncker auch im Fernsehen als der Generalissimus des Arbeitskampfes herausgeputzt hat, so wird ihm doch kein Arbeiter vergessen, daß er schon im Herbst lautstark und in großer Auflage herumgetönt hatte etwa so: "Ich bin diesesmal für eine reine Prozentforderung und einen Sockelbetrag auf als Urlaubsgeld." Wenn nicht sehr viele Belegschaften schon vorher Forderungen für alle in Mark und Pfennig gleich aufgestellt hätten, dann wäre Kluncker wahrscheinlich in der großen Tarifkommission mit seinen schädlichen Ansichten durchgekommen und jeder weiß, was es bedeutet hätte, mit einer durch und durch spalterischen "reinen Prozentforderung" in den Arbeitskampf zu gehen. So haben die Mitglieder der großen Tarifkommission wenigstens noch eine Mindestforderung aufgestellt. Man sieht, vom Glanz und Gloria des Tarifstrategen Kluncker bleibt nicht viel, wenn man es sich genauer ansieht. Man darf vermuten, daß der ÖTV-Vorsitzende in nächster Zeit nur selten und nur im ausgewählten Kreise seinen Mitgliedern gegenübertritt. Handelt er anders, dann wird es keine Beifallsstürme geben.

Ganz bestimmt hat der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst nicht dazu geführt, daß sich in der ÖTV der Einfluß bürgerlicher Parteigänger ausgeweitet hätte. Er ist zurückgegangen. Aber, was auf der Seite der bürgerlichen Kräfte negativ zu Buche schlägt als sinkender Einfluß, das tritt für die Arbeiter und Angestellten positiv hervor als wachsende Selbständigkeit, wertvolle Erfahrungen, gesteigerte Kampfkraft. Im Streik haben sich die Arbeiter und Angestellten befreit von der Knechtsmentalität, die die Staatsmacht von ihnen verlangt. Sie haben schon in der Vorbereitung die Initiative ergriffen, haben gefordert, daß Protestkundgebungen und Demonstrationen durchgeführt werden und haben diese Aktionen durchgeführt. Auf diese Weise haben die Arbeiter und Angestellten mit mutigen Parolen um die Solidarität der Bevölkerung geworben, haben gegen Rundfunk, Fernsehen und gegen die ganze bürgerliche Propagandamaschine Propaganda gemacht und sind im Kampf um die Meinung der Bevölkerung unbedingt und nach allen Untersuchungen Sieger geblieben.



Streikende Frankfurter Straßenbahnfahrer vor dem Depot Foto: dpa

ders hätten sie sich auch nicht in die Betriebe zurückgetraut.

Die Arbeiter und Angestellten sind dem Arbeitskampfstrategen Kluncker von vornherein nicht gefolgt, sonst stünden sie jetzt auch bös' da. Die schlecht Verdienenden hätten um die 100 Mark "mehr" im Sack, ein ziemliches Spottgeld also. Vom Urlaubsgeld, das Heinz Kluncker als das Richtige für Festgeldforderungen angesehen hatte, ist eh nichts geblieben.

Die beispiellose Fernsehkampagne gegen diesen Streik erreichte eine Bevölkerung, die zu 80 % vom Verkauf der Arbeitskraft lebt, lohnabhängig ist. Diese Fernsehkampagne bewies den lohnabhängigen Massen folgendes: erstens, daß der Streik sehr wirksam ist und die Regierung wird nachgeben müssen, wenn die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst hart bleiben. Zweitens, daß eine Klasse, die tatsächlich nichts, aber überhaupt nichts Nützliches tut wie die bürgerliche Klasse, verraten und verkauft ist, wenn der Arbeiter nicht mitmacht. Drittens: das Beamtenrecht hat die Regierung nichts genutzt. Die Beamten konnten in ihrer Masse nicht als Streikbrecher eingesetzt werden. So haben vielfach mehr Beamte mitgestreikt, als gegen den Streik in Bewegung gesetzt werden konnten.

So ist nach diesem Streik die Lage folgende: die bürgerliche Klasse überlegt, wie sie die Scherben, die er geschlagen hat, kitten soll. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" läßt z. B. ihren Leitartikler Gedanken wälzen, ob nicht die Löhne in Zukunft staatlich festgelegt werden sollen und die Gewerkschaft abgeschafft.

Das würde den Herren so passen. Heute aber ist die Lage in dieser Sache für die Arbeiter und Angestellten erheblich günstiger als noch vor einem Jahr. Vor einem Jahr hat Genscher seine Thesen ausgebrütet, die für den öffentlichen Dienst die Abschaffung des Streikrechts bedeuten, weil 3/4 der Lohnabhängigen dort Beamte werden sollen. Heute, wo die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst gestreikt haben und gesehen haben, daß sie die Regierung zum Nachgeben zwingen können, werden Genscher und Konsorten damit nicht durchkommen.

Die Gewerkschaftsführung wird daran zu tun haben, daß sie verlorenen Boden gut macht. Es wird aber nicht so ausgehen. Die Erfahrungen der Streikbewegung im öffentlichen Dienst werden die Arbeiter und Angestellten dort nicht dahin führen, daß sie der Gewerkschaftsführung in die Arme sinken, die sozusagen noch warm aus dem Bett der Regierung kriecht.

Auf einer ÖTV-Kundgebung in Mannheim wurde von vielen Kollegen die Parole gerufen "Gegen Genscher und Brandt – wir nehmen den Lohnkampf selbst in die Hand." Das sind in der Tat die Aussichten für die nächste Zeit, und die bürgerlichen Politiker in der ÖTV werden das nicht verhindern können. In zunehmendem Umfang werden die bürgerlichen Politiker in den Gewerkschaften scheitern, in zunehmendem Umfang werden die Arbeiter und Angestellten ihre Gewerkschaften selber in die Hand nehmen.

– M.F. –

Abschluss abgelehnt

Wolfsburg/Gifhorn. Die zentrale Arbeitskampfleitung in Wolfsburg/Gifhorn hat einstimmig beschlossen, das Verhandlungsergebnis abzulehnen und die Mitglieder aufzufordern, bei der Urabstimmung mit Nein zu stimmen.

Hannover. Die zentrale Arbeitskampfleitung in Hannover hat sich dem Beschluß der Wolfsburger Kollegen angeschlossen.

Essen:

Die Westdeutsche Allgemeine berichtete am 14. Februar: Ein organisierter Hausmeister sagte gestern Nachmittag schon: "Wenn die tatsächlich mit 11 Prozent und 170 DM abschließen wollen, stimmen ich und die Mehrzahl meiner Kollegen bei der Urabstimmung dagegen." Der Streikleiter Urbanski, zugleich Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Essen und Oberbürgermeister von Wanne-Eickel, mußte zugeben: "Die Stimmung ist miserabel."

Braunschweig, 14.2.

Am Abend trafen sich viele Kollegen in der Ortsverwaltung, um von der Streikleitung neue Informationen zu bekommen.

Als die Nachricht bekannt wurde, das 170-DM-Angebot liege auf dem Tisch, waren die Kollegen empört. Die örtliche Streikleitung gab ein Fernschreiben an den Hauptvorstand auf, in dem der Hauptvorstand aufgefordert wurde, das Angebot nicht anzunehmen. Das Angebot entspreche nicht den gestellten Forderungen. Von Urlaubsgeld und Ausbildungsvergütung kein Wort. Alle anwesenden Kollegen in der Ortsverwaltung waren sofort mit dem Fernschreiben einverstanden. Auch der Ortsjugendausschuß gab ein ähnlich lautendes Telegramm an den Hauptvorstand.

GESPRÄCH ÜBER DEN BREMER ABSCHLUSS

Am 13. Februar im Bus Linie 33:

Ich: *Jetzt verdient ihr also 12 % mehr. Weißt du schon, daß die ÖTV bei 11 % abschließen will?*

Busfahrer: *Mensch, das ist ja noch ein Prozent unter unserem Abschluß!*

Ich: *Reicht euer Ergebnis denn?*

Busfahrer: *Ach Quatsch! Die Gewerkschaftsführer haben doch über unseren Kopf hinweg abgeschlossen.*

Ich: *Dann könnt ihr ja in der Urabstimmung dagegen stimmen!*

Busfahrer: *I wo! Urabstimmung? Die gibt's nicht. Die haben in Bremen nicht nur wie in Bremerhaven die 15-Prozent-Forderung unterlaufen, sondern auch dabei nie das Scheitern erklärt, das heißt, wir können auf dieses Ergebnis keinen Einfluß mehr nehmen.*

Ich: *Die ÖTV hatte ja 9 % abgelehnt und will jetzt bei 11 % zustimmen. Das heißt, die Kollegen im Öffentlichen Dienst haben für 2 % gestreikt.*

Busfahrer: *Das heißt noch viel mehr: 2 % macht, sagen wir mal bei einem Einkommen von 1 000 DM – wenn's hoch kommt – 20 DM im Monat aus. Während des Streiks bekommen sie aber weniger von der Gewerkschaft als sonst, weil die Meisten nicht den Mitgliederhöchstbeitrag zahlen, der für unsere Einkommen sehr hoch liegt. So haben sie also teilweise mehr verloren als sie jetzt erstreikt haben – dank der Gewerkschaftskollegen da oben!*

– h., Bremen –

ARBEITGEBER WERTZ

Nordrhein-Westfalens Finanzminister Hans Wertz (SPD, ÖTV-Mitglied), Verhandlungschef der Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst, erklärte:

"Im Öffentlichen Dienst ist seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr gestreikt worden. Sollte es diesmal zu einer ernstlichen Streikandrohung kommen, würden die Arbeitgeber mit angemessenen Mitteln darauf reagieren und den Gewerkschaften nachhaltig ihre schwere Verantwortung klar machen."

Die Zusammenarbeit der SPD-Regierung mit den Gewerkschaftsführern wird da besonders deutlich, wo so ein Typ wie Wertz, Mitglied der ÖTV, unbeschadet von gewerkschaftlichem Ausschluß seine arbeiterfeindlichen Reden loslassen kann, während immer mehr klassenbewußte Kollegen aus den Gewerkschaften rausgeschmissen werden.

Beim ÖTV-Streik waren die Oberbürgermeister von Essen, Wanne-Eickel und Lüneburg zugleich in der Streikleitung. Der Essener Oberbürgermeister Katzor in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner, der Oberbürgermeister von Wanne-Eickel als Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Essen und der Lüneburger Oberbürgermeister als Bezirksvorsitzender der ÖTV. Ob diese Herren im Staatsapparat auf der kommunalen Ebene wohl für die Interessen der Arbeiter konsequent kämpfen?

Die Beispiele zeigen die enge Verfilzung von Gewerkschaftsführung und staatlichen Machtorganen. Diese enge Verfilzung zwischen Gewerkschaftsführung und staatlichen Organen ist einer der Gründe, weshalb die Arbeiter immer wieder am konsequenten Kampf für ihre Interessen gehindert werden von den Gewerkschaftsführern.

So viel wie Herr Kluncker an Gehaltserhöhung bekommen hat, wollen wir gewerkschaftlich garnicht haben: Von 5 136 DM auf 5 667 DM = 531 DM!

HAMBURG

In Postämtern Vollstreik gefordert

POSTLER ORGANISIERTEN DEN STREIK – GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG WIEGELTE AB

In vielen Hamburger Postämtern herrschte am Mittwoch Morgen großer Unmut darüber, daß die Postgewerkschaft nur einen zweistündigen Streik angesetzt hatte. Den Kollegen war klar, daß ein zweistündiger Streik keine gebührende Antwort auf das unerhörte Angebot von 10,5 % und 140 DM sein konnte.

TELEGRAFENAMT: "WIR WOLLEN AUCH STREIKEN!"

Eine Kollegin aus dem Telegrafenamt sagte: "Ein zweistündiger Streik – da versacken wir ja haushoch!". Ein anderer Kollege meinte: "Die haben immer gedacht, wir streiken nicht, den kleinen Mann verscheißern. Da haben sie sich diesmal geirrt". Viele waren noch unentschlossen und eingeschüchtert durch die Drohungen des Amtsgruppenvorstandes. Dieser hatte versucht, den Streik zu verhindern mit der Begründung, das Telegrafenamt (TA) sei von gewerkschaftlicher Seite vom Streik ausgenommen, weil wichtige Nachrichten über das Telegrafenamt laufen würden. Die Kollegen hatten sich dadurch zwar davon abhalten lassen, den Streik zu organisieren, als aber bekannt wurde, daß die Kollegen im nebenan liegenden Postamt 36 den Vollstreik beschlossen hatten, versammelten sich mehrere Kollegen des Telegrafenamtes auf einem Balkon und riefen im Chor zu den streikenden Kollegen rüber: "Wir wollen auch streiken!" Daraufhin beschlossen die Kollegen des Postamt 36, Gruppen durch das Telegrafenamt 1 zu schicken, die die Streikbereitschaft der entschlossenen Kollegen unterstützen und die Unentschlossenen von der Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens überzeugen sollten.
An diesem Tag sind nur einige wenige Telegramme ausgefahren worden!

BESCHLÜSSE ÜBER VOLLSTREIKS WERDEN VON POSTGEWERKSCHAFTSFÜHRUNG ABGEFANGEN

Ähnlich wie im Postamt 36 lief es auch in anderen Ämtern. So beschlossen die Kollegen des Postamt 2, des Paketpostamts 2 (PPA 2) und des Postamt 3 den Vollstreik. Vor der Verladerampe des Postamt 1 hatten sich morgens 500 Kollegen der Postämter 1, 3 und 11 versammelt und diskutierten über das unverschämte Angebot und die Notwendigkeit, den zweistündigen Streik zu einem Vollstreik auszudehnen. Die Kollegen des Postamt 1 hatten schon am Montag mit großer Mehrheit beschlossen, für Mittwoch einen Vollstreik durchzuführen. Ihr Antrag an die Bezirksstreikleitung der DPG war bisher ohne Antwort geblieben. Jetzt war die von der Postgewerkschaft eingesetzte Streikleitung mit Megaphonen aufgekreuzt und versuchte die empörten Kollegen von einer Beschlußfassung abzuhalten, indem sie lang und breit auf das schlechte Angebot schimpfte und Bericht an Bericht über die anderen Postämter abgab, selbst aber keinen Strich dafür tat, den Streik zu organisieren. Während diese "Streikleitung" über Megaphon große Töne spuckte, alle ständen geschlossen hinter der Forderung von 185 DM und 15 %, gab einer von ihnen in einer Diskussion mit zwei Kollegen offen zu: "11 % und 170 DM würden wir akzeptieren." Es gelang ihnen dann, die Kollegen zu spalten, indem sie für eine Dienststelle des Postamt 3 den Vollstreik ausriefen und diese Kollegen aufforderten, nach Hause zu gehen: "Ihr könnt jetzt nach Hause gehen. Wir haben ja Verständnis für die Frauen, die ihre Kinder versorgen wollen!" Die Kollegen der anderen Postämter forderten sie auf, in die Kantine zu gehen: "Die Anderen wollen sich sicher aufwärmen; die Kantine ist jetzt geöffnet; ihr könnt euch ja später weiter informieren." Daß sie mit diesem Spaltungsmanöver Erfolg hatten, liegt wesentlich daran, daß die Kollegen keine Streikleitung aus den eigenen Reihen gewählt hatten, die den Streik vorbereitet und am Mittwoch Morgen eine Versammlung durchgeführt hätte, um gemeinsame Beschlüsse zu fassen. Als einige Kollegen aus dem Postamt 1 dieses Spaltungsmanöver durchschauten und die Gewerkschaftsfunktionäre zur Rede stellten, sie auf den Beschluß des Postamt 1 ansprachen und nachfragten, warum darauf keine Antwort gekommen sei, antworteten diese nur schnippisch: "Wenn das so ist, können wir ja beim Postamt 1 melden, daß ihr nicht arbeiten wollt, von uns aus könnt ihr streiken!" Die Kollegen waren mit Recht empört darüber, daß jetzt, nachdem die Versammlung aufgelöst worden war, die Gewerkschaftsfunktionäre einem Vollstreik zustimmten. Ihnen war klar geworden, daß diese Streikleitung garkein Interesse an einem wirkungsvollen Streik hatte, daß die Kollegen nur Dampf ablassen sollten, um dann übers Ohr gehauen zu werden.

GESCHLOSSENHEIT ALS WAFFE

Im Paketpostamt 2 waren die Kollegen besser auf den Streik vorbereitet. Hier hatten sich morgens ca. 200 Kollegen am Eingang A versammelt und diskutierten, gemeinsam mit den Beamten über ein einheitliches Vorgehen und die Ausweitung des Streiks. Als sich abzeichnete, daß die Beamten sich fast vollständig an dem Streik beteiligen würden, griffen die Gewerkschaftsfunktionäre zu einer besonderen Taktik: sie riefen den Vollstreik aus und forderten die Kollegen auf, ins Amt zu kommen und sich dort in die Streikliste einzutragen. Dort wurden die Arbeiter und Angestellten dann einzeln aufgefordert, jetzt gleich nach Hause zu gehen, es sei ja Vollstreik.
Die Kollegen merkten aber, daß sie so nur von den Beamten abgespalten werden sollten und blieben vor der Ausfahrt des Amts stehen, um die Abfahrt der Paketpostwagen zu verhindern. Eine Kollegin sagte: "Wenn hier nicht für alle zugemacht wird, dann ist das nichts!" Währenddessen versuchte der Amtsvorsteher Kiesewetter, die Beamten einzuschüchtern, trieb sie an, sich umzuziehen und die Pakete in die Wagen zu laden, um den "normalen" Dienst durchzuführen. Während schon die ersten Wagen losfuhren und von den Kollegen nur unwillig durchgelassen wurden, traf für uns alle unerwartet ein Demonstrationszug der Kollegen des Postamt 2 ein mit den Parolen "Bahn, Post und ÖTV – gegen Genschers Lohnabbau!". Das gab den Kollegen des Paketpostamtes neuen Auftrieb, und gemeinsam fuhren sie einen Paketwagen vor die Ausfahrt und begegneten den wütenden Beschimpfungen des Amtsvorstehers: "Solange wir hier stehen, kommt kein Wagen raus!" Erst nach massiver Einschüchterung auch durch die DPG-Streikleitung fuhren die Kollegen den Wagen wieder weg.

– M.K., Hamburg –



Arbeiter riegelten das Kasseler Rathaus zu Hunderten ab.

Kassel. Hundert streikende Arbeiter und Angestellte besetzten am Mittwoch, 13.2., kurz nach sechs Uhr das Kasseler Rathaus. Sie riegelten alle Eingänge ab und versperrten den Haupteingang. "Selbst Stadtverordneten wurde der Zutritt verwehrt" (Hessische Allgemeine, 14.2.). Das Rathaus blieb für den Rest des Tages geschlossen, weil "kein Bediensteter mehr da war" (Hessische Allgemeine).
Zuvor hatten streikende Arbeiter des technischen Personals den gesamten Telefonbetrieb des Rathauses für knapp drei Stunden lahmgelegt. "Die Lage ist völlig unübersichtlich", hieß es in einer Meldung der Stadtpressestelle, "deren Mitarbeiter sich zum Telefonieren in ein nahegelegenes Geschäft begeben mußten".
Die Polizei bereitete sich vor.
Die Lage hatte sich schon am Morgen so zugespitzt, daß das Polizeipräsidium um 7.30 Uhr eine "zentrale Einsatzstelle wegen der Rathausbesetzung" bildete. "Vorsorglich waren zusätzliche Kräfte mobilisiert worden." (Hessische Allgemeine, 14.2.) Bürgermeister Hille sprach schon am Mittwoch von "rechtswidrigen Handlungen" und am Donnerstag leitete Oberstaatsanwalt Hafke ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen "Sabotage von Fernmeldeanlagen, Verdachts der Nötigung und versuchter Nötigung" ein und benachrichtigte "sein politisches Dezernat" (Hessische Allgemeine, 15.2.). Vorgegangen werden soll sowohl gegen die, die "persönlich gehandelt haben als auch gegen die Anstifter".

ÖTV–FÜHRUNG GEGEN STREIKPOSTEN IN OFFENBACH



Berlin: Hier wurde der richtige Weg den Streikbrechern gezeigt: vor die Streikpostenkette.

Offenbach. Die ÖTV-Streikleitung hatte vereinbart, daß Kapitalisten und private Müllablader im Raum Offenbach trotz der Bestreikung der Müllverbrennungsanlage an der Diefenbacher Straße ihren Dreck dorthin bringen durften. Heimlich wurde der Notdienst von ursprünglich 6 auf 13 Arbeiter verstärkt.
Die Arbeiter aber waren damit nicht einverstanden, sie wollten den vollen Streik an der Müllverbrennung. Deshalb fuhren sie ihre Personenwagen so vor die Einfahrt, daß ab 8 Uhr am Montagmorgen (11. Februar) die Einfahrt blockiert war und die Fahrzeuge der privaten Anlieferer und die Firmenfahrzeuge sich reihenweisestauten.
Der Geschäftsführer der Offenbacher ÖTV, Fritz Knieling, wurde gerufen. Er trat offen gegen die Arbeiter auf: "Wir bestreiken doch keine privaten Firmen. Wir sind regreßpflichtig", erklärte er. Die Arbeiter sahen das nicht ein und griffen den ÖTV-Chef an. "Ich bin doch nicht gegen euch", versuchte er den Arbeitern weis zu machen. Gegen die privaten Ablieferer sagte ein Kollege: Es ist doch nur ein Zugeständnis an die, die Geld haben. Die können den Müll mit dem Wagen hier hinbringen. Die kleinen Leute sind wieder die Angeschmierten. ÖTV-Knieling setzte die Vereinbarung schließlich gegen die Arbeiter durch. Ein Arbeiter erklärte dazu: "Ich bin wirklich SPD-Mann. Aber die SPD verschaukelt uns, das ist nicht mehr würdig."

SPD-Funktionäre

IN VORDERSTER FRONT GEGEN DIE ÖTV–KOLLEGEN

Wetzlar. Immer offensichtlicher werden die Schikanen der Bundesregierung gegen die Kollegen im öffentlichen Dienst. Doch auch in der Provinz treiben sie immer offener ihr volksfeindliches Spiel, die Sozialdemokraten, die sich in ihren Festtagsreden als die Freunde der Arbeiterklasse hinstellen wollen.
So ließ der Landrat des Kreises Wetzlar, Kurt Sauerwein (SPD), einen Tag vor der Urabstimmung, am 6.2., in der Kreisverwaltung Wetzlar Plakate aushängen, mit denen der Kampf der Kollegen verurteilt und die Urabstimmung manipuliert werden sollte. Das Plakat war ein von Sauerwein fotokopierter Artikel aus der "Zeit" mit der Überschrift: "Mit 15 % ins Verhängnis? " In diesem Artikel werden die Forderungen der Gewerkschaft als "selbstzerstörerisch" bezeichnet. Wie sich Sozialdemokrat Sauerwein die politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Ausbildung vorstellt, hat er bei dieser Aktion auch klargestellt: durch einen Lehrling ließ er die Plakate überall anbringen.
Daß bei der Kreisverwaltung Wetzlar keine Urabstimmung zustande gekommen ist, hat der Landrat damit begründet, daß die Kandidaten des Wahlvorstandes "aus persönlichen Gründen verhindert" gewesen seien.
Weniger einfallsreich, aber doch nicht ohne den Hohn der ÖTV-ler in Giessen zu erregen, kämpfte der Oberbürgermeister Schneider (SPD), indem er eigenhändig die angebrachten Aufrufe zur Urabstimmung abriß.



Während des Streiks wurden diese Zettel überall im Hildesheimer Stadtgebiet von unseren Genossen geklebt. Die ÖTV-Gewerkschaftsführer distanzierten sich öffentlich von diesen Solidaritätsaufforderungen.





Mit Steckbriefmethoden und Panikparolen hetzte die Bild-Zeitung gegen den Streik der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst. Wie hier auf dem Bild in Berlin war es auch in Freiburg. Aber entgegen der unverschämten Überschrift in der Bild-Zeitung "Freiburg flucht und geht zu Fuß" existierte eine breite Sympathie für den Streik. Das bestätigten viele Gespräche an den KBW-Ständen in der Innenstadt.

BESTECHUNGSVERSUCH ZURÜCKGEWIESEN

Hamburg. Ein Versuch, den Streik zu unterlaufen, wurde im Lotsendienst unternommen. Während die Seeleute auf den Lotsenversetzerschiffen streikten, wurden den Lotsen private Barkassen zur Verfügung gestellt. Ebenfalls im Hafen streikten die Pflanzen- und Fleischbeschauer, ohne deren Genehmigung bestimmte Südfrüchte und Fleisch nicht aus dem Hafengebiet kommen. Als eine Firma die Pflanzenbeschauer mit 200 DM für jeden für eine Ladung bestechen wollte, lehnten die Kollegen entrüstet ab.

Ab Sonntag Abend wurden die drei staatlichen Theater bestreikt. Am Schauspielhaus weigerten sich die Schauspieler, zu spielen oder zu proben – aus Solidarität mit den Arbeitern und Angestellten.

Solidarität an Uni

STUDENTEN SAMMELN SOLIDARITÄTSUNTERSCHRIFTEN

Hamburg. Die streikenden Kollegen vom Postamt 13 und Fernmeldeamt 1, deren Arbeitsplatz direkt neben unserem Unigebäude ist, hatten ihr Streiklokal in den Räumen des Pädagogischen Instituts eingerichtet. Als wir davon erfuhren, beschlossen wir, Studenten des Pädagogischen Instituts für die Solidarität mit den Streikenden aufzurufen. Die Eingangshalle des Instituts, wo auch die Streikenden auf ihrem Weg zum Streiklokal stets durchmußten, nutzten wir, um Wandzeitungen und Tafeln aufzuhängen, auf denen wir die Forderungen der streikenden Postler den übrigen Studenten bekanntmachten und für die Solidarität eintraten. Wir stellten auch Aufkleber her, auf denen die Forderungen geschrieben waren und gaben sie den Postlern und den Angestellten des Instituts, die sie überall verklebten. In der Halle legten wir auch Listen aus, um Unterschriften für eine Solidaritätsadresse für die streikenden Postler zu sammeln. Nur wenige der durchkommenden Studenten meinten, diese Unterstützung nicht leisten zu können, darunter auch einige Mitglieder des MSB Spartakus, der DKP Studentengruppe. Die Postler waren über die Solidarität und Unterstützung sehr erfreut, und meinten, daß dies gute Mittel zur Stärkung der Kampfmoral seien. Die Unterschriftenliste, die wir ihnen übergaben, hängten sie in ihrem Amt am Schwarzen Brett aus.

–Jan, PI-Zelle der Sozialistischen Studentengruppe Hamburg–

Saarbrücken, 11. Februar. Die Verwaltung und der technische Betrieb der Universität Saarbrücken traten in den Streik. Professoren und Studenten mußten sich beim Betreten des Universitätsgeländes den Streikposten gegenüber ausweisen.



Postler-Demonstration in Berlin: Streikrecht für Beamte. Das wurde immer wieder im Streik gefordert. In Braunschweig wurde ein gutes Mittel der Solidarität gezeigt: langandauernde Personalversammlungen der Beamten.

Metall: Die Verhandlungen werden weiter verzögert

DIE SCHLICHTUNG MUSS WEG / WIR MÜSSEN IN DEN BETRIEBEN EINE MINDESTMARKE DISKUTIEREN,

Zum 31. Dezember waren die Tarifverträge gekündigt worden. Inzwischen ist der Februar bald rum, und passiert ist immer noch nichts. Erinnern wir uns nur an die lautstarken Worte von Loderer im Herbst, als es für die Gewerkschaftsführung darum ging, die selbständigen Kämpfe abzuwürgen. Damals zeigten sie auf die kommende Lohnrunde, bei der die Gewerkschaft schon im Dezember hart einsteigen wolle. Am 6. September 73 sagte Loderer in der "Metall": "Jetzt geht es darum, die Kräfte zu konzentrieren." Seitdem ist ein halbes Jahr vergangen. Inzwischen sind in den meisten Tarifgebieten die Verhandlungen als gescheitert erklärt worden und in einigen hat die Schlichtung begonnen (Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg).

Die IG-Metall-Führung behauptet, sie hätte einen schlauen Schachzug getan, weil sie die Auseinandersetzung bis nach dem Ergebnis im Öffentlichen Dienst rausgeschoben hat, um sich dann anzuhängen. So hörte man kurz nach dem Verhandlungsergebnis im Öffentlichen Dienst Franz Steinkühler im Fernsehen sagen: es sei nicht einzusehen, warum jetzt ein Facharbeiter in der Metallindustrie nicht ebensoviel Lohnerhöhung erhalten soll wie eine Putzfrau im Öffentlichen Dienst. Einmal ist es für die Putzfrau sowohl wie für den Facharbeiter zu wenig, was da rausgekommen ist. Zum anderen wäre durch gemeinsamen solidarischen Kampf die Schlagkraft wesentlich größer gewesen. Die IG-Metall-Führung hat den gemeinsamen Kampf bewußt verhindert, um einen Lohn bei den abgesprochenen Lohnleitlinien von 11 % abzuschließen.
Doch nicht nur deshalb versuchen die Gewerkschaftsführer immer wieder, jeden einzelnen Streik und noch mehr jeden Ansatz eines Massenstreiks im Keim zu ersticken. Was sie fürchten, ist das in jedem Streik entstehende Selbstbewußtsein, die breite Solidarität der Unterdrückten. In jedem Streik steht der Arbeiter dem Kapitalisten nicht nur als die von ihm gekaufte Arbeitskraft, sondern als freier Mensch gegenüber. Er spürt die Kraft der Solidarität seiner Klasse und ist stolz, Arbeiter zu sein. Die ganze Hierarchie, das ganze unterwürfige Lohnabhängigkeitsverhältnis ist zumindest für einen Augenblick wie weggefegt, und unweigerlich kommen Gedanken an die Befreiung der gesamten Arbeiterklasse von Unterdrückung und Ausbeutung.

Demgegenüber versuchen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung, die Auseinandersetzung nicht nur auf die Frage des Lohns zu begrenzen, auf die Frage, zu welchem Preis der Arbeiter seine Haut zu Markte tragen muß. Vielmehr versuchen sie Lohnangelegenheiten so unter sich auszuhandeln, daß die Arbeiter selbst sie ganz aus der Hand genommen bekommen. Vertraglich festgelegt zwischen Gewerkschaftsführung und Kapitalisten ist dies Verfahren in der sogenannten Schlichtungsordnung, mit dem die Führer der mitgliederstärksten Gewerkschaft, der IG Metall, die Entmachtung der Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter am weitesten festgelegt haben.

DIE SCHLICHTUNG MUSS WEG!

Mit der Schlichtung wird die Festlegung der Lohnhöhe einem Gutachter (Schlichter) übergeben, der den Preis der Ware Arbeitskraft objektiv festlegen soll. Das ist ein Verfahren, das ansonsten in der kapitalistischen Marktwirtschaft nur bei der Festlegung des Preises von Unfallfahrzeugen angewandt wird, um die Schadenshöhe für die Entschädigung für die Versicherung festzulegen. Das Schlichtungsverfahren ist das schäbigste Lohnfestsetzungsverfahren, mit dem die organisierte Kraft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ausgeschaltet wird und die Lohnhöhe zu einer Frage des Gemeinwohls gemacht wird. Dies Gemeinwohl aber ist definiert als das der kapitalistischen Wirtschaft, das im Gegensatz steht zu den notwendigen Bedürfnissen der Lohnabhängigen, der großen Mehrheit der Gesellschaft. Wie der Schätzer bei einem kaputten Auto Schadenshöhe und Schrottwert festlegt, bestimmt der Schlichter, was die Arbeitskraft den Kapitalisten kosten darf. Mit der Ausschaltung der organisierten Kampfkraft der Arbeiter macht die Schlichtung den Arbeiter und seine Lebensbedürfnisse zum Kalkulationsobjekt des kapitalistischen "Gemeinwohls".

DAS NEUE SCHLICHTUNGSABKOMMEN – SCHLIMMER ALS DAS ALTE

Obwohl die Abschaffung der knebelnden Schlichtungsabkommen immer wieder gefordert wurde, hat die IG Metall ein neues Schlichtungsabkommen mit den Kapitalisten getroffen. Die Gewerkschaftsmitglieder werden dabei nicht gefragt. Natürlich sagen die IG-Metall-Führer, das neue Abkommen sei wesentlich besser als das alte, anstatt es abzuschaffen.
Sie sagen, es trete nun nicht mehr automatisch in Kraft, sondern es müsse angerufen werden.
§ 1, Abs. (4): "Nach gescheiterten Verhandlungen können die Tarifvertragsparteien binnen einer Frist von drei Werktagen gemeinsam die Schlichtungsstelle anrufen. Geschieht dies nicht, so kann die Schlichtungsstelle binnen einer weiteren Frist von zwei Werktagen von jeder Tarifvertragspartei einseitig angerufen werden. Unterbleibt auch eine einseitige Anrufung, so enden mit Ablauf der letztgenannten Frist die Verpflichtungen aus § 7 (damit ist die Verpflichtung, nicht zu streiken, gemeint) dieses Abkommens."
§ 1, Abs. (7): "Die Tarifvertragsparteien sind verpflichtet, sich auf das Schlichtungsverfahren einzulassen."
Es bleibt also völlig in der Hand der Kapitalisten, ob sie die Schlichtung einsetzen. Es gibt nun zwei "unparteiische" Vorsitzende der Schlichtungskommission, von denen abwechselnd immer nur einer stimmberechtigt ist.
§ 2, Abs. (5): Die beiden bestimmten Persönlichkeiten wechseln sich als stimmberechtigte Vorsitzende von Verfahren zu Verfahren ab. Über die Reihenfolge der Stimmberechtigung haben sich die Tarifvertragsparteien unverzüglich nach der Bestimmung zu verständigen. Kommt dabei keine Einigung zustande, so entscheidet das Los darüber, welche der beiden Persönlichkeiten das Stimmrecht zuerst ausübt."
Es gibt also jetzt zwei "Neutrale", einer neutraler als der andere, das Schlichtungstheater wird abwechslungsreicher. Solche Spielereien innerhalb des Schlichtungsbetrugs werden uns als Verbesserung von der IG Metall angepriesen. Selbst die jetzt mögliche Verlängerung des Schlichtungstheaters wird von der IG-Metall-Führung als Vorzug gelobt.

§ 5, Abs. (4): "Die Tarifvertragsparteien können gemeinsam die Schlichtungsstelle ersuchen, durch Beschluß das Schlichtungsverfahren auszusetzen, um eine Einigung untereinander herbeizuführen. Kommt eine Einigung zustande, so endet das Schlichtungsverfahren mit der beiderseitigen Annahme des Verhandlungsergebnisses.
Erklärt eine Tarifvertragspartei der anderen Tarifvertragspartei und dem stimmberechtigten Vorsitzenden, daß eine Einigung außerhalb des Schlichtungsverfahrens nicht erzielt werden kann, so ist das Schlichtungsverfahren spätestens am dritten Werktag nach Eingang dieser Erklärung bei dem stimmberechtigten Vorsitzenden fortzusetzen. Die Zeit von der Aussetzung bis zum Wiederzusammentritt der Schlichtungsstelle wird auf die für den Verfahrensablauf bestimmte Frist ... nicht angerechnet."
Insgesamt beträgt die vertraglich festgelegte Schlichtungszeit nach dem neuen Abkommen, gerechnet ab Scheitern der Verhandlungen: 5 Tage bis zur Anrufung, 4 Tage bis zur Benennung der Beisitzer, 3 Tage bis zum Beginn des ersten Termins, 5 Tage Schlichtung, dazu 3 Tage mögliche Verlängerung durch Aussetzung, 6 Tage Bedenkzeit. Insgesamt also 26 Tage (vorher 22 Tage).
Von dieser Fessel können sich die Metaller nur befreien, wenn sie sich über das Schlichtungsabkommen hinwegsetzen, für die Abschaffung der Schlichtung kämpfen und den Kampf für ihre Lohnforderungen kraftvoll entfalten.

Viele Belegschaften in den Metallbetrieben haben inzwischen Erfahrungen gemacht mit der Durchführung selbständiger Kämpfe. Sie haben gestreikt, obwohl man ihnen vorhielt, daß sie damit den Tariffrieden brechen. Das Recht auf Streik werden die Arbeiter sich nehmen, wenn es erforderlich ist. Sie werden sich in ihren Gewerkschaften gegen diejenigen durchsetzen, die von der Gleichberechtigung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ausgehen und ihnen mit solchen Schlichtungsordnungen zusätzliche Ketten anlegen wollen.
In der laufenden Lohnrunde werden die Belegschaften trotz der Verzögerung durch die Schlichtungsordnung Streiks organisieren müssen.
Jedem ist klar, daß gerade in Krisenzeiten die Kapitalisten alles daransetzen, Zulagen zu streichen, die Arbeitshetze zu verschärfen, den Lohn zu senken. Sie versuchen Angstsituationen in den Betrieben zu schüren. Dabei haben sie den Staat auf ihrer Seite. Die IG-Metall-Führung hat nach wie vor die Absicht, bei ca. 11 % abzuschließen. Das bedeutet Lohnabbau!
Das alles macht die Situation für die Arbeiter nicht gerade leichter. Doch den Arbeitern bleibt keine Wahl. Die Preise steigen ins Unermeßliche. Die Ausbeutung verschärft sich weiter. Um einen 11-Prozent-Abschluß zu verhindern, muß die Einheit aller Arbeiter im Lohnkampf hergestellt werden. Für einen einheitlichen Kampf ist auch eine einheitliche Forderung für alle gleich erforderlich, hinter die wir auf keinen Fall zurückweichen dürfen. Damit die Kapitalisten ihre Profite scheffeln können, soll der Arbeiter auf einen Lohn gedrückt werden, der ihm eine Versorgung seiner Familie nicht mehr ermöglicht. Deshalb müssen wir in den Betrieben, bevor die Kämpfe beginnen, eine Mindestmarke diskutieren, unter die wir auf keinen Fall runter dürfen.
Wie muß diese Marke aussehen?
Nehmen wir die aufgestellte Forderung der Gewerkschaftsführung von 15 bis 18 %. Sie wird verhandelt jeweils für die Ecklohngruppe (VI oder VII nach Tarifgebieten unterschiedlich). Der Lohn in dieser Lohngruppe beträgt mit abgesicherten Zulagen etwa 7 DM.
15 % von 7 DM = 1,05 DM (ca. 185 DM).
18 % von 7 DM = 1,25 DM (ca. 218 DM).
Das macht im Durchschnitt etwa 200 DM im Monat oder 1,10 DM in der Stunde aus.
Gegen Lohnabbau!
Urabstimmung vor jedem Abschluß!
– E.R. / Red. –

SIEMENS / BRAUNSCHWEIG

VLK-Flugblatt verboten

Braunschweig. Mit Androhung einer einstweiligen Verfügung untersagte am 11. Februar die Geschäftsleitung von Siemens Braunschweig dem Vertrauensleutekörper, ein Flugblatt der IG Metall zum Scheitern der Tarifverhandlungen im Betrieb zu verteilen.

Sie begründete ihr Verbot damit, daß der Arbeitgeberverband beschlossen hätte, es dürften keine Informationen zur Tarifrunde im Betrieb verteilt werden, weil dies den Betriebsfrieden störe.
Der Vertrauensleutekörper fragte daraufhin bei der Ortsverwaltung der IG Metall nach. Diese sagte den Vertrauensleuten, sie sollten ruhig weiter verteilen, sie werde gegebenenfalls auch eine einstweilige Verfügung gegen die Geschäftsleitung von Siemens starten. Als am nächsten Tag Vertrauensleute weiter verteilten, wurde ihnen von der Geschäftsleitung mit fristloser Kündigung gedroht, falls sie nicht die Verteilung einstellten. Daraufhin fragte die Ortsverwaltung bei der Rechtsstelle des Bundesvorstands der IG Metall nach, was zu tun sei. Diese antwortete, daß die Verteilerei eingestellt werden müßte, weil die Arbeitsgerichte so reaktionär seien. Die oberste Gewerkschaftsführung also stellte den Kampf ein – nicht so die Kollegen. Eine Gruppe von Kollegen holte sich die Flugblätter direkt beim Vertrauensleutekörper ab und durchbrach so die Maßnahmen der Siemens-Bosse.
Die Betriebszelle Siemens des Kommunistischen Bundes Westdeutschland verteilte ein Flugblatt, in dem sie darstellte, daß nicht zufällig die Maßnahmen sich gegen einen Vertrauensleutekörper richten, der im vergangenen Jahr die Forderung nach Teuerungszulage aufgestellt hatte und für eine Forderung in Mark und Pfennig eingetreten ist.
Frech können sich die Siemens-Kapitalisten auf ihre Klassenjustiz stützen. Und die Gewerkschaftsführung, die selbst das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz gefördert hat, muß konsequenterweise klein beigeben, wenn das Betriebsverfassungsgesetz nun auch gegen die Verteilung von IG-Metall-Flugblättern von den Kapitalisten angewandt wird. Dagegen kämpfen wir für
Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb!
Siemens-Betriebszelle des KBW / Red.

HARVESTER / HEIDELBERG

WARNSTREIKS GEGEN ARBEITSBEDINGUNGEN

Im Januar haben zuerst Kollegen der Montage, dann Kollegen im Hauptlager die Arbeit hingeschmissen. Die einen wehrten sich so gegen den unerträglichen Lärm beim Prüfen der fertigen Maschinen. Die anderen gegen den Qualm und Gestank, der immer dann entsteht, wenn diese Maschinen durch die Halle ins Freie rollen. Wir haben über diese beiden Warnstreiks in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 3/74 berichtet.
Dabei ist es aber nicht geblieben!
Nach wie vor ist in die Endmontage keine Absauganlage gekommen.

Nach wie vor treiben die Abgasschwaden aus den teilweise ofenrohrstarken Auspuffrohren vor allem in das angrenzende Hauptlager hinüber und schlagen dort den Kollegen auf Lunge und Magen. Als es vor zwei Wochen wieder besonders dick kam, sind die meisten Kollegen zum zweiten Mal für eine Viertelstunde auf den Hof gegangen. Einige wenige Kollegen haben weitergearbeitet, obwohl gerade ihre Arbeitsplätze im Bereich des dicksten Qualms liegen. Es hat aber nur eine Woche gedauert, bis auch diesen Kollegen endgültig der Hut hochgegangen ist und sie eine halbe Stunde nach Arbeitsanfang dann auch die Brocken hingeschmissen haben. Auch in anderen Abteilungen, in denen es teils noch schlimmer aussieht, überlegen sich die Kollegen, ob sie nicht auch den Hebel rausmachen. Der Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen die Verschlechterung unserer ganzen Lage wird schärfer, nicht schwächer.

IHC-Zelle des KBW, Heidelberg

ZWEITER WARNSTREIK AUF HDW

Hamburg. Am Mittwoch, 6.2., streikten 3 000 bis 4 000 Kollegen auf Howaldt Deutsche Werft (HDW) Werk Ross, wo 5 000 Kollegen arbeiten.
Der Streik begann nach der Frühstückspause und dauere anderthalb Stunden. Die Kollegen organisierten einen Demonstrationszug durch das Werftgelände. Auf dem HDW-Werk Reiherstieg in Hamburg wurde nicht gestreikt.
Dieser Streik war schon der 2. Warnstreik auf HDW Hamburg. Der 1. Warnstreik fand am 28.1. statt. Auf Rosse demonstrierten damals etwa 700 Kollegen durch einen Teil des Werftgeländes. Bei dem letzten Streik dagegen (am 6.2.) war es gelungen, fast alle Kollegen auf Ross miteinzubeziehen.
Allerdings bestand bei vielen Kollegen keine Klarheit über die genauen Ziele des Streiks. Der Streik wurde so geführt als Unterstützung der 18 %-Forderung der Gewerkschaft.

WARNSTREIK BEI FEINPRÜF

Göttingen. Am 7.2.74 legten die Kollegen von Feinprüf (Göttingen) für 20 Minuten die Arbeit nieder. Der Anlaß für diesen Warnstreik war die augenblickliche Tarifsituation in der Metallindustrie.
Wie im Bezirk Hannover, so schleppen sich in der gesamten BRD die Verhandlungen zwischen der Tarifkommission der IGM und den Metallkapitalisten schon über viele Wochen hin.
Viele verstanden nicht, was dieser 20 Minuten-Streik sollte. Sie meinten, man hätte wenigstens 2 Stunden streiken sollen und eine Straßendemonstration machen müssen, um die andern Betriebe und die Öffentlichkeit auf den Beschiß in der Tarifrunde hinzuweisen.

HOMBERG STREIKT

Westberlin. Am Donnerstag letzter Woche traten die Arbeiter der Bandweberei Brüder Homberg in den Streik für 1,50 DM mehr pro Stunde. Die Spätschicht schloß sich dem Streik an. Am nächsten Morgen ging der Streik weiter.

CGB verteilt Flugblätter

Bremen. Der "Christliche Gewerkschaftsbund" (CGB) verteilte vor den Betrieben Flugblätter. Das Ziel des CGB besteht darin, zu versuchen, die Empörung über die ständig steigende Ausplünderung der Volksmassen mit Hilfe der Steuerpolitik der Regierung auf die CDU/CGB-Mühlen zu lenken – und gegen den Lohnkampf auszuspielen. In diesem Punkt sind sich die "Christen" übrigens mit der sozialdemokratischen DGB-Führung und auch mit Schleyer vom Kapitalistenverband völlig einig: Auch sie spekuliern auf einen Lohnraubabschluß bei Besänftigung der Kollegen durch geringfügige Steuersenkungen.
Allein an diesem Beispiel wird klar, daß die Herren von der CDU-"Opposition", die Führung des CGB keine Opposition im Interesse der Arbeiterklasse ist, sondern eine bürgerliche Opposition, die die Sozialdemokraten in der Regierung und die DGB-Führung nur dahingehend kritisiert, sie würde nicht effektiv genug im Interesse der Ausbeuterordnung arbeiten. Die Empörung der Kollegen über die Spalterpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer greifen die Herren christlichen Gewerkschaftsführer auf, indem sie das Spaltertum zum System erheben: "Nur durch konkurrierende Gewerkschaften ist es möglich, noch bessere Erfolge zu erzielen", schreiben sie. Nein, ihr Wölfe im Schafpelz! Die Konkurrenz unter den Arbeitern, ihre Uneinheitlichkeit, ist der größte Feind der Arbeiterklasse. Wir brauchen die Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und auch christlichen Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat. Ebenso brauchen wir weder "christliche" noch sozialdemokratische oder sonstige Richtungsgewerkschaften. Wir brauchen die Einheitsgewerkschaft, um diesen Kampf zu führen.

Ob Lohnraubabschlüsse und Ausplünderung des Volkes durch CDU oder SPD betrieben werden, ob der Kapitalismus durch christ- oder sozialdemokratische Politik verteidigt wird, ist keine Alternative für die Arbeiterklasse und das Volk. Die wirkliche Alternative ist der Kampf für die Lebensbedingungen und Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, ist der Kampf um den Sieg des Sozialismus.
–s–, Bremen

Streik bei Rheinkabel

Köln. Am 12.Februar gegen 10 Uhr flogen in der Spinnerei für papierisolierte Drähte die Hebel raus. Was war los?
Wegen der schweren Arbeit und des nervtötenden Lärms fordern die Frauen schon seit fast einem halben Jahr die Höherstufung von Lohngruppe 2 nach 4. Jetzt hatten sie die langen Verzögerungen endgültig satt. So schnell, wie die Geschäftsleitung und der Betriebsrat angetanzt kamen, hatte man sie noch nie laufen sehen. Nur mit dem Versprechen, am Donnerstag zu verhandeln, wurden die Maschinen wieder angeschaltet.
Am Donnerstag morgen kam dann unsere BETRIEBSZEITUNG mit der Überschrift: "Streik in der Spinnerei, Alle in Lohngruppe 4" heraus. Der Aufruf zündete.
7.3o Uhr geht Personalchef Müller in die Spinnerei. Er will einen knallharten Kurs einschlagen. Sein Angebot: Lohngruppe 3; mehr ist nicht drin. Die Frauen sind zunächst unschlüssig, lehnen jedoch ab. Um 13 Uhr beginnen dann plötzlich auch die Kolleginnen im Prüffeld zu streiken. Ihre Forderung: Genau wie die Frauen aus der Spinnerei; Hinaufstufung von 2 nach 4: Alle nach Lohngruppe 4!
Hatte Müller bis dahin geglaubt, die Kolleginnen aus der Spinnerei einschüchtern zu können, so bläst ihm jetzt aus mehreren Richtungen der Wind ins Gesicht. Noch hat der Betriebsrat nicht eingegriffen. Er muß sich jetzt entscheiden: Entweder für die Kollegen oder für die Geschäftsleitung!
Immer mehr Kollegen begreifen, daß sie ihre Sache selbst in die Hand nehmen müssen, daß sie selbständig gemeinsam kämpfen müssen.
–W.,Köln–

UHER hat über 300 entlassen

GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG UND BETRIEBSRAT MACHEN MIT DER GESCHÄFTSLEITUNG GEMEINSAME SACHE

München. Die Werktätigen in München werden von der Krise des westdeutschen Kapitals immer stärker betroffen. Immer mehr Kollegen wird der Gürtel enger geschnallt, und immer mehr Arbeiter sitzen auf der Straße und müssen die Krise, die sie nicht verursacht haben, die Werk des Kapitalismus ist, ausbaden.

Ein Beispiel, das sowohl die Lage in München wie den Verrat der Gewerkschaftsführung an den Arbeiterinteressen verdeutlicht, ist die Tonbandfabrik UHER. UHER hat im Januar über 300 Kollegen entlassen (darunter auch mich). Dem hat der Betriebsrat zugestimmt. Der Betriebsratsvorsitzende hatte schon früher in allen wichtigen Fragen die wirklichen Interessen der Arbeiter verraten, aber diesmal hat er sich ganz und gar als Sprachrohr der Unternehmensleitung offenbart. Indem er noch die Kühnheit besaß, bereit zu sein "die Modalitäten der Entlassung zu regeln" – was heißt, höchstpersönlich die Leute rauszusuchen, die rausgeschmissen werden – ist einem Großteil der Kollegen aufgegangen, wen sie da eigentlich gewählt haben.
Diese Handlangerdienste, die der Betriebsrat dem Unternehmer leistet, wurden schönfärberisch "soziale Auswahl" genannt, in Wirklichkeit sind unter diesen "ausgewählten" Kollegen auch gerade die, die schon immer unliebsam aufgefallen sind. Diesen Entlassungen gingen schon andere Maßnahmen gegen die Arbeiter voraus. Kurzarbeit wurde angedroht. Der Betriebsratsvorsitzende: "Ihr müßt das verstehen, die Auswirkungen der Ölkrise machen auch vor uns nicht halt – und überhaupt, Kurzarbeit ist immer noch besser als Entlassungen".

Dann wurde der Betrieb nach Weihnachten drei Tage zugemacht. Versteckte Kurzarbeit, von Geschäftsleitung und Betriebsrat schmackhaft gemacht als verlängerte Weihnachtsfeiertage. Und diese drei Tage wurden einfach vom Urlaub abgezogen, so daß die Kollegen jetzt gerade noch drei Wochen Jahresurlaub haben.
Weitere Kurzarbeit soll folgen. Dann wurden ganz gezielt Gerüchte in Umlauf gebracht über Entlassungspläne. Die Kollegen sollten verunsichert werden, noch mehr diszipliniert werden, noch mehr malochen. Diese Meldungen von bevorstehenden Entlassungen verstärkten die Konkurrenz unter den Arbeitern und einige gaben sich zu Spitzeldiensten her, um nicht auf die "schwarze Liste" zu kommen.
Dann Bekanntmachung auf der letzten Betriebsversammlung: von den ca. 1 200 Arbeitern werden allein im Januar 300 entlassen (dazu kommen noch die vielen, die im Dezember bereits gekündigt wurden). Begründung: Die Lieferanten erhöhen die Preise für die Einzelteile, Tariferhöhungen stehen an und den Preis für die Tonbänder kann man nicht erhöhen, will man konkurrenzfähig bleiben.

Aber die Kollegen lassen sich das nicht so einfach einreden. Die feinen Herren von Betriebsrat und Geschäftsleitung hatten gedacht, es ginge so ruhig ab wie immer, und die Leute würden sich schon alles aufschwatzen lassen. Die Rede des Geschäftsführers wurde mehrmals durch Zwischenrufe unterbrochen: "Wenn jetzt 300 entlassen werden sollen, wieso wurden dann vor Weihnachten noch über 150 neue eingestellt?" – Man hätte das nicht voraussehen können! Aber die Firma UHER wollte ja ihr großes Weihnachtsgeschäft machen, hat die Stückzahlen kurzfristig verdoppelt, alle Bänder voll besetzt, um so richtig abzusahnen. Die Arbeitshetze war so groß wie nie, und eine Unmenge neuer Leute wurden eingestellt. Was mit denen nach Weihnachten geschieht, interessiert die Firmenleitung und den Betriebsratsboss einen Dreck, das ist die Wahrheit, und nicht, daß man "es nicht voraussehen konnte". Und die Kollegen wissen das, und sie fragen den Betriebsrat: "Kollegen, ihr seid von uns gewählt worden, unsere Interessen zu vertreten – was habt ihr also getan gegen die bisherigen Kündigungen? Was wollt ihr gegen die Sauerei tun, daß 300 entlassen werden sollen?" Der Betriebsrat kann nicht anworten. Natürlich nicht. Wie sollte man auch gegen etwas einschreiten, was man selber einträchtig mit der Firmenleitung gegen die Arbeiter ausgeheckt hat? Also wird die Diskussion, die gerade erst begonnen hat, hurtig abgebrochen. Nächster Tagesordnungspunkt. Der eingeladene zweite Vorsitzende der IGM München tritt in die Fußstapfen der Geschäftsleitung und tönt: es sei ja nun mal nicht angenehm für die Gewerkschaft und Betriebsrat, einer Massenentlassung zuzustimmen, aber es ginge eben nicht anders, wenn man verhindern wolle, daß alle ihren Arbeitsplatz verlieren und die Firma pleite macht. Gewerkschaftsführer als Demagogen im Dienst des Kapitals! Zuerst heißt es, Kurzarbeit ist besser als Entlassungen, dann sind die Entlassungen da und es heißt, Entlassungen sind besser als wenn alle ihren Arbeitsplatz verlieren. Lügen, die, von einem Kapitalisten ausgesprochen, nur dessen Profit- und arbeiterfeindliche Interessen aufzeigen, aber aus dem Mund von gewählten Betriebsräten und Gewerkschaftlern schlimmste Verräterei an den Klasseninteressen der Arbeiter sind. Diese Herren, die vorgeben, unsere Sache zu vertreten, wenn sie die Argumente der Unternehmer gegen uns ausspielen, enthüllen sich vor den Augen der Kollegen als Knechte der Bourgeoisie und unsere Feinde im Kampf gegen Willkür und "Gesundschrumpfungs"maßnahmen der Ausbeuterklasse.
Auch nach der Betriebsversammlung nimmt die Empörung der Kollegen über die Entlassungen eher noch zu. Das aufgrund solcher Vorkommnisse: zwei ältere Kolleginnen in meiner Abteilung werden entlassen. Sie sind noch drei oder vier Jahre vom Rentenalter entfernt. Was sollen sie machen? Jetzt schon in Rente gehen – aber dann ist es viel weniger. Eine neue Stellung annehmen? Wo? Wer stellt Arbeiterinnen, die um die sechzig sind, noch ein? Aber das war wohl mit "sozialer Auswahl" gemeint, solche Kolleginnen zu entlassen. – Die Arbeiter, die nicht entlassen worden sind: sie werden noch keine Aktionen gegen die weiteren Entlassungen machen und diese waren auch während der ganzen Ereignisse noch nicht möglich. Die Solidarität ist noch nicht groß genug und es gibt auch noch kaum wirklich aktive Kollegen. Aber einige werden für die Zukunft lernen: die "UHER-Familie", von der viel die Rede ist, gibt es nicht, den Betriebsräten und vor allem dem Betriebsratsvorsitzenden darf man nicht mehr blind vertrauen. Diese Kollegen werden die Schritte von Betriebsrat und Gewerkschaft von nun an aufmerksamer beobachten. Sie werden das nächste Mal besser vorbereitet sein.
Die Vorkommnisse bei UHER sind kein Einzelfall. STIEBEL-ELTRON, Boilerfabrikation, hat bankrott gemacht und soll nun von SIEMENS geschluckt werden (zuerst sind die mittleren Betriebe und die Arbeiter dort dran, und die großen Monopolbetriebe, die Väter der Krise, profitieren davon). Aber auch bei SIEMENS (40 000) beginnen schon Entlassungen in einzelnen Abteilungen. Bei BMW (25 000) wird ab 4. Februar schon zum zweiten Mal für zwei Wochen kurzgearbeitet, das heißt zwei Wochen nicht gearbeitet. U., München

KURZARBEIT BEI BMW

München. Bei BMW stehen nun schon seit gut einer Woche die Bänder still, und die Arbeiter müssen sich mit einem teils bis zu 200 DM dezimierten Lohn zufrieden geben. Für viele, bei denen es gerade so umgeht, bedeutet dies, daß nun der Gürtel enger geschnallt werden muß und manche geplante Anschaffung fällt dabei ins Wasser. Hinzu kommt noch, daß während der 14 Tage Kurzarbeit das Kantinenessen wegfällt, was die Lebenskosten natürlich noch einmal verteuert. Ein Italienurlaub im Sommer ist dann für eine Familie mit Kindern einfach nicht mehr drin.

WER KRANK IST, FLIEGT RAUS

Saarbrücken. Seit einiger Zeit verbreiten die Dolmetscher der Kapitalisten von Röckling/Völklingen und Halbergerhütte/Brebach folgende Parolen, um das Letzte vor allem aus den Arbeitern aus der Türkei herauszupressen: Es heißt ständig, daß es Massenentlassungen von ausländischen Arbeitern geben wird. Vor allem sollen diejenigen entlassen werden, die öfters krank sind. Im Krankheitsfall dürfen die Arbeiter nur den Betriebsarzt aufsuchen, sonst liegt angeblich ein Entlassungsgrund vor. Die Betriebsärzte haben sich in letzter Zeit öfters geweigert, ausländische Arbeiter krankzuschreiben.

CHEMIE–VERTRAUENSLEUTE FORDERN 250 DM

Darmstadt. Die Vertrauensleutevollversammlung der IG Chemie beschloß am 13. Februar mehrheitlich, 250 DM für alle gleich in der bevorstehenden Tarifrunde zu fordern. Am 5. März soll die nächste Vertrauensleutevollversammlung stattfinden, auf der beraten werden soll, wie die Forderung durchgesetzt wird.

Forderungen der Drucker

ÜBERALL WERDEN FESTGELDFORDERUNGEN AUFGESTELLT FÜR DIE TARIFRUNDE

Speyer. Am Freitag, den 25. Januar, fand in Speyer eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Speyer der IG Druck statt. An der Versammlung nahmen rund 50 Mitglieder teil. Auf der Tagesordnung standen die Aufstellung der Forderungen für die kommende Tarifauseinandersetzung und die Anträge für den Gewerkschaftstag im Oktober.

Die Versammlung beschloß einstimmig, eine Forderung in Mark und Pfennig für alle gleich aufzustellen. Nach diesem grundsätzlichen Beschluß wurde über die Höhe der Forderung diskutiert und entschieden. Der Vertrauensleutekörper hatte eine Forderung von 1,36 DM für alle gleich vorgeschlagen (das entspricht 18 % auf den Ecklohn). Ein anderer Vorschlag war eine Forderung von 1,50 DM, die auch schon von anderen Ortsvereinen beschlossen wurde. Bekanntgegeben wurden die Forderungen von Berliner Mitgliederversammlungen (90 DM Vorweganhebung, 320 DM für alle Lohnerhöhung) und der Gewerkschaftsmitgliederversammlung vom Merkur in München (60 DM auf den Wochenlohn). Die Versammlung entschied sich schließlich in ihrer Mehrheit für diese Wochenlohnforderung. Als Laufdauer wurden 12 Monate und Einführung einer Öffnungsklausel beschlossen.

Der Vorschlag, die Laufdauer auf 8 Monate festzulegen, blieb in der Minderheit.
Als Anträge an den Bezirkstag wurden beschlossen u.a. "Raus aus der konzertierten Aktion" mit der Begründung, daß es keinerlei Gemeinsamkeit zwischen der Gewerkschaft und den Kapitalisten geben kann, und "Urabstimmung vor jedem Tarifabschluß" mit der Begründung, daß die Demokratie in der Gewerkschaft gestärkt werden muß.
Die Mitgliederversammlung hat gezeigt, daß sich im Ortsverein Speyer die Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich endgültig durchgesetzt haben und daß fortschrittliche Anträge eine Mehrheit finden können.

– J.S., Mannheim –

Freiburg. Die Vertrauensleute der IG Druck bei Herder Freiburg stellten für die Tarifrunde die Forderung 1,50 DM pro Stunde oder 250 DM im Monat mehr für alle gleich auf.

Darmstadt. Wie schon in der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 1/74 berichtet, forderte die Jahreshauptversammlung die 35-Stunden-Woche.

Braunschweig. Die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier beschloß am 15.2.74 den neuvereinbarten Manteltarifvertrag abzulehnen und kürzere Laufzeiten auszuhandeln. Für die Tarifrunde fordert sie 20 DM Vorweganhebung pro Woche und 60 DM einheitlich für alle pro Woche. Laufdauer maximal 10 Monate. 240 DM mehr für Auszubildende.

Hamburg. Auf der ersten Mitgliederversammlung beim Heinrich-Bauer-Verlag wurden folgende Forderungen diskutiert und beschlossen:
1,50 DM Stundenlohnerhöhung
50 DM Vorweganhebung in der Woche
12 Monate Laufzeit, erstmalig kündbar nach 6 Monaten, dann monatlich
525 DM Existenzlohn für alle Lehrlinge gleich, Einbeziehung in die tarifliche Lohnerhöhung.
Der Betriebsrat wurde dann aufgefordert, diese Forderungen an alle Druck-Betriebe in Hamburg weiterzuleiten und außerdem in allen Bauer-Betrieben in der Bundesrepublik bekanntzugeben.

Hildesheim. Die Vollkonferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute in der IG Druck und Papier fordert die Tarifkommission auf, eine Forderung von 27 DM mehr für alle gleich in der Woche und kürzere Laufzeit der Tarifverträge aufzustellen.

BERICHT VON DER LANDESBEZIRKSJUGENDKONFERENZ BADEN–WÜRTTEMBERG

Am 2. Februar fand in Stuttgart die 3. Landesbezirks-Jugendkonferenz (LBJK) der IG Druck und Papier Baden-Württemberg statt. Über 30 Delegierte aus dem ganzen Land nahmen an ihr teil. Auf dieser Konferenz setzte sich ganz eindeutig die Auffassung des übergroßen Teils der Kollegen durch, daß die Gewerkschaften konsequente Interessenvertretung und demokratische Kampforganisationen zur Durchsetzung der notwendigen Forderungen der Werktätigen sein müssen.

Es wurden unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt:
Für die kommende Tarifrunde forderten die Delegierten 60 DM wöchentlich mehr für alle Arbeiter und 260 DM monatlich mehr für die Angestellten. Unzureichend ist allerdings die Forderung für die Auszubildenden: Anhebung um 170 bis 100 DM zur Angleichung der Lehrjahre.
Zum Tarifkampf wurde grundsätzlich beschlossen, daß die IG Druck und Papier zukünftig nur auf Betriebsebene diskutierte und beschlossene Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich aufstellt und für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge gemeinsam verhandelt. Jedes Ergebnis soll vor Abschluß der Verhandlungen den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt werden. Außerdem wurde der Austritt des DGB aus der Konzertierten Aktion gefordert.
Anläßlich der bevorstehenden Neufassung des Jugendarbeitsschutzgesetzes forderte die Konferenz regionale und zentrale Demonstrationen des DGB und der Einzelgewerkschaften für unter anderem folgende Kernforderungen zum Schutz der arbeitenden Jugendlichen unter 18 Jahren:
Vollständiges Verbot von Kinderarbeit sowie Nacht-, Schicht-, Feiertags-, Akkord- und Fließbandarbeit und der Überstunden; 6-Stunden-Tag, 5-Tage-Woche und 8 Wochen bezahlten Urlaub; Wegfallen der "Notfallparagraphen" und Verschärfung der Strafen bei Verletzung des Gesetzes; Kontrolle allein durch Betriebs-, Personalräte und Jugendvertreter, überbetrieblich durch die Gewerkschaften; mindestens alle 6 Monate Gesundheitsuntersuchungen und einen umfassenden Gesundheitsschutz; alle aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz (JAschGes.) entstehenden Kosten müssen durch die Unternehmer bzw. den Staat getragen werden.
Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, die den vollen Kündigungsschutz für Jugendvertreter, Betriebsräte und Vertrauensleute fordert sowie die Beseitigung des § 78 a des Betriebsverfassungsgesetzes, die Übernahme aller Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, die Zurückstellung aller gewählten Interessenvertreter von Wehr- und Ersatzdienst und die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf verlangt.

– A.B., Mitglied der IG Druck und Papier –

Westberlin. Die IG Druck und Papier Bezirksmitgliederversammlung Schöneberg forderte den Unvereinbarkeitsbeschluß aufzuheben und sprach sich für kampfstarke Einheitsgewerkschaften aus. In Charlottenburg wurde die Rücknahme des Ausschlusses zweier Kollegen gefordert.

STREBEL–PLEITE

2 500 auf der Straße

Mannheim. Das Strebelwerk Mannheim, das zu den 2 400 Beschäftigten in Mannheim in den Werken in Italien, Österreich und der Schweiz noch mal über 1 000 Beschäftigte hat, ist seit dem 7.2. pleite. Noch am 5.2. wurde auf einer Betriebsversammlung versucht, die Arbeiter in Sicherheit zu wiegen. 2 Tage später wurde der Konkurs angemeldet. 87 Millionen DM Schulden hatten die Strebel-Kapitalisten erwirtschaftet. Für Löhne war nichts mehr übrig. Selbst die Pensionskasse war geplündert, was noch zusätzlich 600 Pensionäre betrifft, die im Schnitt 140 DM monatlich bekommen. Nun soll in altbewährter Manier die Stadt Mannheim einspringen, um die Januar-Löhne zu zahlen. Zu der leeren Pensionskasse sagte der Konkurs-Verwalter wörtlich, sie sei schlicht vergessen worden. Alle Arbeiter und Angestellten, von einem kleinen Notdienst abgesehen, sind nun arbeitslos.
Auch das Mannheimer Stahlwerk (ca. 300 Besch.) macht bis zum 1.6.74 den Laden dicht. Über 50 weitere Betriebe in Mannheim sind in ernsten Schwierigkeiten, so daß mit weiteren Pleiten zu rechnen ist. In Mannheim gibt es derzeit schon mehr Arbeitslose als im Krisenjahr 1966/67, nämlich über 3 000. Dazu kommen jetzt die Strebelwerker und die Stahlwerker. Nun zögert auch noch das örtliche Arbeitsamt, die Vermittlung an andere örtliche Firmen, was begrenzt möglich ist, hinaus, weil, wie der Leiter des Arbeitsamtes sagte, es wichtig sei, die Belegschaften zusammenzuhalten, weil der Verkaufswert eines Werkes höher sei.

–E.H., Mannheim–

Tarifkampf beim Bau

In aller Stille haben die Tarifverhandlungen im Baugewerbe begonnen. Auch der Rahmentarifvertrag wurde gekündigt. Dieser stille Vorgang zeigt die Taktik der Gewerkschaftsführung: im Schatten der turbulenten Ereignisse bei ÖTV und Metall Abschlüsse auszumauscheln und die Arbeiter und Angestellten zu überraschen, bevor diese richtig reagieren. Für einzelne Bereiche wurde sogar schon abgeschlossen. Zum Beispiel im Naßbaggergewerbe Erhöhungen zwischen 9,9 und 10,3 %. Nebenbei noch ein neuer Rahmentarifvertrag, "der kurz vor dem Abschluß steht und . . . ab 1. Januar 1974 in Kraft tritt. Über den Inhalt des Rahmentarifvertrages wird der 'Grundstein' demnächst berichten." (Zitat aus Grundstein Nr.1 1974, der Zeitung der Bau Steine Erden-Gewerkschaft)
Ende Januar trafen dann die Tarifparteien zusammen, um über die Lohn- und Rahmentarifverträge für das Bau-Hauptgewerbe zu verhandeln. Im "Grundstein" steht: "Am 13.Februar werden die Verhandlungen fortgesetzt. Bis dahin haben die Arbeitgeber Gelegenheit, sich über konkrete Angebote an unsere Gewerkschaft klar zu werden." Und wie sehen die Forderungen der Gewerkschaft aus? Kurz gesagt schlecht. Lohnforderungen sind gar keine da, anscheinend wartet man, was die Kapitalisten freiwillig geben wollen.

Für den Rahmentarifvertrag: Lohnfortzahlung im Konkursfall. Das heißt, die ausstehenden Löhne sollen im Konkurs sofort bezahlt werden. "Sofern noch etwas da ist. Allerdings gehen auch weiterhin bestimmte Ansprüche diesen Lohnansprüchen noch vor." (aus Grundstein) Das ist Kosmetik und Augenwischerei!
Dann wird noch ein 13. Monatsgehalt gefordert und eine Verlängerung des Mindesturlaubes. Samstage dürfen nicht als Urlaubstage gerechnet werden. Das 13. Monatsgehalt bringt die Lohngruppen noch weiter auseinander und trägt so zur Spaltung der Arbeiterklasse bei. (Einer, der 2 000 DM pro Monat verdient, bekommt dann 2 000 DM am Jahresende, einer, der 1 000 DM verdient, nur 1 000 DM.)
Diesem schwammigen und unterwürfigen Verhandlungsstil müssen wir knallhart unsere einheitliche Kampffront und unsere Forderungen entgegenstellen.
Fordern wir gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen, auf denen über unsere Forderungen abgestimmt werden kann. Zur Unterstützung der Forderungen Unterschriftensammlungen durchführen und den Ortsverwaltungen vorlegen.
Hier in Freiburg treten viele Kollegen ein für:
250 DM mehr für alle
8 Wochen bezahlten Urlaub im Jahr
1 300 DM für alle gleich als 13. Monatsgehalt (das ist ein Brutto-Monatslohn gerechnet nach dem Ecklohn)
Absolute Vorrangigkeit der Lohnzahlung im Konkurs
Gleichzeitige Verhandlungsführung für das gesamte Baugewerbe!

Aufbauzelle Bau der Ortsgruppe Freiburg

Mieter eingemauert

GESPRÄCH MIT DEN BETROFFENEN MIETERN IN BREMEN

KVZ: Diese beiden Häuser am Ostertorsteinweg Nr. 5 sind in einem sehr schlechten Zustand für die Mieter. Wohnen Sie schon lange so?
Herr K.: Ich bin hier im letzten Jahr im März eingezogen und mußte für ein 10 qm großes Zimmer ohne Wasser, Strom und Heizung oder Ofen, mit dreckiger Wand und schmutzigen Matratzen 125 DM zahlen.





Die zugemauerten Türen mussten von den Mietern aufgebrochen werden.

KVZ: Haben Sie das einfach akzeptiert?
Herr K.: Ich hatte keine andere Wohnung. Doch als der Vermieter,
Herr K.: Ich hatte keine andere Woh-
nung. Doch als der Vermieter, Bäckermeister Herbert Seeck aus Lübeck wieder mal abkassierte, da habe ich gesagt, daß ich ein besseres Zimmer wolle. Da hat er mir ein anderes gezeigt, in dem aber noch jemand wohnte, der aber schon drei Monate keine Miete gezahlt hatte. Da hat der Seeck mich aufgefordert, den rauszuschmeißen. Doch das habe ich nicht gemacht, denn der ist ein genauso armes Schwein wie ich. Hier, der M. wohnt hier auch.

KVZ: Herr M., haben Sie auch diese Wuchermiete gezahlt?
Herr M.: Also, hier wohnen immer so über 21 Leute in den beiden Häusern, und die haben alle solche Preise zahlen müssen. Ich zum Beispiel zahle für 8 qm 100 DM. Das zahlt aber genau gesagt das Sozialamt, denn die meisten Bewohner des Hauses haben keinen Arbeitsplatz.
Doch nun passierte im Dezember folgendes:
Ab Dezember war plötzlich Wasser und Strom gesperrt, weil der Eigentümer das Haus verkauft hatte.

KVZ: Nachdem er gekündigt hatte?
Herr M.: Aber er konnte doch gar nicht kündigen. Wir hatten keine Verträge. Herr Seeck kam und wir haben dann bar bezahlt.

KVZ: Dafür gab Ihnen das Sozialamt also Geld?
Herr M.: Ja. – Na und dann kam ich am 21. Dezember nach Hause und da ist der Eingang frisch vermauert. Also
am 21. Dezember nach Hause und da
ist der Eingang frisch vermauert. Also ich hatte da doch meine Sachen drin. Und da haben die anderen, die noch im Haus waren, um rauskommen zu können, in die neue Mauer ein Loch eingedrückt. Wir wollten uns schließlich nicht einmauern lassen. Am selben Tag haben wir auch eine einstweilige Gerichtsverfügung erwirkt, die aber vom neuen Eigentümer nicht anerkannt wird. Na, bisher haben wir noch keine Miete gezahlt, denn den kennen wir gar nicht, selbst die Polizei konnte nur mit dessen Anwaltsbüro verhandeln. Aber inzwischen hat der sich auch gerührt und uns die Ascheimer geklaut.

Die KVZ telefonierte mit Seeck in Lübeck. Der Bäckermeister wollte den neuen Eigentümer nicht nennen, aber er gab zu, daß dieser seit 6. Dezember 73 mit ihm verhandelt habe, seit Januar 74 Besitzer vom Ostertorsteinweg Nr. 5 sei und mit seiner Einwilligung den Einmauerungsauftrag gegeben habe. –hege–, Bremen

BERUHIGUNGSPILLE GEGEN WIDERSTAND

„Lebensqualität" für die Behinderten

DAS SCHWERBESCHÄDIGTENGESETZ ÄNDERT KAUM ETWAS AN IHRER LAGE

In der BRD gibt es über 4 Millionen Schwerbeschädigte. Die meisten von ihnen sind Kriegsopfer und Opfer von Arbeitsunfällen. Ihre Gesundheit wurde für die imperialistischen Kriegsinteressen oder durch die kapitalistische Arbeitshetze und mangelhaften betrieblichen Unfallschutz ruiniert. Als "Dank des Vaterlands" und des Staats werden sie nicht nur allgemein sozial benachteiligt, sondern werden jetzt in der Krise als erste auf die Straße gesetzt. Schon in der Krise 1966/67 war die Zahl der schwerbeschädigten Arbeitslosen prozentual zweieinhalb mal so hoch wie die der übrigen Arbeitslosen. Heute ist es nicht viel anders:

Im Bereich des Arbeitsamts Essen zum Beispiel liegt im Moment die Zahl der gekündigten Behinderten um 40 % höher als die der übrigen Entlassungen.
Für die Kapitalisten sind diese Menschen weniger rentable Arbeitskräfte, oft sogar ein "Unkostenfaktor", da sie meist dem Arbeitstempo und den Anforderungen, die an die gesunden Arbeiter gestellt werden, infolge ihrer Behinderung nicht gewachsen sind. Die Chancen älterer Kollegen (also gerade der Kriegsopfer) nach ihrer Entlassung wieder Arbeit zu finden, sind praktisch gleich Null. In einem Wirtschaftsmagazin im Fernsehen berichtete ein älterer Arbeiter, der zu 60 % kriegsbeschädigt ist, daß er inzwischen 14 Bewerbungen an Firmen geschickt habe. Die Antworten, die er bekam, sprechen für sich: "Kein Bedarf", "leider ein jüngerer Mitarbeiter vorgesehen", "zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich" ...
Diese Kollegen, von denen die meisten eine Familie zu versorgen haben, geraten in schwere wirtschaftliche Not. Da fehlt nur noch die nächste Mieterhöhung und der Weg in die Obdachlosenunterkunft steht offen.
Zudem führt die Situation, arbeitsfähig zu sein, aber vielleicht nie wieder Arbeit zu finden und zum "alten Schrott" zu gehören, bei vielen Behinderten zu Depressionen und zu anderen Schädigungen. Denn gerade für sie ist die Arbeit lebensnotwendig, da die Arbeit für sie nicht nur Broterwerb ist, sondern oft die einzige Möglichkeit, zu zeigen, daß sie noch etwas leisten können.
Angesichts der Millionenzahl von Behinderten und der geringen Bereitschaft der Kapitalisten, sie zu beschäftigen, war der Staat natürlich gezwungen, die Kapitalisten gesetzlich zu verpflichten, eine gewisse Anzahl von Arbeitsplätzen für Schwerbeschädigte zur Verfügung zu stellen. Dieser soziale Schutz war jedoch völlig unzureichend.

Am 25.1. hat nun der Bundestag ein neues **Schwerbeschädigtengesetz** verabschiedet, das von der bürgerlichen Presse sofort als "tiefgreifende Reform" und "große Hilfe" angepriesen wurde. Sehen wir uns an, was dieses Gesetz an "tiefgreifenden" Verbesserungen bringt:

1. Betriebe mit mehr als 15 Beschäftigten müssen in Zukunft 6 % der Arbeitsplätze für Schwerbeschädigte bereitstellen. Doch das ist keine zwingende Verpflichtung: Mit einer "Ausgleichsabgabe" von lächerlichen 100 DM (bisher 50 DM) pro Nichtbeschäftigten können sich die Kapitalisten um diese Regelung drücken. Welcher Kapitalist wird schon wegen 50 DM mehr in der Krise für ihn "überflüssige" Arbeitskräfte weiter beschäftigen? !
2. Die Kündigungsfrist wurde auf vier Wochen erweitert und die Entlassung bedarf der Zustimmung der verantwortlichen Fürsorgestelle. Auch das sichert keinen Arbeitsplatz, der Beschädigte weiß nur etwas früher, daß er fliegt. Und ein älterer Kollegen wird in der Regel auch in vier Wochen keine neue Arbeit gefunden haben. Die Fürsorgestellen konnten daran bisher nichts ändern und werden es auch nach dem neuen Gesetz nicht, denn der Kapitalist findet immer leicht eine "ausreichende Begründung" für die Entlassung.

– Was von dem ganzen Gesetz bleibt, sind 6 Tage Zusatzurlaub, eigentlich doch eine Selbstverständlichkeit für Schwerbehinderte.

Die SPD wird nun dieses Gesetz wieder als großen Beitrag zur Verbesserung der "Lebensqualität" hinstellen. Sogar die CDU/CSU, die sonst bei jedem Sozialgesetz ein großes Geschrei anfängt, hat dem Gesetz im Bundestag einstimmig ihren Segen gegeben. Doch in Wirklichkeit wird sich an der Lage der Schwerbeschädigten kaum etwas ändern, denn das Gesetz ist nur als Reaktion der bürgerlichen Parteien auf den Unmut der Beschädigten und den Druck ihrer Verbande zurückzuführen. Es soll eine Beruhigungspille sein, um dem Widerstand die Spitze abzubrechen. –I.E.–

„SCHAFFERMAHLZEIT"

Kapitalisten verfressen Steuergelder

DEMONSTRATION GEGEN FRIDERICHS-BESUCH UND TRADITIONSFRESSEN IN BREMEN

Am Freitag, den 8.2.74, traten in Bremen über 200 Kapitalisten und ihre politischen Vertreter im Rathaus zur sogenannten Schaffermahlzeit zusammen. Dies ist ein üppiges Festessen von 15 bis 20 Uhr mit erlesenen Köstlichkeiten. Ehrengast dieses Treffens war der Hauptverantwortliche der Krisen- und Notstandsmaßnahmen des kapitalistischen Staates, Wirtschaftsminister Friderichs. Er "nutzte die Gelegenheit vor diesem Forum auch ein allgemeines Bekenntnis zur sozial verpflichtenden Marktwirtschaft abzulegen und an die Unternehmer zu appellieren, ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden" (Weser Kurier, 9.2.74).

Die Ortsgruppe Bremen des KBW hatte zur Demonstration anläßlich des Festmahls und des Friderich-Besuches aufgerufen. Unter den Parolen "Weg mit dem Stabilitätspakt!", "Weg mit allen indirekten Steuern!", "Gegen Lohnraub steht Streik!", "Ausländische und deutsche Arbeiter – eine Kampffront!", marschierte ein rund 1 000 Mann starker Zug zum Kundgebungsplatz vor dem Rathaus zur Schlußkundgebung.
In der Hauptgeschäftsstraße, der Obernstraße, reihten sich Teile der Bevölkerung in den Zug mit ein. Auf dem Platz vor dem Rathaus kam es dabei am Rande zu folgender Diskussion. Ein Ordner des KBW kam zu zwei Frauen hinzu, die sich über die Demonstration unterhielten:
1.Frau (etwa 45 Jahre alt): *"Das ist doch eine echte Sauerei! Dort oben sitzen die "hohen Herren", verfressen unsere Steuergelder und trinken Weine im Werte von hunderten von Mark. Es wird Zeit, daß endlich etwas passiert ..."*
Der Ordner machte deutlich, daß man sich dort oben nicht nur an Hühnersuppe und Kalbsbraten labt, sondern auch Meinungen vor und hinter dem Rednerpult austauscht zur weiteren Ausbeutung und Ausplünderung des Volkes.
1.Frau: *"Ich bin Rentnerin und hatte es sehr schwer, meine Kinder durchzubringen, aber eines weiß ich, bei uns ist das eine Schraube ohne Ende; die Preise laufen einem einfach davon. Man kommt mit dem Lohn oder der Rente nicht mehr hin, muß zuarbeiten."*
Der Ordner meinte, daß wenn man sich auf seine eigenen Interessen besinnt und dem Gerede von der Notgemeinschaft keinen Glauben schenkt, diese "Schraube ohne Ende" sehr wohl durchbrochen werden kann. Er brachte Beispiele über die anwachsenden Kämpfe aller Teile des Volkes.
2.Frau (etwa 28 Jahre alt): *"Ja, meinen Sie aber, daß der Sozialismus hier jemals gewinnen wird, wer will denn sowas wie in der DDR oder Sowjetunion?"*
Bevor der Ordner darauf etwas sagen konnte ...
1.Frau: *"Ich glaube nicht, daß er* (der Ordner) *so etwas meint. Ich war selbst lange in der Sowjetunion. Da gibt es genauso große Unterschiede zwischen denen, die viel haben und denen, die nichts haben. Ich glaube, daß die hier schon das richtige wollen, den Menschen von was richtigem und guten überzeugen, daß nicht immer der Arbeiter der Dumme ist!"*
2.Frau: *"Aber das ist doch alles sehr schwierig, die Arbeiter sind doch immer in der Minderheit."*
Der Ordner sagte darauf, daß **die Herren**, die dort oben sitzen, gerade die Minderheit in unserer Gesellschaft bilden und höchstens 5 % ausmachen. Sie haben aber dennoch die wirtschaftliche und politische Macht in ihren Händen. Die Schwäche der großen Mehrheit besteht momentan noch darin, daß sie **erst zunehmend** erkennt, wer ihre Freunde und wer ihre Feinde sind.
1.Frau: *Aber glauben Sie nicht, daß eine andere Regierung hier etwas ändert, da muß überhaupt etwas geändert werden. Die Demonstration ist auf jeden Fall sehr vernünftig."*
Inzwischen wurde die Kundgebung mit dem Gesang der "Internationale" beendet. Die 1.Frau meinte "sehr gut" und sie summte mit. Der Ordner besorgte schnell die neueste Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung, die er sofort an die Frau verkaufte.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß die Möglichkeiten und Bedingungen gut sind, die Aufgaben der Kommunisten immer besser anzupacken, den **Kontakt zu den Massen suchen,** "den Kampf um eine öffentliche Meinung für den Sturz der Bourgeoisherrschaft und für die Notwendigkeit des Sozialismus (zu) führen". (Ergebnisse der Gründungskonferenz des KBW, S.44)

–D.O.,Bremen–

Eine Krankenschwester schreibt uns :

Münster. Liebe Kollegen – Kolleginnen.
Ich bin Krankenschwester und arbeite an einem Krankenhaus in Münster. Außerdem bin ich KVZ-Leserin und der Grund meines Schreibens ist, Euch einmal die Zustände zu schildern, die so im heutigen Gesundheitswesen, speziell Krankenhaus, herrschen.

Grundsätzlich wäre zur Situation der Krankenschwester zu sagen, daß der größte Teil als bessere Dienstmädchen gehalten werden. Man spaltet ganz bewußt die Gemeinschaft, indem man sich einige wenige herausholt, die dann in den Augen der Stationsschwestern und Schulschwestern und der Ärzte die Fähigen sind, die spezielle Arbeiten verrichten können und dürfen.

Die Schwestern werden aufgeteilt in Stationsschwestern, Zweitschwestern und "Drittschwestern". Unter den letzeren wird dann noch wieder eingeteilt nach Dienstjahren und Ansehen bei Ärzten und Stationsschwestern. Somit kommt es zu einem sehr starken Konkurrenzdenken der Schwestern untereinander und dann noch zwischen Ärzten und Schwestern. Viele sind sich dessen überhaupt nicht bewußt, daß es zum Teil Unverschämtheiten, Drohungen und manchmal schon fast Lügen sind, die ihnen vorgeworfen werden. Man versucht ganz bewußt dann auch solche Leute kleinzuhalten, damit man ab und zu einmal die Launen an diesen auslassen kann.
Bevor ich zur Station der kranken Kinder komme, hier einiges über die Klinik. Es ist ein von Nonnen geleitetes Haus und eine private Einrichtung, die nur mit geringen Zuschüssen von Bund und Land auskommen muß. Man wirtschaftet also sozusagen in seine eigene Tasche (in die Tasche der Nonnen). So ist es auch sehr leicht zu begreifen, daß zum Beispiel die Kranken länger als notwendig dabehalten werden, daß man Eltern nicht gut zuredet und ihnen Mut macht, leichte Krankheiten der Kinder selbst auszukurieren (zum Beispiel Husten, Schnupfen, Fieber, Kinderkrankheiten wie Masern, Mumps, Röteln usw.), daß alles, was vor dem Kliniktor erscheint, aufgenommen wird. Das geht natürlich auf Kosten des Pflegepersonals. Es wird keine Rücksicht darauf genommen, wie wir personell besetzt sind auf der Station und ob wir es überhaupt schaffen, die Kinder ausreichend gut zu versorgen. Hauptsache alle Betten samt Notbetten sind belegt.

Wenn wir die Arbeit nicht schaffen, geht es wieder auf unsere Kappe, man hält uns für unfähig, oder man droht uns, den gerade erkämpften Schichtdienst wieder abzuschaffen (wir hatten vorher eine Arbeitszeit, die praktisch über den ganzen Tag ging, von 7 Uhr bis 11 Uhr 30 und von 15 Uhr 30 bis 19 Uhr; im Moment arbeiten wir in der Frühschicht von 6 Uhr bis 13 Uhr und in der Spätschicht von 13 Uhr bis 20 Uhr).
Um zur Änderung dieses Systems beizutragen, trete ich der ÖTV bei und bin mit der KG Münster in Kontakt getreten. A.B.,Münster

„Verunglimpfung" der BRD

2 MONATE GEFÄNGNIS AUF 2 JAHRE ZUR BEWÄHRUNG

Dortmund. Am 11. Februar 1974 wurde in dem Prozeß gegen Bernd Dewe wegen "Verunglimpfung des Staates" nach drei Verhandlungstagen von der Staatsschutzkammer des Landgerichts Dortmund "im Namen des Volkes" das Urteil verkündet:

2 Monate Gefängnis, auf 2 Jahre zur Bewährung ausgesetzt;
sowie die Auflage, einen Geldbetrag von 300 DM an die Arbeiterwohlfahrt in Bielefeld zu zahlen. Damit ging dieses Gericht über den Antrag der Staatsanwaltschaft (Geldstrafe) erheblich hinaus (über den Prozeß berichtete die KVZ 3/74).

Die Klassenjustiz hat mit diesem Urteil einmal mehr klargestellt, was ihre Aufgabe ist: die Institutionen des Klassenstaates gegen jede Form der Kritik schützen und zu verhindern, daß das Volk sich seine demokratischen Rechte nimmt und sie gegen die herrschende Klasse und ihren Staat wendet. Die Justiz ist Teil des staatlichen Unterdrückungsapparates, mit dem die Bourgeoisie ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse und das Volk sichert. Das Mittel der Geldstrafe allein (so noch im Prozeß gegen Ernst Aust in Hamburg) erscheint der Klassenjustiz offenbar nicht mehr ausreichend.
Zugleich gerät die Justiz natürlich dadurch in das Dilemma, sich entlarven zu müssen, ihren eigenen Anspruch der Neutralität nicht mehr aufrechterhalten zu können.

Dem Versuch, Einzelne herauszugreifen und zu isolieren, müssen wir die breite Solidarität aller fortschrittlichen Menschen entgegenstellen. Solidarität mit Bernd Dewe heißt insbesondere auch, diesen Genossen materiell zu unterstützen, denn die ihm aufgedrückten Verfahrenskosten werden sich etwa in der Größenordnung von 3 000 bis 4 000 DM bewegen.
Spendet daher zur Deckung der Prozeßkosten auf das Konto des Rechthilfefonds in Heidelberg
Bank für Gemeinwirtschaft HD
Kto.Nr. 20736009
Stichwort: Bernd Dewe
Kommt zu den nächsten anstehenden Prozessen gegen Norbert Oswald und Michael Schulte am 22.2. und 1.3.74 im Landgericht Dortmund, Kaiserstraße 34, um 8.30 Uhr. Die Genossen sollen ebenfalls nach § 90a (Verunglimpfung der Staatsmacht) und zusätzlich nach § 129 (kriminelle Vereinigung) verurteilt werden.

Kampf der Klassenjustiz!
Für die uneingeschränkte Informations- und Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und des Volkes!

–H.W., Dortmund–

Mitbestimmungskrampf der DKP

WEDER DEMOKRATISCH NOCH VERBESSERUNG DER KAMPFBEDINGUNGEN

Kaum ist der Mitbestimmungskompromiß bekannt, gefällt er keinem der verschiedenen Mitbestimmungsstreiter mehr, weder großen Teilen der SPD, noch den Gewerkschaftsführern auf der einen Seite, noch der FDP auf der anderen Seite. So wird es noch eine Zeitlang einen Sturm im Wasserglas geben, wie die Mitbestimmung sein soll, aber ob überhaupt Mitbestimmung der Arbeiterklasse nützt, diese Diskussion soll nach Möglichkeit verhindert werden. Je größer der Streit um das Wie, desto mehr glauben die Mitbestimmungsbetrüger aller Schattierungen könnte die Arbeiterklasse doch noch für die Mitbestimmung interessiert werden. Auch die DKP beteiligt sich in dieser Weise durch ein eigenes Modell der Mitbestimmung an dieser Schaumschlägerei. Das Modell der DKP sieht die volle Parität vor. Aufsichtsrat und Vorstand sollen halbe halbe mit Vertretern der Arbeitnehmer und der Kapitalisten besetzt werden. Die DKP sagt, "der Kampf um die Mitbestimmung muß antikapitalistisch orientiert sein". Sie sagt: "Der Alleinherrschaft der Konzerne und Großbanken muß der Kampf für demokratische Mitbestimmung entgegengesetzt werden." Kann Mitbestimmung überhaupt demokratisch sein?

Die Mehrheit der Lohnabhängigen hat die eine Hälfte der Stimmen, die Kapitalisten haben die andere Hälfte der Stimmen, was ist daran demokratisch? Kann Mitbestimmung überhaupt antikapitalistisch sein? Die Ausgebeuteten sitzen mit den Ausbeutern an einem Tisch. Gegenstand der Verhandlung ist, wie die Ausbeutung in einem kapitalistischen Ausbeuterbetrieb nach den Gesetzen der kapitalistischen Ausbeuterordnung stattfinden soll. Was ist daran antikapitalistisch? Den Ausbeutern gehören nach wie vor die Produktionsmittel, die Arbeiter haben nur ihre Arbeitskraft. Auch bei der paritätischen Mitbestimmung können die Arbeiter nur mitbestimmen, was die Kapitalisten bestimmen und was schon bestimmt ist durch die kapitalistische Ordnung. Bestimmen kann die Arbeiterklasse nur, wenn sie die geballte Macht ihrer Klasse den Kapitalisten entgegenstellt und diese davonjagt. Die DKP behauptet nun schlau, die Mitbestimmung schränke die Macht des Kapitals ein und schaffe bessere Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse. Ist es für die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse richtig, wenn sie ihre Führer in die Aufsichtsräte und Vorstände der Konzerne schickt, wo sie bestenfalls mit den Kapitalvertretern hinter verschlossenen Türen debattieren, anstatt daß sie an der Spitze der Kollegen den Kampf gegen die Kapitalistenklasse organisieren?

Schon wenn wir die Modellvorstellungen der DKP durchleuchten, sieht man, wie widersinnig das alles ist. In der Praxis schaut der Mitbestimmungskampf der DKP noch weit schlechter aus. Er bedeutet nichts anderes als die pseudolinke Unterstützung des ganzen Mitbestimmungsbetrugs, der Posten für Gewerkschaftsfunktionäre schafft und der schon bestehenden Korruption und Bestechung der rechten Gewerkschaftsführer in den schon bestehenden Mitbestimmungsgremien weitere Möglichkeiten hinzufügt. —bb—



SOLIDARITÄT GEGEN DIE KLASSENJUSTIZ

Antikriegstagsprozess

VERFAHREN WEGEN LANDFRIEDENSBRUCHS

München. 1 Jahr Gefängnis mit Bewährung hatte der Student K.S. bekommen, weil er an der Demonstration der Gruppe Roter Morgen in München anläßlich des Antikriegstags am 2. September 1972 während der olympischenSpiele teilgenommen hatte. Die Demonstration wurde damals von der Polizei brutal zusammengeknüppelt, als sie versuchte, die Kundgebung trotz Verbot auf dem Marienplatz abzuhalten.

Ob dies nun richtig oder falsch, klug oder ungeschickt war, ist später oft diskutiert worden. Eines ist aber auf jeden Fall klar: Die Demonstranten haben sich gegen einen Übergriff des Staates auf die Rechte des Volkes gewehrt, gegen Notstandskurs und Unterdrückung. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, der Bevölkerung zu zeigen, wie Polizei und Justiz mit solchen Menschen umgehen.

Am Fall von K.S. kann man das klar beobachten. Er wurde nämlich von drei Zivilpolizisten (einer von ihnen war – als Arbeiter verkleidet – in der Demonstration mitgelaufen!) "festgenommen", d.h. brutal zusammengeschlagen. Seine Verletzungen: Gehirnerschütterung, Bruch der Nasenscheidewand, Blutergüsse usw. Zwar war K.S. weder bewaffnet gewesen, noch hatte er irgendeinen Menschen angegriffen. Aber er befand sich in einer Menschenmenge, "aus der heraus Gewalttätigkeiten verübt wurden", und nach bürgerlichem Recht ist das Landfriedensbruch. Man sieht, wem solche Gesetze dienen.

Im ersten Verfahren hatte K.S. (dessen Aufzeichnungen übrigens sofort nach der Urteilsverkündung beschlagnahmt wurden!) geschildert, wie die Polizisten nach seiner "Festnahme" ihre Aussagen verabredeten ("Nicht wahr, du hast doch auch gesehen, wie er mich angegriffen hat" usw.) und wüste Beschimpfungen ausstießen ("Euch sollte man alle umlegen").

Durch diese Aussage, die sie selbst erfunden hatten, fühlten sich die Polizisten beleidigt und erstatteten flugs Anzeige. Deswegen steht K.S. setzt zum zweiten (und nicht zum letzten) Mal vor Gericht. Nicht nur, daß seine Schilderung des Hergangs einfach verworfen wurde – Polizisten sind eben glaubwürdiger, deshalb heißt es in politischen Prozessen: im Zweifel gegen den Angeklagten.

Solche Machenschatten von Polizei und Justiz müssen wir energisch bekämpfen. Für uns heißt es jetzt erst recht:

Vorwärts im Kampf für die Rechte des Volkes!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

– F., München –

ZUM INTERVIEW DER FÜHRER DER GRUPPE ROTE FAHNE IM "SPIEGEL"

Aus negativem Beispiel lernen!

J. Horlemann und D. Kreidt, zwei Spitzenfunktionäre der Gruppe Rote Fahne, die sich für die KPD hält, und M. Dose, Leitungsmitglied des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV), haben dem "Spiegel" (Nr. 6 vom 4. Februar 74) ein Interview gegeben. Wir empfehlen allen Lesern der Kommunistischen Volkszeitung dringend, dieses Interview zu studieren, um Lehren aus negativem Beispiel zu ziehen und um zu verfolgen, welche Vorstellungen in bürgerlichen Kreisen über den Kommunismus existieren.

DIE FÜHRER DER GRUPPE ROTE FAHNE WOLLEN DIE REVOLUTIONÄRE SITUATION SCHAFFEN

Die Vertreter der Gruppe Rote Fahne werden vom "Spiegel" nach der revolutionären Situation gefragt: "Will die KPD sie schaffen?" Es antwortet D. Kreidt, ein Führer der Gruppe Rote Fahne und Theaterfachmann: "Ja. Wobei wir uns auf den sich entwickelnden Widerstand der Arbeiterklasse gegen die fortschreitende Unterdrückung und Ausplünderung stützen." Ebenso hat sich die bürgerliche Klasse die Sache schon immer vorgestellt und genauso hat sie die Tätigkeit der Kommunisten auch immer beschrieben. Es ist danach nicht etwa so, daß die bürgerliche Gesellschaft sich notwendig immer mehr in Krisen und Katastrophen verwickelt, daß sie zwangsläufig revolutionäre Situationen hervortreibt, weil die Herrschaft der bürgerlichen Klasse unvereinbar wird mit der Fortentwicklung der Gesellschaft. Vielmehr ist es in der Vorstellung der Bourgeoisie so, daß die Kommunisten es sind, welche die revolutionäre Situation "schaffen" und sich dabei auf die Unzufriedenheit der Massen "stützen", die Massen also als Material ihrer subversiven Tätigkeit ausnutzen. So die Vorstellungen der bürgerlichen Klasse über die Tätigkeit der Kommunisten, die von D. Kreidt bestätigt werden. Demgegenüber sind die Kommunisten immer davon ausgegangen, daß die Revolution ein Werk der Massen selbst ist und "auf den Rat einer Partei ... hin nicht Dutzende Millionen Menschen Revolution (machen)", sondern daß sie Revolution machen, "wenn das Volk in eine unerträgliche Lage geraten ist, wenn der allgemeine Ansturm, die Entschlossenheit Dutzender Millionen von Menschen alle alten Schranken niederreißt und wirklich imstande ist, ein neues Leben zu schaffen." (Lenin, Werke Bd. 24, S. 506) Im Gegensatz zum Theaterfachmann Kreidt ist Lenin der Auffassung, daß die revolutionäre Situation, "wenn die '**Unterschichten**' das Alte **nicht mehr wollen** und die 'Oberschichten' **in der alten Weise nicht mehr können** (Lenin, Werke Bd. 31, S. 71), daß diese Situation ein Ergebnis ist "objektiver Veränderungen, die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen." Die Partei hat nicht die Aufgabe, revolutionäre Situationen zu schaffen, sondern sie muß in der Arbeiterklasse die subjektive Fähigkeit ausbilden, eine revolutionäre Situation richtig ausnutzen zu können, "um die alte Regierung zu stürzen oder zu erschüttern, die niemals, nicht einmal in der Krisenepoche 'zu Fall kommt', wenn man sie nicht 'zu Fall bringt'" (Lenin, Werke Bd. 21, S. 207). Den russischen Sozialrevolutionären, die auch revolutionäre Situationen schaffen wollten und die den individuellen Terror für ein geeignetes Mittel dabei ansahen, hielt Lenin vor: "Ihnen macht es nichts aus (sind sie doch nicht belastet mit irgendwelchen engen Dogmen einer klar umrissenen sozialistischen Theorie!), die politische Erziehung des Proletariats zu ersetzen (oder wenigstens zu ergänzen) durch das Hervorrufen einer politischen **Sensation**. Wir jedoch halten **nur** solche Ereignisse für geeignet, eine wirklich und ernstlich 'agitierende' (aufrüttelnde) und nicht nur aufrüttelnde, sondern auch (und das ist viel wichtiger) erzieherische Wirkung auszuüben, in denen die Masse selbst handelnd auftritt, Ereignisse, die durch die Stimmung der Masse hervorgerufen, nicht aber zu 'einem besonderen Zweck' von dieser oder jener Organisation inszeniert werden" (Lenin, Werke Bd. 6, S. 272). Von diesem Urteil sind auch andere Inszenierungen, als es politische Morde sind, getroffen.

NEUE ÜBERLEGUNGEN ÜBER DEN OBJEKTIVEN DIKTATOR

Nicht nur in der Frage der von Kommunisten "geschaffenen" revolutionären Situation bestätigen die interviewten Führer der Gruppe Rote Fahne bürgerliche Vorstellungen. Auf die Frage, was mit denen passiert, die unter der proletarischen Diktatur "den Diktatoren mißliebig sind", antwortet Horlemann: "Wir wollen solche Verhältnisse schaffen, in denen die Unterdrückung der Konterrevolutionäre so effektiv sein wird, daß sie sich nicht regen können". Dreierlei ist daran bemerkenswert: Erstens schlüpft der Parteiführer ohne Zögern in das vom "Spiegel" angebotene Kostüm des Diktators und stellt mit keinem Wort klar, daß die proletarische Diktatur die demokratische Organisierung der Millionenmassen ist und daß es sich bei ihr um die Diktatur einer **Klasse** handelt, nicht aber um die Eröffnung der Ära Horlemann. Zweitens ist die Rede erneut von den Verhältnissen, die "wir ... schaffen wollen", nicht von den Verhältnissen, die das Proletariat braucht, um seine dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen und den Sozialismus aufbauen zu können. Und drittens wird der Unsinn verzapft, daß die Verhältnisse so sein müßten, daß die Konterrevolutionäre sich nicht regen können, während es in Wahrheit gerade darauf ankommen kann, sie dazu zu bringen, sich auch in der Öffentlichkeit zu regen (und nicht nur im Verborgenen, wo sie sich sowieso regen werden, solange es noch Klassen und Klassenkampf gibt). Die von der Kommunistischen Partei Chinas durchgeführte Politik: "Laßt hundert Blumen blühen!" ist ein gutes Beispiel dafür, daß es gerade darauf ankommen kann, auch die Konterrevolutionäre ans Licht zu zerren, sie sich regen zu lassen, damit die Massen sie erkennen und bekämpfen können.

Davon geht aber der "Parteiführer" Horlemann nicht aus, daß die Unterdrückung der Konterrevolution eine Tätigkeit der demokratisch organisierten Volksmassen selber ist. Im Gegenteil: Er spielt sich auf als der objektive Diktator. Zwischen dem "Spiegel" und ihm kommt es zu folgendem enthüllenden Disput: Horlemann: "Wir sind der Ansicht, daß alle Parasiten, die auf Kosten des Volkes leben, einer nützlichen Tätigkeit zugeführt werden müssen." Spiegel: "Und wer ein Parasit ist, bestimmen Sie?" Horlemann: "Dafür gibt es objektive Merkmale." Horlemann hätte auf die Frage, ob er entscheiden wolle, wer ein Parasit sei, dann auch gleich mit "ja" anworten können. Denn ganz offenbar ist er der Auffassung, daß es für die Nützlichkeit der Tätigkeit – sagen wir eines Parteiführers – 'objektive Merkmale' gebe, welche die Menschen über diesen Parteiführer haben. Hier wird der Kopf des politisierenden Intellektuellen zum Kriterium der Objektivität erhoben, was der sicherste Hinweis dafür ist, daß man es mit einem verrückt gewordenen Kleinbürger zu tun hat, der anfängt, den lieben Gott zu spielen.

DIE ERSTEN KOMMUNISTEN AUF DER WELT, BEI DENEN DIE UMERZIEHUNG ABGESCHLOSSEN IST

Auf unmittelbar derselben Stufe mit dem lieben Gott stellt sich der "KPD"-Führer Horlemann nicht nur hinsichtlich seiner Fähigkeit zu objektiven Urteilen über nützlich und unnütz, sondern auch, indem er sich die Eigenschaft zubilligt, das einzig unwandelbare, weil vollendete Wesen zu sein. Vom "Spiegel" auf seine Herkunft als Fabrikantensohn angesprochen, nimmt er folgendermaßen Stellung: "Selbstverständlich war (!) der Umerziehungsprozeß eines Menschen bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Herkunft mit einer intellektuellen Vergangenheit langwierig". Nun aber, wo er in den begnadeten Rang eines Führers der "KPD" eingetreten ist, ist dieser Prozeß offenbar abgeschlossen. Man kann nur hoffen, daß die Mitglieder der Gruppe Rote Fahne zumindest nicht der Auffassung sind, die Umerziehung von Horlemann sei abgeschlossen.

Aber deswegen ist die "KPD" ja auch eine ganz andere Partei als die Kommunistische Partei Chinas. Mit den Arbeitern kommt man inzwischen hervorragend klar (Horlemann: "Wir haben da keine Schwierigkeiten") Wobei die Hilfestellung, die man der Arbeiterklasse gibt, sogar so weit reiche, ihr das öffentliche politische Auftreten zu ersparen. Vom "Spiegel" befragt, warum kein Arbeiter unter den anwesenden Parteiführern sei, antwortet der Genosse Kreidt: "Wir wollen die Arbeiter nicht dem harten Zugriff der Konterrevolutionäre ausliefern. Seit Monaten ist eine unglaubliche Verfolgungs- und Entlassungswelle im Gange." Wenn das keine Fürsorge ist: Da opfern mutige Intellektuelle ihre akademische Karriere, schaffen revolutionäre Situationen, errichten die proletarische Diktatur, vernichten unbestechlich die Konterrevolutionäre und sorgen sich zugleich darum, daß keinem Arbeiter was passiert, während sie ihm seine Diktatur errichten!

Solche Helden und kühnen jungen Männer haben der Bourgeoisie schon immer imponiert und obwohl er ja seinen Umerziehungsprozeß inzwischen definitiv abgeschlossen hat, leistete sich der Parteiführer Horlemann noch die kleine Schwäche, der Bourgeoisie, aus der er kommt, mit der sozialistischen Gesellschaft, die er schaffen will, ein wenig imponieren zu wollen: "Man wird ihnen (den bürgerlichen Elementen) die sozialistische Gesellschaft vor Augen führen. Sie wird ihnen imponieren, und sie werden sich freiwillig und mit Freude für uns entscheiden." Während vorher noch den Konterrevolutionären so mitgespielt werden sollte, daß sie sich nicht regen können, sonnt sich jetzt der junge Führer der Arbeiterklasse in dem Gedanken, daß die bürgerliche Klasse dem verlorenen Sohn dermaleinst "mit Freude" an die Schulter sinken wird.

Man kann mit Sicherheit sagen: daraus wird nichts werden. Eine Organisation, in der ein Führer auf die Frage, ob er Berufsrevolutionär oder Beamter auf Lebenszeit werden wolle, antwortet: "Darüber entscheidet die Partei", eine solche Organisation wird mit Sicherheit die Arbeiterklasse nicht zur Revolution führen können. Hier reicht die Verstiegenheit so weit, daß die Genossen Führer sich über den einfachen Umstand nicht im Klaren sind, daß in der bürgerlichen Gesellschaft keineswegs "die Partei" darüber entscheidet, ob ein Revolutionär Beamter auf Lebenszeit wird, sondern immer noch vor allem der bürgerliche Staat. Wie aber der besiegt und zerschlagen werden soll, dazu haben die Führer der Gruppe weiter keine Ideen vorzutragen. Nur eines ist ihnen klar: Daß es nicht die Mehrheit des Volkes ist, welche die Revolution macht. Auf die Frage, wieviel Prozent der Stimmen man bei einer Wahlbeteiligung in Westberlin erwarte, antwortet D. Kreidt: "Wir können Vergleiche ziehen zu marxistisch-leninistischen Organisationen in anderen Ländern. Die Zahlen lagen so ungefähr um ein Prozent". Aber kaum hat er das raus, macht er sich Mut: "Wir haben ja auch nicht vor, über ein, zwei, drei bis schließlich 51 Prozent die politische Macht zu übernehmen". Dem Genossen Kreidt geht durcheinander, daß die Arbeiterklasse sich zwar nicht parlamentarisch zur Herrschaft wählen kann, weil selbst eine Mehrheit im Parlament ihr nicht die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates ersetzt, sondern nur Gradmesser sein kann für den Pegelstand der Revolution.

Daß aber die Arbeiterklasse sehr wohl um die aktive Beteiligung der Mehrheit der Bevölkerung an der Revolution kämpft, weil anders die Revolution angesichts der organisierten Macht der bürgerlichen Klasse nicht siegen kann, und die Notwendigkeit, die Mehrheit des Volkes für die Revolution zu gewinnen, bekommt man nicht dadurch aus der Welt, daß man angesichts eines äußerst geringen Masseneinflusses der eigenen Organisation sich ein Sprüchlein abringt, man wolle es ja auch sowieso nicht über die 51 Prozent schaffen. Tut man das, so offenbart man damit, daß die einzigen Gedanken zur Revolution, die man im Kopf hat, Putschideen sind, wenn es nicht gleich bei der Inszenierung von politischen Sensationen bleiben soll. Eine der merkwürdigsten Erscheinungen des ganzen Interviews ist sowieso, daß die Wirklichkeit der westdeutschen Klassengesellschaft und der internationalen Klassenkämpfe nur vom "Spiegel" ins Spiel gebracht wird, während die Führer der Gruppe Rote Fahne der Interpretation der Wirklichkeit durch bürgerliche Journalisten jeweils nur abrufbare Spruchweisheiten entgegensetzen. Wenn der "Spiegel" auf die Isolierungsversuche durch SED, DKP und MSB Spartakus hinweist, antwortet Horlemann: "Der Stein, den die Revisionisten erheben, wird auf ihre eigenen Füße zurückfallen." Interessanter wäre gewesen, zu erfahren, wie man den Einfluß der Revisionisten auf die Menschen zu brechen gedenkt. Aber das ist für Menschen, die in der Welt ihrer Inszenierungen leben, natürlich eine belanglose Frage.

Zum Abschluß seines Interviews mit den Parteiführern der Gruppe Rote Fahne sagt der "Spiegel": "Herr Horlemann, Herr Kreidt, Herr Dose, wir danken Ihnen für dieses Gespräch". Man kann den Herren vom "Spiegel" glauben, daß dieser Dank ehrlich war. Selten ist es der bürgerlichen Presse gelungen, so komplett die bürgerlichen Vorstellungen über Kommunisten und den Kommunismus bestätigt zu bekommen von Leuten, die sich selbst für Kommunisten halten und sich seit einiger Zeit alle Mühe geben, die KPD darzustellen. Die Herren Führer der "KPD" sind tatsächlich als Idioten der Bourgeoisie aufgetreten. Die Vorstellung, die sie dem "Spiegel" gegeben haben und die daraufhin in Millionenauflage verbreitet wird, ist nicht nur lächerlich. Es dreht einem buchstäblich den Magen um, wenn man diese aufgeblasene Dummheit daherreden hört. Was da aufgeblasen und dumm schwätzt und sich zum Gespött macht, das ist zwar die bürgerliche Klasse, aber es tritt auf im Namen der Arbeiterklasse und des Kommunismus. Das ist ein großer Schaden, und es wird höchste Zeit, diesen Leuten endgültig das Wasser abzugraben.

– W.M. –

DAS OBERSCHULAMT WILL STUDIENRAT GÜDE FEUERN, WEIL ER KVZ VERKAUFT HAT.

Ein Lehrer stellt sich gegen die Verfolgung

ÖFFENTLICHER BRIEF AN DAS OBERSCHULAMT KARLSRUHE

Der Lehrer Fritz Güde, seit über 10 Jahren im Schuldienst, nimmt in einem offenen Brief Stellung zu den Überwachungs- und Verfolgungsmaßnahmen, die die Schulbürokratie gegen ihn eingeleitet hat, weil er öffentlich die Kommunistische Volkszeitung verkauft und verteidigt.

Karlsruhe
Oberschulamt Nordbaden

... Januar 1974

U III F Güde, Fritz/64

EINGEGANGEN

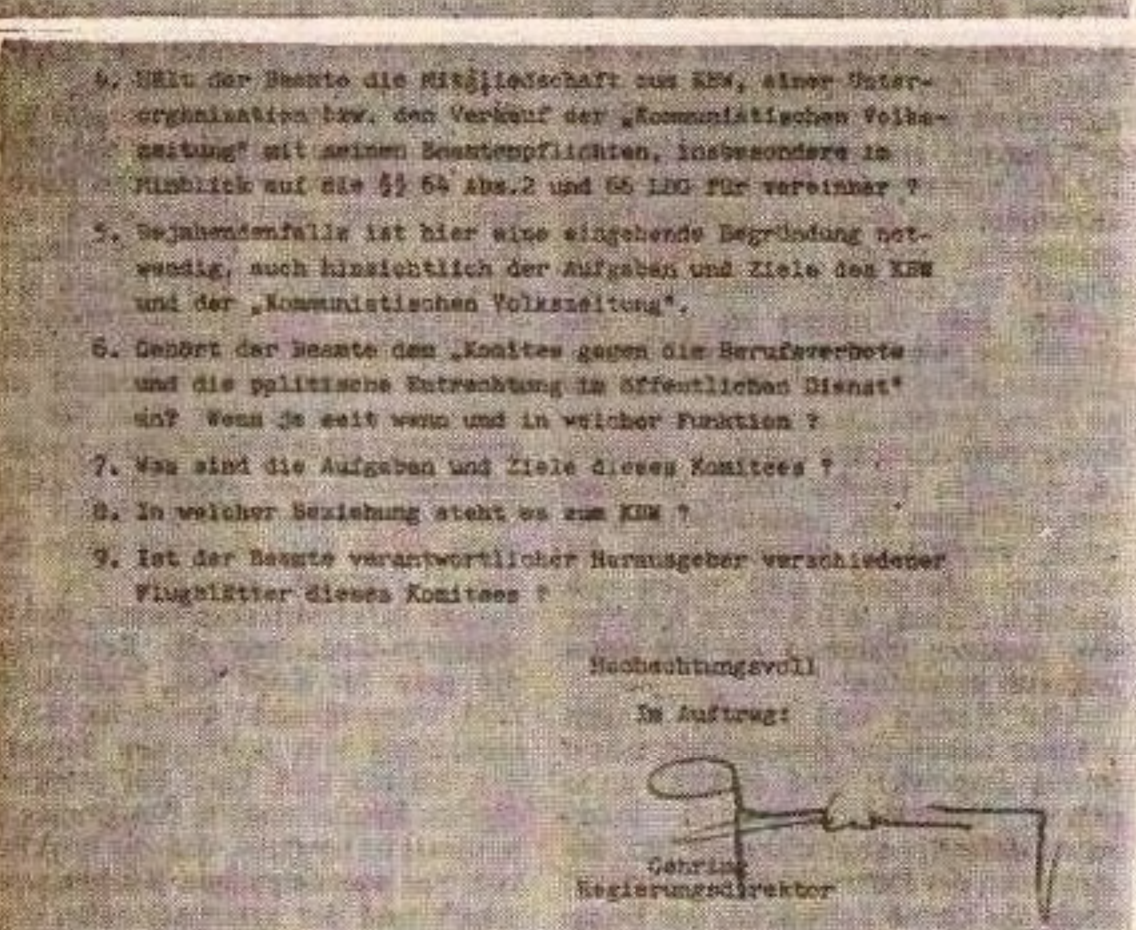
An die Herren
Rechtsanwälte
Dr. Gerhard Härdle und
Eberhard Kempf
69 Heidelberg
Bergheimer Str. 76

Betr.: Vorermittlungen gemäß § 34 Landesdisziplinarordnung gegen Herrn Studienrat Fritz Güde
Bezug: Ihr Schreiben vom 15.1.1974

Sehr geehrte Herren Rechtsanwälte!

Das Oberschulamt bestätigt den Eingang Ihres obengenannten Schreibens. Es bittet um ausführliche Stellungnahme binnen 2 Monaten zu folgenden Fragen:

1. Ist der Beamte Mitglied des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)" oder einer Unterorganisation? Wenn ja, seit wann und in welcher Funktion?
2. Wenn nein, was hat ihn veranlaßt, die „Kommunistische Volkszeitung" zu verkaufen?
3. Hat er schon vor dem 7.11.1973 und nach diesem Tag Exemplare dieser Zeitung verkauft? Gegebenenfalls wann, wo und wieviel?



4. Hält der Beamte die Mitgliedschaft zum KBW, einer Unterorganisation bzw. den Verkauf der „Kommunistischen Volkszeitung" mit seinen Beamtenpflichten, insbesondere im Hinblick auf die §§ 64 Abs.2 und 66 LBG für vereinbar?
5. Bejahendenfalls ist hier eine eingehende Begründung notwendig, auch hinsichtlich der Aufgaben und Ziele des KBW und der „Kommunistischen Volkszeitung".
6. Gehört der Beamte dem „Komitee gegen die Berufsverbote und die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst" an? Wenn ja seit wann und in welcher Funktion?
7. Was sind die Aufgaben und Ziele dieses Komitees?
8. In welcher Beziehung steht es zum KBW?
9. Ist der Beamte verantwortlicher Herausgeber verschiedener Flugblätter dieses Komitees?

Hochachtungsvoll
Im Auftrag:
Gehring
Regierungsdirektor

Sehr geehrte Herren,
Im Zuge Ihrer Vorermittlungen, die Sie gegen mich wegen politischer Betätigung angestrengt haben, bekam ich von Ihnen einen Katalog von Fragen zu meiner politischen Einstellung und Tätigkeit zugesandt. Sie bekommen heute meine Antworten auf Ihren Fragebogen. Da ich der Auffassung bin, daß es sich bei dieser Ermittlung gegen einen Beamten wegen Verkaufs von kommunistischen Zeitungen um eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse handelt, bin ich nicht bereit, sie heimlich zu behandeln. Ich habe deshalb Ihren Fragebogen, von dem man erwarten muß, daß er ein Modell ist für die politische Ausforschung von Beamten und meine Antworten darauf der Presse zugänglich gemacht.
Durchschläge von beidem gehen an:
die Karlsruher Lokalpresse,
die Frankfurter Rundschau,
den Spiegel,
die Süddeutsche Zeitung,
die Deutsche Presseagentur und
die Kommunistische Volkszeitung.

Nun zu Ihren Fragen im Einzelnen:
Zu 1):
Es ist mein demokratisches Recht, mich zusammenzuschließen mit den Leuten und zu den Zwecken, die ich für richtig halte. Ich betrachte es ebenfalls als mein Recht, nur solchen Personen über eine Mitgliedschaft in einer politischen Organisation Mitteilung zu machen, bei denen ich ein ernsthaftes Interesse zur Mitarbeit voraussetzen kann. Die Beamten der vorgesetzten Behörde kann ich nach meinen bisherigen Erfahrungen nicht zu diesem Personenkreis zählen.
Zu 2):
Ich habe die Kommunistische Volkszeitung verkauft und verkaufe sie weiter, weil es sich dabei um eine Zeitung handelt, in der über die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes offen und wahrheitsgemäß berichtet wird; die es sich im Gegensatz zur bürgerlichen Presse zur Aufgabe macht, die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit der breiten Volksmassen ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken. Darüberhinaus bleibt diese Zeitung nicht beim bloßen Berichten stehen, sondern zeigt den Lesern einen Weg, ihre Lage wirkungsvoll zu verändern.

Ich kann Ihnen versichern, daß ich mir das Recht, die "Kommunistische Volkszeitung" zu lesen, zu kaufen und zu verkaufen, wann immer und wo ich will, nicht werde nehmen lassen. Ebenso wie ich für das Recht eines jeden andern eintrete, eine Zeitung zu vertreiben, die er den Interessen des Volkes für dienlich hält. Ich bin darüberhinaus sicher, daß es in Karlsruhe und darüberhinaus in Westdeutschland zahlreiche Lehrer und andere Beamte gibt, die es damit genauso halten wie ich.
Zu 3):
Ich habe vor und nach dem 7. November 1973 regelmäßig die "Kommunistische Volkszeitung" verkauft, und zwar an verschiedenen Stellen und zu verschiedenen Zeiten. Über die Zahl der von mir verkauften Exemplare kann ich keine genauen Angaben machen. Wie ich aber erfahren habe, hat sich der Verkauf in Karlsruhe auf derzeit etwa 600 Exemplare gesteigert.
Zu 4):
Ich halte es für die Pflicht der Beamten und aller Angehörigen des Öffentlichen Dienstes, dem Volke zu dienen. Das können sie nur, wenn sie sich nach den Bedürfnissen des Volkes richten, am Kampf um seine Rechte teilnehmen und in den Organisationen mitarbeiten, die die Kämpfe des Volkes unterstützen und anleiten. Der Kommunistische Bund Westdeutschland ist nach seinem Programm und seiner mir bekannten Tätigkeit eine solche Organisation. Für das Recht auch der Beamten, in einer solchen Organisation mitarbeiten zu können, trete ich mit aller Entschiedenheit ein.

Zu 5): Es ist hier nicht der Ort, über Ziele und Aufgaben des Kommunistischen Bund Westdeutschland zu unterrichten (ein Programm lege ich auf alle Fälle zu weiterer Information bei). An dieser Stelle will ich nur darauf hinweisen, daß der Kommunistische Bund Westdeutschland dafür eintritt, die höheren Beamten und die Lehrer unmittelbar durch das Volk zu wählen und zu kontrollieren. Mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland bin ich der Auffassung, daß die Interessen des arbeitenden Volkes durch eine solche Maßregel außerordentlich wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden können. Gleichzeitig will ich nicht verhehlen, daß mir eine Kontrolle des Volkes über meine Lehrertätigkeit und darüber, ob meine politische Tätigkeit mit der Unterrichtung seiner Kinder vereinbar ist, wesentlich lieber wäre als die derzeitige Beaufsichtigung durch die vorgesetzte Behörde. – Mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland stimme ich ebenfalls überein in der Forderung nach Abschaffung des besonderen Dienstrechtes für Arbeiter, Angestellte und Beamte im Öffentlichen Dienst, und sei es nur, um nicht länger derart entwürdigenden Ausforschungen ausgesetzt zu sein, wenn ich mein Recht auf freie politische Betätigung wahrnehme.

Zu 6):
Aus den oben angeführten Gründen (vgl. Ziffer 1) spreche ich den vorgesetzten Behörden das Recht auch auf diese Frage grundsätzlich ab. Darüberhinaus halte ich aber diese Frage für direkt schikanös und empörend: Das Oberschulamt ist schon seit langem sehr gut darüber unterrichtet, daß ich den Aufruf zur Gründung eines solchen Komitees unterzeichnet habe. Ich wurde seinerzeit am Nachmittag vor der Gründungsveranstaltung auf's Oberschulamt zitiert, wo man mich unter Hinweis auf die "Pflicht zur politischen Zurückhaltung des Beamten" zur "Mäßigung" mahnte und offensichtlich von der Teilnahme an einem solchen Komitee abhalten wollte.
Ich muß daher zu dem Schluß kommen, daß die jetzige Frage nach der Mitgliedschaft im Komitee nicht Zwecken der Information dient, sondern solchen der Drohung und der Einschüchterung. Das ursprünglich gegen mich eingeleitete Vorermittlungsverfahren bezog sich nur auf den Verkauf der "Kommunistischen Volkszeitung". Nun wird meine Tätigkeit für das Komitee gegen das Berufsverbot, wie es in Ihrem Fragenkatalog heißt, in die Ermittlung einbezogen. Ich schließe daraus, daß Sie die Teilnahme von Angehörigen des öffentlichen Dienstes an einem Zusammenschluß gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst ebenfalls für ein "Delikt" halten. Wahrscheinlich werden Sie auch bald Fragen nach meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit stellen. Schließlich haben Sie ja schon Lehrer wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit verfolgt. Sie haben damit nur erreicht, daß auch in der GEW die Empörung über die Entrechtung im öffentlichen Dienst wächst und der Widerstand stärker wird.
Zu 7):
Die Aufgaben und Ziele des Berufsverbotekomitees Karlsruhe gehen aus dem sich im Besitz des Oberschulamtes befindlichen "Aufrufs zur Gründung" klar hervor!
Zu 8):
Mitglied des Komitees konnte jeder sein, der sich auf die (dem Aufruf entsprechende) Plattform stellte. Das taten in Karlsruhe Angehörige verschiedener Organisationen und vor allem viele Nichtorganisierte.
Da die im Komitee Organisierten sich vor allem gegen willkürliche Nichteinstellungen bzw. Entlassungen von Anwärtern und Angehörigen des öffentlichen Dienstes wendeten, da sie immer deutlicher dieser bürokratischen Verfügungsgewalt über Menschen die Forderung nach Wahl aller Beamten durch das Volk entgegenstellten, hat der Kommunistische Bund Westdeutschland die Arbeit der Komitees in vielen Städten unterstützt.
Zu 9):
Das Oberschulamt weiß genau, daß meine Unterschrift unter allen Flugblättern steht, die das Komitee herausgegeben hat. Das Pressegesetz verlangt bekanntlich eine solche Unterschrift, um jederzeit einen Einzelnen für den Inhalt haftbar machen zu können. Um der organisatorischen Einheitlichkeit willen wurde im "Komitee Karlsruhe" festgelegt, daß eine Unterschrift unter alle Flugblätter gesetzt werden sollte. Das bedeutet nicht, daß ich auch an allen persönlich mitgearbeitet hätte; aber alle Flugblätter des Komitees sind durch demokratisch von der Mitgliederversammlung beauftragte Personen oder Gruppen und auf der Grundlage der Plattform des Komitees erstellt worden.

Fritz Güde, Studienrat
Humboldt-Gymn.Karlsr.

„Kein Geschwätz - Warnstreik jetzt!"

10 000 GEWERKSCHAFTLICH ORGANISIERTE LEHRER IN KÖLN

Köln/Hamburg. Am Mittwoch, 6.2., versammelten sich 10 000 GEW-Mitglieder in der Kölner Stadthalle, um gegen das 2. Besoldungs-Neuregelungsgesetz zu protestieren, einen Gesetzesentwurf, der für viele Lehrer schlechtere Bezahlung, eine Lehrerausbildung nach dem Motto "Je kleiner die Kinder, desto schlechter die Ausbildung ihrer Lehrer" und insgesamt die Zementierung der Dreigliedrigkeit des Schulwesens bringen soll.
In Sonderzügen kamen die Lehrer aus allen Teilen der BRD angereist – soweit die zuständigen Behörden diese Reise erlaubt hatten. In Berlin ließ Schulsenator Löffler, gleichzeitig auch GEW-Mitglied, seine "Kollegen" an den Schulen zum großen Teil nicht nach Köln. Er selber erschien dann – allerdings nicht als protestierendes Gewerkschaftsmitglied, sondern er gehörte zu den Vertretern des Staates auf dem Podium, die die Kampfbereitschaft der versammelten Lehrer durch das Geschwätz von noch bevorstehenden Reformen abwiegeln wollten.

Insgesamt war diese Versammlung so geplant, wie sie wohl noch ihresgleichen suchen muß:
10 000 Kollegen im Saal, auf dem Podium Vertreter des Staates, Wissenschaftsminister von Dohnahnyi, Schulsenator Löffler, Kultusminister Vogel (CDU) aus Rheinland-Pfalz, Vertreter von SPD und CDU und Vertreter des Hauptvorstandes der GEW, an der Spitze der 1. Vorsitzende Frister. Eine Diskussion war nicht eingeplant, die 10 000 sollten nur Kulisse spielen für ein Schauspiel, das sich auf dem Podium vollzog, wo sich die verschiedenen Vertreter die Bälle gegenseitig zuwarfen, wo sie gemeinsam klatschten, wenn es einem GEW-Vorstandsmitglied gelungen war, durch allerhand Demagogien die aufgebrachte Versammlung zur Ruhe zu bringen.

Doch konnte dies nicht immer glücken. Besonders die Lehrer aus Hessen waren vorbereitet. Schon einmal, Ende letzten Jahres, hatten sie miterlebt, wie Frister die bereits geplante Urabstimmung und den Streik abwiegelte. Dies sollte nicht noch einmal passieren. Diesmal sollte die Versammlung eine Abstimmung über Warnstreiks erbringen. Vorbereitet war dies durch eine Resolution, das sogenannte "Grüne Papier".
Als Dohnahnyi, wie Löffler auch GEW-Mitglied, seinen Beitrag begann mit "liebe Kolleginnen, liebe Kollegen" brach ein lauter Proteststurm los. Auch die Mitglieder des GEW-Vorstandes schafften es nicht, diesem "Kollegen" Gehör zu verschaffen. Immer wieder riefen die Kollegen: "Warnstreiks jetzt, kein Geschwätz!" und "Grünes Papier abstimmen".
Es gelang während der Versammlung nicht, diese Resolution abzustimmen, ein "Verdienst" von Frister, der mit "kämpferisch" anschwellender Stimme abwiegelte: "Sie fordern hier die Abstimmung über Warnstreiks. Darüber brauchen wir doch gar nicht abzustimmen. Die Warnstreiks finden doch sowieso statt! Wenn Sie streiken wollen, dann streiken Sie doch!"
Trotz dieser noch gelungenen Abwiegelei war die Veranstaltung sicher kein Erfolg für die Staatsvertreter und die Vertreter des GEW-Vorstands. Die Parolen "Weg mit der Treuepflicht, dieser Staat, der hilft uns nicht", "Wehrt Euch gegen Lohnabbau – macht's wie Post und ÖTV" und die Transparente im Saal "Gleiche und einheitliche Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen", "Gleiche Arbeit – gleicher Lohn", "Warnstreiks jetzt" und das große, direkt vor dem Podium: "Für eine Schule, die dem Volke nützt", machten deutlich, daß die Lehrer nicht länger treue Büttel des Staates sein wollen, sondern ihre Perspektive darin sehen, daß sie sich im Kampf für eine bessere Schule auf die Seite der Bevölkerung stellen. Gerade dieses Podiums-Theater in Köln hat vielen Kollegen deutlich gezeigt, daß sie diesen Kampf selbständig in die Hand nehmen müssen. Im Sonderzug nach Hamburg organisierten Kollegen auf der Rückfahrt eine Unterschriftensammlung unter eine Resolution, wo sie gegen den Verlauf der Veranstaltung scharf protestierten.
Die Kollegen werden jetzt Frister beim Wort zu nehmen haben und Urabstimmung und Warnstreiks in ihren Bezirken durchsetzen müssen.

–M.H., Hamburg–



Unter den Parolen "Einheitliche Besoldung und Arbeitszeit", "Gleichwertige Ausbildung aller Lehrer"u.ä. zogen die Kollegen zur Kölner Stadthalle.

GEW-FUNKTIONÄRE WOLLEN KVZ-VERKAUF VERHINDERN

Über Vorgänge auf der Fahrt nach Köln zur Großkundgebung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft anläßlich der Besoldungsvorschläge der Bundesregierung, schrieben uns Mannheimer Lehrergenossen:
Im Zug begannen wir sofort mit den Kollegen zu diskutieren und massenhaft Kommunistische Volkszeitungen zu verkaufen. Das schreckte sehr bald die im Zug anwesenden GEW-Vorstände in ihren Abteilen auf, wo sie gerade noch im Begriff waren, bis Köln ein Nickerchen zu machen. Wie aufgescheuchte Hühner rannten sie durch den ganzen Zug und drohten mit Redewendungen wie "im Zug sei der Verkauf von Zeitungen verboten" oder "das ist bundesbahneigenes Gelände, hier ist jede politische Agitation verboten". Gleichzeitig versuchten sie die Namen der Lehrer, die die Kommunistische Volkszeitung verkauften, festzuhalten.
Hier wurde den Kollegen wieder einmal deutlich, in wessen Auftrag die Gewerkschaftsspitze arbeitet: als Handlanger der Schulbürokratie und des Verfassungsschutzes. Wir ließen uns jedoch von diesen Drohungen nicht einschüchtern, bestanden auf unser demokratisches Recht, die Kommunistische Volkszeitung zu verkaufen und verkauften weiter. Das hatte zur Folge, daß der umgekehrte Effekt eintrat und wir mit den Lehrerkollegen noch intensiver diskutieren konnten.

WIESLOCH:

5 Schüler geflogen



Wiesloch/Heidelberg. Ende des letzten Jahres streikten am Gymnasium Wiesloch über 200 Schüler gegen einen Eingriff der Schulleitung in die gerade laufenden Schülersprecherwahlen, der darauf abzielte, den Schülern das Wahlrecht zu nehmen und fortschrittliche Kandidaten zu behindern.

Daraufhin wurden von der Schulleitung und dem Oberschulamt 2 Schüler als angebliche "Rädelsführer" des Streiks aus der Schule ausgeschlossen. Anfang dieses Jahres folgten weitere Protestaktionen der Schüler. Resultat: Weitere 2 Schüler wurden ausgeschlossen, 4 erhielten Androhungen und Verwarnungen. Ende vergangener Woche wurde erneut eine fortschrittliche Schülerin wegen "Aufruf zum Unterrichtsboykott" rausgeschmissen. Diese Ausschlußwelle ist bisher beispiellos in Baden-Württemberg und der ganzen BRD.

Die Reaktionäre in Kultusministerium, Oberschulamt und Schulleitung versuchen mit diesen Maßnahmen, jegliche Kritik an der Schule auf Jahre hinaus zu unterbinden, Schüler, fortschrittliche Eltern und Lehrer einzuschüchtern und völlig rechtlos zu machen. Dabei schrecken sie vor nichts zurück: 200 Polizisten mit Schutzhelmen und Schlagstöcken "schützten" die Lehrerkonferenz, auf der die Ausschlüsse beschlossen wurden, vor der Öffentlichkeit.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung des Schülerrats des Gymnasiums Wiesloch (— vom Direktor des Gymnasiums in der lokalen Presse als "illegal" bezeichnet), auf der 150 Menschen anwesend waren, zeigte sich: Der Kampf der Schüler gegen politische Entrechtung geht alle fortschrittlichen Menschen an. Eine Solidaritätsadresse der Lehrlinge von SMW (BBC), Walldorf, wurde verlesen. Auf einer Veranstaltung der GEW Wiesloch hatten sich die anwesenden Lehrer hinter die berechtigten Forderungen der Schüler gestellt. Eltern waren aus Protest gegen die Maßnahmen der Schulbürokratie aus dem Elternbeirat ausgetreten. Der Vorschlag der Ortsgruppe Wiesloch des KBW, am Samstag, dem 16.2., in Wiesloch eine Demonstration gegen die Schulstrafen und politische Entrechtung durchzuführen, wurde von den anwesenden Schülern, Lehrern und Eltern einstimmig angenommen, um in der Stadt eine breite Öffentlichkeit herzustellen. (vgl. Bild)

—Ortsgruppe Wiesloch—

Wiesbaden. Der Sonderzug zur GEW-Kundgebung in Köln hielt auch am Wiesbadner Bahnhof. Außer den etwa 300 Lehrern hatten sich auch ca. 40 Schüler eingefunden, die die berechtigten Forderungen der Lehrer unterstützten. Auf dem Bahnsteig wurde ihnen jedoch das Einsteigen in den Sonderzug durch eine Kette von politischer Polizei verwehrt. Vor der Absperrung stand der GEW-Kreisvorstandsboß Behrens. Er konnte den Schülern keine Begründung dafür geben, warum sie nicht mitfahren sollten. Als die Schüler und die hinzugekommenen Lehrer eine Abstimmung darüber forderten, ob die Schüler im Sonderzug mitfahren können und darauf hinwiesen, daß sich sehr viele Lehrer schon dafür ausgesprochen hätten, erklärte Behrens: "Das interessiert mich überhaupt nicht." Als der Zug schließlich ohne die Schüler abgefahren war, kamen aus dem Bahnhofsgebäude jede Menge Polizisten, die Helme in der Hand. Eine ganze Hundertschaft Polizei hatte den Morgen über in der Bahnhofskantine gesessen, jederzeit bereit, die Schüler vom Bahnsteig zu prügeln.

FÜR ALLE WESTDEUTSCHEN HOCHSCHULEN

Ordnungsrecht geplant

Auf ihrer letzten Sitzung haben sich die westdeutschen Rektoren für die Aufnahme eines Ordnungsrechtes, wie es in einigen Ländergesetzen schon besteht, in den Entwurf für ein Hochschulrahmengesetz des Bundes ausgesprochen. Diese Stellungnahme ist der Auftakt zu einem weiteren Schritt der Unterdrückung der fortschrittlichen Studenten und der Opposition an den Hochschulen.

Unmittelbarer Anlaß für diese Forderung sind insbesondere der mehrheitlich in einer Urabstimmung beschlossene Streik der Frankfurter Universitätsstudenten sowie zahlreiche Widerstandsaktionen, in denen sich die Studenten gegen ihre wachsende Bevormundung und Unterdrückung durch Organe und Maßnahmen des bürgerlichen Staates zur Wehr setzten.

Die Politiker in den Reihen der bürgerlichen Parteien, in der Verfassungsdebatte im Bundestag scheinbar so"unterschiedlicher Auffassung, haben sich auf die "sachkompetente" Äußerung der Rektoren gestürzt, wie ein Kamel auf das Wasserloch. Zum Vorgehen "mit Entschlossenheit und Tatkraft gegen Aktionen der linksradikalen Kampforganisationen" hat der CDU-Vorsitzende Kohl geblasen, "ganz eindeutige Regelungen, die auch Exmatrikulationen und andere Ordnungsmaßnahmen" einschlössen und ihre Verankerung im Hochschulrahmengesetz forderte der Bremer Kultursenator Thape (SPD) als Sprecher aller Kultusminister. Um ihre volksfeindliche Wissenschaft an der Hochschule vor der Kritik zu schützen, bleibt der bürgerlichen Klasse nichts anderes, als die Studenten feste an die Kandare zu nehmen. Dies macht wieder ihre Wissenschaft besser, und noch die Studenten zu Freunden der bürgerlichen Klasse. H.G., Ma.



Frankfurt: Am 12.Februar demonstrierten mehrere Tausend Studenten aus Hessen gegen das geplante Ordnungsrecht. Foto: dpa

Wiesbadener Polizei erschiesst Polizeispitzel

DIE VORGÄNGE UM DAS JUGENDZENTRUM PUB/DAS MANÖVER DER STADT IST GEPLATZT

Wiesbaden. Im Gefolge eines mißglückten Scheingeschäftes mit Rauschgift erschoß die Polizei in Wiesbaden einen Polizeispitzel, den eine andere Polizeidienststelle eingesetzt hatte. Das ist der für die Wiesbadener Polizei und Stadtbürokratie peinliche vorläufige Höhepunkt einer Kampagne gegen das Jugendzentrum PUB, das die Stadt gegen den Widerstand der Jugendlichen gerne dicht machen möchte.

Seit einiger Zeit versuchen die Jugendlichen im PUB die Stadtbürokratie zu zwingen, daß das PUB über die Wochenenden und Ferienzeiten offen bleibt und daß die im ersten Stock liegenden Räume des räumlich zu engen Jugendzentrums allen Jugendlichen zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus haben sie die Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung aufgestellt und sind daran gegangen, Schritte zur Durchsetzung einzuleiten. Nachdem die Jugendlichen auf Vollversammlungen breit ihre Forderungen diskutiert und eine Demonstration durchgeführt hatten, ist die Stadtbürokratie dazu übergegangen, das PUB und die Jugendlichen zu kriminalisieren, die Bevölkerung gegen das Jugendzentrum und die Jugendlichen aufzuhetzen, um so die Schließung vorzubereiten. Für ihre Forderungen haben die PUB-Jugendlichen an einem Tag über 1 000 Unterschriften in der Wiesbadener Bevölkerung gesammelt, die damit ihre breite Solidarität bekundet hatte.

Zunächst haben verschiedene Vertreter der Stadtbürokratie, so der Jugendamtsleiter Bourgett und der SPD-Fraktionsvorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Hessenauer, in verschiedenen Artikeln Wiesbadener Tageszeitungen versucht zu verbreiten, die Bewegung im PUB sei eine dunkle Machenschaft der Kommunistischen Schülergruppe Wiesbaden und des KBW. Richtig ist, daß Genossen der beiden Organisationen regelmäßig im PUB sind wie andere Jugendliche auch und daß sie die Forderungen der Vollversammlungen voll unterstützen.

Um aber die Verhetzung im PUB weiter voranzutreiben, hat die Polizei am Montag, 4.2., ein Manöver im Jugendzentrum gestartet, das darauf abzielte, das PUB als Handelsstätte und Höhle für Rauschgift zu diffamieren. Dazu mußte sie allerdings zu einem Trick greifen, da laut der einhelligen Meinung der meisten Jugendlichen im PUB kein Rauschgift gehandelt oder genommen wird und auch nicht genommen werden soll.

WAS WAR VORGEFALLEN?

Schon gegen 20.45 Uhr waren drei Männer in den vollbesetzten Räumen des PUB erschienen, die betont auf jugendlich getrimmt waren. Einige Jugendliche erkannten sie sofort als Polizisten in Zivil und informierten die anderen davon. Als sich die drei als Polizisten erkannt sahen, machten sie sich schnell aus dem Staub. Wie die Abendpost-Nachtausgabe Frankfurt am nächsten Tag schrieb, sollten die Beamten laut Mitteilung der Polizei ein Scheingeschäft mit zwei Männern machen, um sie als Rauschgifthändler zu überführen.

Diese zwei Männer erschienen dann gegen 22.30 Uhr im PUB. Aussage einer Jugendlichen: "Die beiden fielen mir auf, weil sie noch nie im PUB gewesen waren; sie waren auch viel älter als die anderen. Der eine hatte eine weiße Jacke an, der andere eine helle Wildlederjacke. Ich beobachtete sie genau, weil sie gar nicht so hier hereinpaßten. Sie gingen zur Theke, der mit der weißen Jacke setzte sich auf einen Barhocker, der andere sprach einen Jugendlichen an, der regelmäßig im PUB verkehrt. Erst flüsterten die beiden, dann wurde das Gespräch erregter. Sie unterhielten sich über Haschisch, und der eine (gemeint ist Besier, der später vor dem PUB von der Polizei erschossen wurde) schien dem Jugendlichen unbedingt etwas aufschwätzen zu wollen. Als der Jugendliche ihn abwimmeln wollte, drohte Besier zu schießen. Er tat so, als wollte er eine Pistole ziehen."

Daraufhin setzten die Jugendlichen alles daran, daß die zwei aus dem PUB verschwanden. Besier ergriff von sich aus die Flucht, während sein Komplize von innen zu einer gegenüberliegenden Polizeistation gebracht wurde.

Besier lief nach hause und holte eine Plastikpistole. Dann ist er wieder zum PUB gerannt. Das war aber in der Zwischenzeit schon geschlossen. Einige Jugendliche und andere Menschen standen noch an der Bushaltestelle vor dem Haus. Besier hat nun, wie die Zeitungen berichten, mit seiner Pistole diese Menschen bedroht. Er ist dann, wie drei Teilnehmer des Geschehens dem Wiesbadener Kurier gegenüber sagten, in eine Seitenstraße gelaufen. Mehrere Jugendliche sind ihm gefolgt. Vor der Kneipe, in der Besier vorher gewesen war, stand der Wirt mit seinem Hund. Wie uns ein Jugendlicher berichtete, hat der Wirt den Hund auf sie gehetzt, und er ist gebissen worden.

Die Jugendlichen rannten wieder zurück, und Besier, in der Hand die Plastikpistole, hinter ihnen her. In der Zwischenzeit hatte ein Passant die Polizei des Reviers gegenüber vom PUB benachrichtigt. Über den weiteren Verlauf sind die Aussagen sehr widersprüchlich. Wie einige Zeugen laut Zeitungsbericht mitteilten, sei Besier die Polizisten, die aus dem Revier gestürmt kamen, mit seiner Plastikpistole bedroht haben und daraufhin sofort erschossen worden sein. Andere sagten, er hätte nach Aufforderung die Pistole wieder in seinen Halfter stecken wollen, dabei hätte er mit der Hand gezuckt und daraufhin habe der Polizist geschossen, während wieder andere berichteten, der Erschossene habe die Pistole weggeworfen, die Hände hochgehoben und sei trotzdem erschossen worden. Diese widersprüchlichen Aussagen lassen darauf schließen, daß in der ganzen Erschießungsaktion einiges zu verbergen gibt, um den wirklichen Handlungsablauf zu vertuschen. Daran ändert auch die Pressemitteilung der Polizei nichts, daß der Polizist, der Besier erschossen hatte, in Notwehr gehandelt hat. Die Polizisten aus dem Revier, die sicher nichts genaues von dem Manöver ihrer Kollegen von der Geheimpolizei wußten, waren höchstwahrscheinlich durch die Hetzkampagne der vergangenen zwei Wochen gegen das PUB durch die Stadtbürokratie gegenüber den Jugendlichen äußerst aufgebracht. Eines ist jedoch mit Gewißheit anzunehmen: die Erschießung Besiers war nicht im Plan der Polizei vorgesehen. Um den noch etwas daraus zu machen, hat die bürgerliche Presse (Wiesbadener Tagblatt) in einem Kommentar dazu geschrieben, daß diese Erschießung bezeichnend sei für die Situation im PUB. Sie hat damit davon abgelenkt, daß dieses Manöver vom Polizeiapparat durchgeführt wurde. Es spricht vieles dafür, daß es gar kein wirkliches Rauschgiftgeschäft im PUB starten wollten, sondern daß die Zwei im Verein mit der Polizei im PUB ein Manöver starten wollten, um dann die Polizei in die Lage zu versetzen, der Öffentlichkeit vorzulügen, daß das Jugendzentrum eine Rauschgifthöhle und ähnliches sei, um gegen das PUB Stimmung zu machen. Wie schon gesagt, haben die Zwei laut einer Zeitungsmitteilung mit Zivilpolizisten ein Scheingeschäft im PUB durchführen wollen, "damit man (laut Polizeisprecher) die Zwei als Rauschgifthändler überführt". Diese Begründung ist aber den Tatsachen völlig entgegengesetzt. Die Zeitungen meldeten, daß bei den beiden kein Haschisch noch ähnliches gefunden wurde.

DIE FRAU DES ERSCHOSSENEN BERICHTET

In krassem Gegensatz dazu steht auch, daß zumindest der später Erschossene noch nie etwas mit Rauschgift zu tun hatte, was wir von seiner Frau erfahren haben. Sie teilte uns mit, daß Besier der Polizei gut bekannt war. Er hat früher einmal eine geringfügige Straftat begangen; auch hat er lange Zeit in einem Polizeigebäude gewohnt. Er kannte viele Polizisten sehr gut. Er hatte auch schon einmal gegen Entlohnung für die Polizei gearbeitet, sagte seine Frau. Die Kriminalpolizei erzählte der Frau, daß Besier für eine Mutter herausfinden sollte, wer ihrer Tochter im PUB Haschisch verkauft hatte. Wie die Frau des Erschossenen weiter mitteilte, war Besier hilfsbereit und prahlte außerdem gerne. Die Polizei, die Besier gut kannte, hat mit aller Wahrscheinlichkeit diese Eigenschaften von Besier ausgenutzt, um ihn zur Durchführung dieses Manövers zu ködern. Außerdem muß man bedenken, daß gegen Besier ein Strafverfahren lief und das Urteil noch ausstand (laut Wiesbadener Tagblatt vom 6. Februar). Es kommt ja nicht selten vor, daß Menschen wie Besier, die in den Mühlen der bürgerlichen Justiz und Polizei stecken, dazu gebracht werden, ab und-zu einen kleinen "Hilfsdienst" der Polizei zu leisten. Weiter war von Besiers Frau zu erfahren, daß er, bevor er ins PUB kam, in jener Kneipe einen getrunken hatte, von der bereits die Rede war. Von dieser Kneipe wissen wir, daß dort viele Polizisten verkehren (sie liegt auch ganz in der Nähe des Polizeipräsidiums). Bezeichnend ist auch, daß der Wirt der Kneipe bis jetzt jede Aussage zu dem Ereignis verweigert hat.

Die "schlechten" Erfahrungen, die der Polizeiapparat mit dieser Aktion gemacht hat, versucht er nun durch einen systematischen Ausbau des V-Leute-Apparates zu vertuschen. Der Wiesbadener Polizeipräsident Enders hat laut Wiesbadener Tagblatt vom 8. Februar einen ausführlichen Bericht geschrieben, der die Bevölkerung davon überzeugen sollte, daß der V-Leute-Apparat (gemeint sind Polizeispitzel) sehr wichtig wäre, daß er mit Kosten verbunden wäre, die aber deshalb sinnvoll wären, weil die V-Leute auf die Dauer "kostensparend" wären, da sie ganze Polizeikommissionen ersetzen könnten.

POLIZEI UND ALLE SPITZEL RAUS AUS DEM PUB!

Die Lehren, die der bürgerliche Polizeiapparat und mit ihm das ganze bürgerliche Lumpenpack aus dieser schmutzigen Aktion gezogen hat, können aber nicht die Lehren sein, die wir daraus ziehen müssen. Diese Erschießung — wenn auch nicht geplant — war keineswegs ein bedauerlicher Irrtum der Polizei, sondern ist das Ergebnis von Machenschaften, derer sich der bürgerliche Polizeiapparat bedienen muß, um seine schmutzigen Geschäfte abwickeln zu können. Es ist offensichtlich, daß der Staatsapparat Handhaben bekommen wollte, um das PUB zu kriminalisieren, die Bevölkerung aufzuhetzen und dadurch Maßnahmen einzuleiten, die die fortschrittliche Bewegung im PUB abwürgen sollten. Diese Polizei arbeitet nicht im Dienste des Volkes, sondern im Dienste einer ausbeutenden Minderheit, der Kapitalistenklasse, für deren Rechnung sie ihre Aufträge durchführt. Entsprechend schmutzig und hinterhältig sind auch ihre Methoden. Die Jugendlichen im PUB haben diese Tatsache voll ans Licht gebracht. Sie haben die Polizeispitzel aus dem PUB verjagt und sofort dafür gesorgt, daß das Manöver mit dem Haschgeschäft abgebrochen wird. Auf der darauf stattgefundenen Vollversammlung wurde mit überwiegender Mehrheit eine Resolution verabschiedet mit der Forderung:

Polizei und alle Spitzel raus aus dem PUB

Um diesen Unterdrückungsapparat zu beseitigen und freie Hand zu bekommen, damit sich die Arbeiterklasse und das Volk eigene Machtorgane gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker schaffen kann, fordert der Kommunistische Bund Westdeutschland:

Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung;

Wahl der Offiziere;

die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten.

— Ortsaufbaugruppe Wiesbaden / Red. —

GROSSBRITANNIEN:

Das Wahltheater und der Kampf der Bergleute

BERGARBEITER LASSEN SICH NICHT BEIRREN UND ENTWICKELN SELBSTÄNDIG IHRE STREIKAKTIONEN

London. Am 28.Februar, Donnerstag nächster Woche, finden Parlamentswahlen statt. Die Regierung Heath war am 8.Februar, zwei Tage vor Beginn des Bergarbeiterstreiks, zurückgetreten, das Parlament wurde aufgelöst. Die beiden großen bürgerlichen Parteien, die jetzt im Wahlkampf ihre Rivalität um die Ausübung der Macht im britischen Staat breit zur Schau stellen, haben umfangreiche Wahlplattformen veröffentlicht.



Die englischen Kumpel freuen sich, dass der Kampf endlich beginnt. Foto: dpa

Während die Konservative Partei den Inhalt ihrer Plattform zusammenfaßt in der Parole: "Entschlossenes Handeln – Für ein gerechtes Großbritannien", haben die Sozialdemokraten von der Labour Party über ihre Plattform geschrieben: "Laßt uns alle zusammenarbeiten – Labours Weg aus der Krise".

APPELLE AN DIE ARBEITER: DIE ARBEITER HABEN VON DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN NICHTS ZU ERWARTEN

Wie die Politik in Zukunft aussehen soll, die die bürgerlichen Parteien zu betreiben gedenken, wenn sie die Regierungsmacht ausüben, davon gaben ihre Maßhalteappelle an die Arbeiter, besonders die Bergarbeiter und die Lokomotivführer, bereits einen deutlichen Vorgeschmack. Alle Parteien fordern die Einstellung jeglicher Kampfaktionen von den Streikenden bis eine neue handlungsfähige Regierung im Amt sei.

Die Konservative Partei hetzt täglich mehr gegen die Arbeiter. Sie läßt keinen Zweifel daran, daß der englischen Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung neue Unterdrückungsmaßnahmen bevorstehen. So soll ein Gesetz verabschiedet werden, wonach die Familienunterstützung an die Familienangehörigen von Arbeitern, die sich im Streik befinden, in Zukunft nicht mehr gezahlt werden soll. Die Streikenden sollen für die Unterstützung ihrer Familien selber aufkommen, die Gewerkschaften sollen dafür zahlen.

Ein zweites Beispiel für diese Politik der Unterdrückung ist die Ankündigung, wenn die Bergarbeiter sich nicht endlich fügen wollten, dann werde die Konservative Partei als zukünftige Regierungspartei das beschlossene Investitionsprogramm für den Bergbau stoppen. Weitere Arbeitsplätze im Bergbau sollten dann stillgelegt werden, die englische Kohle durch Importe und Öl ersetzt werden.

Und noch ein drittes Beispiel für die Volksfeindlichkeit der Konservativen Partei: Heath, der bisher Premierminister war und sich erneut für die Übernahme dieses Postens bereithält, wurde auf einer Wahlveranstaltung von einer 73-jährigen Rentnerin gefragt, was sie tun solle, sie habe seit einem Monat kein Fleisch mehr essen können, nichts Warmes anzuziehen, nichts zum Heizen und auch sonst nichts. Heath sagte laut, daß alle es hören konnten, sie solle zum Amt für Sozialfürsorge gehen, dort werde man ihr helfen. Die alte Frau aber war dort schon gewesen und abgewiesen worden. Darauf sagte Heath unwirsch, sie solle eben noch einmal hingehen. (The Guardian, 13.2.)

Die Sozialdemokraten von der Labour Party mit dem Spitzenkandidaten Wilson sind da anders. Vorab haben sie erst einmal alle ihre Macht in den Gewerkschaftsführungen geltend gemacht, um friedliche Zustände zu schaffen. Erfolg hatten ihre Vertreter bei den Lokführern, bei denen sie tatsächlich die Einstellung aller Kampfmaßnahmen von Seiten der Gewerkschaftsführung durchsetzen konnten. Nicht nur das, sie werden sich sogar noch vor den Wahlen mit den Abgesandten der staatlichen Eisenbahngesellschaft an einen Tisch setzen, um einen "vernünftigen Kompromiß" auszuhandeln. Dabei hat es den Anschein, daß dieser Kompromiß zu Lasten der anderen Eisenbahnarbeiter gehen wird: Die Vertreter der Lokomotivführergewerkschaft sind offensichtlich bereit, lediglich darüber zu verhandeln, wie die von der Eisenbahngesellschaft bereitgestellte Lohnsumme für **alle Eisenbahner** neu verteilt werden kann. Den Lokführern soll mehr gegeben werden, dem übrigen Personal weniger, die Spaltung der Eisenbahner wird verschärft, der einheitliche Kampf der gesamten Belegschaft mehr denn je verhindert. Das Beispiel zeigt, die britischen Sozialdemokraten schwenken offen ein auf eine Politik des Teilens und Herrschens. Erfolge auf diesem Gebiet wollen sie dann der Bevölkerung als große Anstrengung der "Zusammenarbeit" verkaufen. Bei den Bergarbeitern hat diese Politik jedoch vorläufig nicht zu demselben Erfolg geführt. Joe Gormley, der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, hatte nach Absprache mit seinen sozialdemokratischen Parteifreunden im Exekutivrat der Gewerkschaft beantragt, den Streik auszusetzen. Er unterlag aber mit 20 gegen 6 Stimmen. Ein Teil seiner eigenen Parteifreunde stimmte gegen ihn, "weil da die Mitglieder nicht mitmachen", wie sie hinterher erklärten.

Allerdings konnte sich der Präsident in einer anderen Frage durchsetzen: Die Bergarbeiterführung wird in jedem Fall mitarbeiten an dem sogenannten **Relativitätsbericht über Fragen der Lohnstruktur**. Die Heath-Regierung hat diesen Bericht bereits in Auftrag gegeben bei der Lohnkontrollbehörde. Es soll eine Übersicht über die Löhne sein, die derzeit bezahlt werden in der britischen Industrie. Auf dieser Grundlage soll von der Lohnbehörde entschieden werden, **ob die Bergarbeiter als Sonderfall zu behandeln sind und aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung höher eingestuft werden müssen in der Lohnskala**. Die Gewerkschaftsführung ist bereit, sich einem eventuellen Entscheid der Lohnbehörde zu beugen, die Lohnbehörde als Schiedsrichter anzuerkennen. Wer mit wem gegen wen hier zusammenarbeitet, wird leicht deutlich, wenn wir uns vor Augen halten, daß die Lohnbehörde ein staatliches Organ ist, an die Weisungen der jeweiligen Regierungen gebunden und daß der Relativitätsbericht auf Vorschlag und mit Billigung des britischen Kapitalistenverbandes erstellt wird. Um aus der Krise herauszukommen, wollen die Labour-Führer also nichts weiter als die Gemeinsamkeit von Staat, Regierung, Kapitalisten und Gewerkschaftsführung gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes herstellen.

DIE BRITISCHE ARBEITERKLASSE UND DIE ÜBRIGE WERKTÄTIGE BEVÖLKERUNG SCHAUT AUF DEN SELBSTÄNDIGEN KAMPF DER BERGARBEITER

Die Bergarbeiter folgen dieser Politik der Zusammenarbeit ihrer Gewerkschaftsführung mit Staat, Regierung und Kapital nicht. Das Hinhalten und die laufenden Verzögerungen haben sie gründlich satt. Das zeigte das so hohe Abstimmungsergebnis für Streik (83 %), ein Ergebnis, das noch nie dagewesen ist. Die Bergarbeiter lassen sich auch nicht durch die Hetze der Konservativen und der übrigen Reaktionäre einschüchtern. Schon garnicht fallen sie auf hohle Sprüche wie "Die Einheit der Nation ist in Gefahr" (Heath) oder "Wir müssen alle zusammenarbeiten" (Wilson) herein. Den Gürtel enger schnallen als gemeinsame Kraftanstrengung von Arbeitern und Kapitalisten zur Rettung aus der Not – nein, davon halten die Bergarbeiter nichts!

Sie stellen entschlossen dieser Politik ihre Forderungen und ihren selbständigen Kampf für die eigenen Interessen gegenüber. Und diesem entschlossenen Vorgehen schließen sich weitere Teile der britischen Arbeiter an.

Der Streik wird entschlossen geführt. Vor allen Zechen, vor allen Kraftwerken, ob sie mit Atomkraft, Kohle, Öl oder Gas betrieben werden, vor allen Kohlehäfen und vor den großen Kohlelagern sind Streikposten aufgezogen. Die Bergarbeitergewerkschaftsführung hatte festgelegt, daß jeweils nur 6 Streikposten stehen dürften, daß die Befugnisse der Streikposten nur beschränkt seien auf das Erteilen von Auskunft, daß sie keinerlei Recht hätten, eventuelle Streikbrecher oder nicht in der Bergarbeitergewerkschaft organisierte Kollegen am Zutritt und der Arbeitsaufnahme zu hindern. Über diesen Beschluß der Gewerkschaftsführung, der darauf hinausläuft, es wie der Vogel Strauß zu machen und den Kopf in den Sand zu stecken, haben sich die Bergarbeiter schon längst hinweggesetzt. Sie entscheiden örtlich selbständig, wieviele Streikposten wo notwendig sind. Auch haben sie bereits mit Bussen sogenannte fliegende Streikposten organisiert wie 1972, die aber inzwischen per Gesetz verboten sind. Wenn heute ein mit Kohle beladener **LKW** die Streikposten zu durchbrechen versucht, dann lassen die Streikposten das in der Regel zu, allerdings bestäuben sie den LKW mit weißem Pulver. Das ist ein verabredetes Signal für die Arbeiter in den Kraftwerken. Wenn ein solcher bestäubter LKW ankommt, dann laden sie zwar die Kohle auf die Loren um, aber die Lore erleidet dann sehr schnell einen technischen Schaden, so daß sie liegen bleibt und damit die Fahrt der angelieferten Kohle an ihren Bestimmungsort verhindert oder doch für einige Zeit unterbrochen ist. Die Transportarbeiter sind solidarisch mit den Bergarbeitern, sie haben erklärt, alles zu unterlassen, was dem Kampf der Bergarbeiter schaden könnte. Und daran halten sie sich und stoppen ihre Fahrzeuge vor den Streikposten überall im Lande. Genauso handeln die Docker in den Häfen, die Arbeiter und Techniker in den Kraftwerken und der Notdienst der Zechen, der gewerkschaftlich selbständig ist; keiner überschreitet die Streikpostenlinien. Alle Arbeiter sind einverstanden, daß nur soviel Kohle bewegt wird, wie notwendig ist zur Aufrechterhaltung der Stromversorgung für Krankenhäuser, Altersheime und ähnliche soziale Einrichtungen. Auch das steht im Gegensatz zu einem Beschluß der Führung der Bergarbeitergewerkschaft, die überhaupt so wenig wie nötig die Stromversorgung einzuschränken gedachte.

Die Bergarbeiter und andere Teile der britischen Arbeiterklasse zeigen also, was entschlossenes Handeln, was Zusammenarbeit ist: das ist der Kampf auf dem Boden der Interessen der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalisten, ihrem Staat und ihrer Regierung!

Auf diesen Kampf schaut die gesamte werktätige Bevölkerung in England, das können die bürgerlichen Politiker mit ihrem Wahlkampftheater nicht verhindern. Mit diesem Kampf solidarisieren auch wir uns! –D.T.–

ITALIEN:

Landesweiter Streik

GEWERKSCHAFTSFÜHRER WOLLEN ABWIEGELN

Gegen die ungeheuer steigenden Lebenshaltungskosten und die weiter steigende Arbeitslosigkeit haben im Raum Neapel am 8.Februar 700 000 Arbeiter und Angestellte die Arbeit niedergelegt. 80 000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration in Neapel. Der Empörung der Volksmassen über die Verschlechterung ihres Lebensniveaus soll am 27.Februar in einem nationalen Streik Ausdruck verliehen werden. Das haben die Gewerkschaftsführungen in der vergangenen Woche beschlossen. Entsprechend dem Beschluß sollen die Arbeiter und Angestellten der Industrie 4 Stunden lang streiken, die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes dagegen sollen nur für eine halbe Stunde die Arbeit niederlegen.

Auf ein präzises Aktionsziel konnten sich die Gewerkschaftsführer, die teils unter dem direkten Einfluß der Regierungsparteien stehen, teils Anhänger der Reformpolitik der revisionistischen Kommunistischen Partei Italiens (KPI) sind, nicht einigen. Investitionsprogramme für den Süden Italiens fordern die einen, Preiskontrolle meinen die andern mit der Streikaktion. Daß überhaupt eine gemeinsame Aktion beschlossen wurde, ist einzig und allein auf den Kampfwillen der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung zurückzuführen. Die revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer haben die Arbeiter nicht mehr an Streikaktionen hindern können; deshalb versuchen sie jetzt, nach bewährter Methode, sich an die Spitze zu setzen. Sie nennen dieses Unternehmen großspurig "Generalstreik". Die einzige Absicht, die sie verfolgen, ist die, die Arbeiter an selbständigen Aktionen zu hindern. Sie ziehen damit die Form des Generalstreiks als umfassendste Kampfaktion der Arbeiterklasse in den Dreck und lassen sie zu einem bedeutungslosen Aktiönchen verkommen.

In Italien ist der gesamte bürgerliche Herrschaftsapparat in einer tiefen Krise. Parteien, Regierung, Verwaltung, Justiz und Polizei sind durch und durch korrupt. Das wurde deutlich nicht zuletzt durch das 100 Millionen DM - Schmiergeld, das die Erdölkonzerne in den letzten Monaten nachweislich an die Parteien und Regierungsvertreter gezahlt haben. "Die Parteien werden von den Ölfirmen finanziert", erklärte der derzeitige Esso-Italia-Chef Sala. Wenn in dieser Situation trotzdem die italienische Bourgeoisie ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse und das Volk aufrechterhalten kann, dann liegt das an dem politischen Einfluß der Revisionisten und Reformisten auf die Arbeiterklasse; die haben kein Interesse daran, die breite Empörung zu organisieren, sie haben kein Interesse, daß die Arbeiterklasse über die Bourgeoisie Siege erringt. D.T.

„Kohlenkrise"

LESERBRIEF

Ende Dezember waren die Zeitungen voll mit Berichten über die Krise in England, die zur staatlichen Einführung der Drei-Tage-Woche führte. Als Grund wurde angegeben, die Bergleute hätten durch die organisierte Verweigerung der Überstunden (!) solch eine Kohleknappheit verursacht, daß die Wirtschaft Englands nicht mehr voll produzieren könne. Zur gleichen Zeit erschien in der Hamburger Morgenpost eine kurze Meldung über eine Schiffsablieferung des Bremer Vulkan. Dort hieß es, der Massengutfrachter "OBO DUKE" wäre an die Reederei übergeben worden und laufe mit Volldampf die englische Ostküste an, um dort 55 000 t Kohlen für Japan an Bord zu nehmen.

Viele Kollegen auf der Werft lasen diese Notiz und sicherlich auch viele Kollegen anderer Betriebe. Schlagartig wurde ihnen daran klar der Charakter dessen, was die Bourgeoisie über die Energiekrise verbreiten läßt. Ob in England oder in Westdeutschland, es dreht sich dabei um die Versuche der Bourgeoisie, die Krise der kapitalistischen Wirtschaft durch das Gerede von der Energiekrise zu vertuschen und die Empörung der Werktätigen auf die arabischen Staaten oder auf die um ihre Interessen kämpfenden Arbeiter zu lenken.

"Die Kohle soll nicht mehr ausreichen? Und wird gleichzeitig in Riesenmengen verhökert Das ist doch alles Betrug." Das sagten die Kollegen, als sie die Zeitungsmeldung lasen. –P.D. Betriebszelle Bremer Vulkan des KBW–

145 MILLIONEN PFUND

London. Die Regierung Heath hat als eine ihrer letzten Handlungen vor den Neuwahlen noch schnell den Bauern ein Wahlgeschenk in der Höhe von 145 Millionen Pfund, umgerechnet 900 Millionen DM, gemacht. Diese Summe soll über einen Zeitraum von 12 Monaten als Prämie für Milchproduktion ausgezahlt werden. Heath weiß, was er seinen treuesten Wählern schuldig ist! Ihre Forderung wird sofort und reichlich erfüllt, während die Bergarbeiter, die im Durchschnitt wöchentlich weniger als 150 DM netto verdienen, die geforderte Erhöhung des Wochenlohns um 20 DM nach wie vor verweigert wird!

KAPITALISTEN WOLLTEN ZAHLEN

London. Am Montag letzter Woche wurde von einem Angebot berichtet, daß eine Gruppe von Kapitalisten der Bergarbeitergewerkschaft gemacht hat. Die Kapitalisten, die namentlich nicht genannt wurden, sondern sich durch ein kleines, unbekanntes Londoner Bankhaus vertreten ließen, hatten angeboten, bis zur Veröffentlichung des Relativitätsberichts über die Lohnstruktur eine sofortige Erhöhung der Bergarbeiterlöhne zu finanzieren aus ihrer Tasche! Auf ein Konto der genannten Bank hatten sie zu diesem Zweck 2,5 Millionen Pfund, umgerechnet 15 Millionen DM bereitgestellt. Die Führung der Bergarbeitergewerkschaft hat dieses "Angebot" natürlich abgelehnt mit der Begründung, daß man das Geld nicht von irgendjemand übergangsweise haben wollte, sondern von seinem tatsächlichen Arbeitgeber.

IG BERGBAU UND ENERGIE SOLIDARISCH

Ibbenbühren. Der Chef der IG Bergbau und Energie, Schmidt, hat vor Journalisten erklärt: "Wir sind selbstverständlich mit unseren britischen Kollegen solidarisch." Die IGBE wollte nicht zulassen, daß durch Kohlelieferungen aus der BRD der Streik der britischen Kumpel unterlaufen werde. Soweit so gut. Schmidt begründete das jedoch nicht mit der Solidarität, sondern mit der Warnung, "nicht durch verstärkte Kohlelieferungen aus westdeutschen Zechen die langfristig geordneten Verhältnisse im europäischen Steinkohlebergbau anzutasten" (Süddeutsche Zeitung vom 9./10.2.). Schmidt, dessen besonders arbeiterfeindliche Haltung und Gesinnung seit dem selbständigen Streik der Saarkumpel im Herbst vergangenen Jahres den westdeutschen Bergarbeitern vollends klar wurde, will mit der gegebenen Begründung für die Solidarität die Arbeiter warnen, sie sollten ja nicht auf die Idee kommen, die in Worten geübte Solidarität ihres Gewerkschaftsvorsitzenden in die Tat umzusetzen und eventuell heute stattfindende Lieferungen an Großbritannien boykottieren!

UNGARN:

Staatlicher Lohnraub durch Preissteigerungen

DIE NEUE BOURGEOISIE KANN SICH ALLES LEISTEN UND DER BEVÖLKERUNG FEHLT ES AM NOTWENDIGSTEN

Am 3.2.1974 brachte das Zentralorgan der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP, Nepszabadsag) den Bericht des Zentralen Amtes für Statistik "Über die Erfüllung des Jahresplanes 1973 und über die Entwicklung der Volkswirtschaft" heraus.
Auf den ersten Blick, vor allem nach der Lektüre des Kommentars zu den Tabellen, stellt sich eine heile Welt des sozialistischen Aufbaus dar: eine Volkswirtschaft, die sich nicht nur laut Plan entwickelt, sondern sogar darüber hinaus.

Das Nationaleinkommen stieg um 4 bis 5 % mehr als vorgesehen, um insgesamt 6,5 bis 7 %. Das ist schon eine beachtliche Wachstumsrate, sie sagt jedoch nichts über die Lage der arbeitenden Bevölkerung aus, nichts darüber, wem dieses Wachstum zugute kommt.

Betrachtet man die Zahlen in den Tabellen unter diesem Gesichtspunkt, so ist das erste, was auffällt eine Preissteigerung von 3,5 %, die nicht weniger beachtlich ist als die stolze Wachstumsrate des Nationaleinkommens. Nicht zuletzt deswegen, weil dadurch die besagte Wachstumsrate auf 3 bis 3,5 % schrumpft.
Abgesehen davon, daß Preissteigerungen eine typisch kapitalistische Erscheinung sind und mit der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zusammenhängen – in der VR China bleiben die Preise stabil, oft sinken sie sogar – also abgesehen davon, treffen diese Preissteigerungen auch in Ungarn vor allem die arbeitende Bevölkerung. Denn wie es aus der Statistik des Nepszabadsag hervorgeht, betrugen die Lohnerhöhungen in demselben Zeitraum nur 2,5 %, also um 1 % weniger als die Preiserhöhungen!
In dieser Lohnerhöhung von 2,5 % sind jedoch der Generaldirektor und die "technischen Führungskräfte" mit ihrer Gewinnbeteiligung von einigen 10 000 Forint genauso inbegriffen, wie die Hilfskräfte in Betrieb und Büro, deren Durchschnittslohn sich noch immer um die 1 500 bis 1 800 Forint bewegt. In dieser Statistik ist auch der Facharbeiter inbegriffen, dessen Lohn sich vielleicht etwas erhöht hat, aber nur um den Preis, daß er dafür das Vielfache mehr arbeiten muß: Akkord und akkordähnliche Lohnsysteme sorgen auch in Ungarn dafür, daß die Arbeitsintensität vor allem auf Kosten der Arbeiter erhöht wird. Die Produktivität pro Arbeiter ist 1973 um 5,8 % gestiegen. Selbst im "Bericht über die Sitzung der USAP am 14./15.11.1972", wo der Jahresplan von 1973 festgelegt wurde, ist festgestellt worden, daß "die Löhne der Arbeiter im allgemeinen, und der Arbeiter der staatlichen Großbetriebe im besonderen geringer gestiegen sind" als die Löhne der sonstigen Klassen. (S.24) Wer diese sonstigen Klassen sind, darüber ließ sich die Parteiresolution nicht aus. Aber auch sonst treffen die Preiserhöhungen nicht jeden in gleichem Maße: die Lebensmittelpreise sind nicht um 3,5, sondern um 7 % gestiegen, insbesondere Milch und Milchprodukte: bei diesen Grundnahrungsmitteln betrug die staatlich verordnete Preissteigerung 30 % – der Preis der Milch wurde von 3,60 Forint auf 5 Forint erhöht. Der Grund für die Preiserhöhungen: die staatlichen Subventionen müssen vermindert werden, die Preise sollen den "realen Erzeugerpreisen" angeglichen werden (Bericht über die Sitzung der USAP am 14./15.11.72, S.20)

Gerade an dieser Verordnung der USAP wird es endgültig klar, wo die Preissteigerungen in Ungarn herrühren und wen sie treffen: solange es noch Ansätze zum Aufbau des Sozialismus in Ungarn gab, ist das von der Arbeiterklasse hergestellte Mehrprodukt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung verwendet worden, z. B. um trotz hoher Erzeugerpreise die Bevölkerung mit billigen Grundnahrungsmitteln zu versorgen, trug der Staat einen Teil des Preises. Heute wird jedoch das von der Arbeiterklasse produzierte Mehrprodukt nicht im Interesse des Volkes verwendet, sondern wird entweder von Privatpersonen angeeignet oder vom Staat zum Ausbau seines bürokratischen Macht- und Unterdrückungsapparates. Deswegen muß der Marktpreis wieder hergestellt werden, der gerade bei Lebensmitteln umso deftiger ausfällt, als die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, inzwischen kapitalistische Unternehmen, auch ihren Profit machen wollen.
Ebenfalls teurer geworden sind die Wohnungen. Obwohl in Ungarn größte Wohnungsnot herrscht, sind bereits 1972 weniger staatliche Mietswohnungen gebaut worden, als im Plan vorgesehen, dafür werden aber immer mehr Eigentumswohnungen gebaut. Wer in den Genuß einer solchen Eigentumswohnung kommen will, muß zuerstmal eine Anzahlung von 30 000 Forint leisten, und dann 30 Jahre lang eine monatliche Abzahlungsrate von 1 000 Forint bezahlen, also ungefähr die Hälfte des normalen Durchschnittslohnes, denn der Preis dieser sogenannten Kollektivwohnungen wechselt zwischen 300- bis 350 000 Forint. Diese Wohnungen werden vom Staat gebaut, aber von den zukünftigen Mietern finanziert. Wer hierbei den Gewinn macht, ist klar. Trotz der ungeheuren Summen, die für so eine Wohnung auf den Tisch geblättert werden müssen, gibt es endlose Wartelisten.
Die Mieten für staatliche Mietswohnungen sind ebenfalls erhöht worden, bei manchen Wohnungen bis zu 100 %. Die Begründung dafür war: die Mieten seien nicht kostendeckend gewesen, sie hätten nicht einmal für die Instandhaltung der alten Bauten gelangt. So ein Argument kann jedoch nur einer bringen, der statt dem Wohlergehen der Menschen nur seinen Profit im Sinn hat. Für den wirklichen Sozialismus lohnt sich nämlich jede Arbeit, die den Wohlstand der Bevölkerung fördert, es wird höchstens zwischen vorrangigen oder weniger dringenden Aufgaben unterschieden, aber auf jeden Fall wird nicht danach entschieden, ob sich an der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung verdienen läßt.
Wer verdient heute in Ungarn? Darauf gibt die Statistik des Nepszabadsag keine Antwort – aber die Erfahrung. Es sind die Manager und Parteibürokraten, die führenden Fachkräfte und privat praktizierende Ärzte, die privaten Ladenbesitzer, Spekulanten und Schwarzhändler, deren Villen am Plattensee das Ufer für die arbeitende Bevölkerung versperren. Sie sind es, die ihre Frauen mit den neuerdings in den Schaufenstern erschienenen Pelzen für 30 000 Forint beschenken. Heute kann sich diese neue Bourgeoisie in Ungarn alles leisten, während es der arbeitenden Bevölkerung am Notwendigsten fehlt.
Viele Menschen hier in Westdeutschland kennen diese und ähnliche Zustände aus anderen sogenannten "sozialistischen" Ländern, aus der DDR und meinen, dies würde beweisen, daß der Sozialismus auch nicht besser als der Kapitalismus sei, oder daß der Kampf um die klassenlose Gesellschaft notwendigerweise zum Scheitern verurteilt sei.
Dies ist eine falsche Schlußfolgerung. Wir müssen vielmehr erkennen, daß in diesen Ländern genau wie bei uns eine Kapitalistenklasse herrscht, bloß daß diese Kapitalistenklasse die des Sozialismus zur Rechtfertigung ihrer Herrschaft mißbraucht. K.K.

REISEEINDRÜCKE IN DER DDR

Die DDR - kein sozialistisches Land

NEUE BOURGEOISIE BEREICHERT SICH AN DEN WERTEN DES VOLKES

Wir besuchten vor einiger Zeit Bekannte in einer größeren Stadt in der DDR. Einige persönliche Eindrücke möchten wir hier schildern:

Nach unserer Meinung ist die DDR kein sozialistisches Land, in dem die Macht vom Volk ausgeht, sondern die Bevölkerung wird dort von einer kleinen bürokratischen Schicht unterdrückt.
Die DKP behauptet immer, daß es in den Betrieben der DDR so demokratisch sei, weil dort die Mitbestimmung im Betrieb ermöglicht wird. Nun ist es aber so, wenn zum Beispiel ein Arbeiter im Betrieb einen Mißstand äußern will, der ihn und seine Kollegen wirklich plagt, so hat er mit persönlichen Nachteilen zu rechnen. Dieser Druck ist schon so eingefahren, daß fast alle sehr viel Angst haben, überhaupt irgendetwas zu kritisieren. Die Menschen können ihre Meinung nicht frei äußern zu den Problemen, mit denen sie tagtäglich zu tun haben. Wenn Kritik und freie Diskussion in den Betrieben und in der Gesellschaft nicht möglich sind, so kann man nicht von Sozialismus sprechen.

Dafür wird die Bevölkerung aber überall mit der Propaganda der herrschenden Unterdrücker-Schicht überladen, die sie überhaupt nicht interessiert, weil die Menschen längst gemerkt haben, daß diese Propaganda nicht dazu dient, die existierenden Probleme zu lösen, sondern nur, die Herrschaft zu erhalten. Dagegen sind Bücher, die sich kritisch mit der DDR auseinandersetzen, verboten. Deshalb haben viele Leute eine Abneigung gegen jede Art von Politik. Und ihre Reaktion ist verbreitet noch so, daß sie versuchen, den Problemen aus ihrem Beruf aus dem Weg gehen zu wollen. Viele versuchen nach Feierabend abzuschalten, indem sie fernsehen, oder sie versuchen, ihre Probleme mit Alkohol zu vergessen.
Fast überall ist eine starke Westorientierung anzutreffen. Das zeigt sich zum Beispiel darin, daß sehr viel Westfernsehen gesehen wird. Weiter richten sich viele in den Konsumbedürfnissen nach westlichen Verhältnissen (BRD). Die meisten jungen Leute versuchen solche Kleidung zu haben wie bei uns und sie hören viel Popmusik von westdeutschen Sendern.
Man kann auf den ersten Blick schon rein äußerlich den folgenden Widerspruch sehen in der DDR:
Einerseits die Möglichkeit für die Bevölkerung, den gesellschaftlichen Reichtum zu besitzen und andererseits die Tatsache, daß nicht das Volk die Werte besitzt, die es schafft, sondern die neue Bourgeoisie. Es bereichert sich in der DDR wie hier eine schmale Schicht von Unterdrückern und Ausbeutern an den von den Arbeitern geschaffenen Werten und Produkten. Es gibt in der DDR wieder pompöse Villen und große Vorrechte für die Herrschenden. Dazu verschlingt der Staatsapparat zur Unterdrückung des Volkes (Bürokratie, Polizei, Militär) riesige Mengen von Geld, die den Arbeitern abgepreßt werden. Wenn es auch nicht stimmt, was viele bürgerliche Politiker hier noch gerne sagen, daß in der DDR oft Produkte fehlen, die man zum täglichen Leben braucht – davon ist ausreichend vorhanden – so ist es doch so: will man besondere Dinge haben, die über den alltäglichen Bedarf hinausgehen, so wird es schwierig, man muß 'rumrennen und Schlange stehen. Viele nutzen die Möglichkeit der Beziehungen zu bestimmten Leuten, die an diese Dinge herankommen können.
Von Schülern wurde uns gesagt, daß die Schulausbildung langweilig sei und sie unter einem großen Leistungsdruck stehen würden. Die Studenten müssen sehr viele Prüfungen machen. Der Stoff, der behandelt wird, ist für die unmittelbaren Probleme der Schüler sehr uninteressant. Aber die meisten Schüler und Studenten haben einfach Angst, dagegen aufzustehen und dies zu kritisieren.
Doch die politische Unterdrückung in der DDR ruft auch entschiedene Gegnerschaft hervor. Es gibt mehrere kleine Gruppen, die die Verhältnisse in der DDR grundlegend verändern wollen; sie müssen geheim, illegal arbeiten. Noch sind es sehr wenige; sie wollen sich erst Klarheit verschaffen, wie es gelingen kann, daß die Herrschaft der unzufriedenen Bevölkerung erfolgreich die neue Ausbeuterklasse abschafft. Dabei werden sie die Erfahrungen der chinesischen Kommunisten nutzen müssen und der sozialistische Aufbau Chinas kann ihnen eine Orientierungshilfe sein. A.K./Bremen

KAMBODSCHA:

Der Hetze entgegentreten!

PRESSEHETZE GEGEN DEN BEFREIUNGSKAMPF

Trotz der Anstrengungen der US-Söldner aus Kambodscha, Thailand, Taiwan und Südvietnam, hat die Befreiungsfront FUNK den Strick um die Marionetten in Phnom Penh weiter zugezogen. Hatten sie sich hier bisher recht sicher gefühlt, während sie gleichzeitig halfen, das Volk im ganzen Land mit tausendfachem Tod und Vernichtung der Kulturlandschaft zu überziehen, so versetzen sie jetzt die täglichen Raketenangriffe in Panik. "Der Augenblick ist gekommen, wo die FUNK (Nationale Befreiungsfront Kambodschas), die GRUNK (Königliche Regierung der nationalen Eintracht) und die FAPLNK (die Befreiungsarmee) in die Stadt eindringen, um die Blutsauger zu bestrafen." (Erklärung der FUNK vom 17.1.74)

Täglich werden die zentralen Gebäude der Marionetten und Militärposten angegriffen. So wurde z. B. Lon Nol's Palast bereits mehrfach getroffen. Die Mörser dafür stammen aus den USA und wurden in den letzten Wochen erbeutet, die Munition kauft die FAPLNK von den korrupten Generälen und Offizieren, für die der Krieg gegen das Volk nie etwas anderes war, als eine Gelegenheit, rasch reich zu werden. Der derzeitige Ministerpräsident Long Boret z. B. wurde Dollarmillionär durch Waffenschiebereien an die FNL (Befreiungsfront Südvietnams).
Daß es dabei auch zu Zivilopfern kommt, nutzen die Marionetten zu zynischer Hetze. Long Boret, der Marionetten- "Ministerpräsident", heult zynisch vom "von den Kommunisten begangenen Völkermord an der Zivilbevölkerung" und forderte gleich von der internationalen Presse, "diese Barbarei der Kommunisten in aller Welt anzuprangern", was die Tintenkulis der Imperialisten auch eifrig tun. Endlich meinen sie einen Beweis für den Terrorismus der Kommunisten gegen das Volk zu haben, der die Solidarität der Völker spalten soll.
Tatsächlich können sie damit einige Menschen verunsichern. 600 Zivilopfer sollen die Raketenangriffe der FUNK bereits verursacht haben. Aber sie vergessen dabei, daß nicht die Befreiungsfront, sondern die US-Imperialisten und ihre Knechte den Krieg gegen das Volk entfesseln, daß sie sich dabei mit ihren Militärbasen in den Flüchtlingslagern verstecken. Die FUNK hat deshalb die Bevölkerung immer wieder aufgerufen, die militärisch und strategisch wichtigen Gebäude und Orte zu verlassen. Sie anzugreifen, darauf kann sie natürlich nicht verzichten, auch dann nicht, wenn die Marionetten die Flüchtlinge als menschlichen Schutzwall benutzen. So heißt es z. B. in einem Aufruf der FUNK vom 17.1.74 an die Bevölkerung Phnom Penhs: "Landsleute, Ausländer, Soldaten! Es gibt keinen Ort in Phnom Penh, wo ihr jetzt den Gefahren des Kampfes entgehen könnt. Kommt unverzüglich in die befreiten Gebiete, wo das Volk, die FUNK, die GRUNK und die FAPLNK für euch Sicherheit, Hilfe in jeder Hinsicht, Nahrung und Unterkunft bieten. Beeilt Euch! Es bleibt wenig Zeit. Wir sind dabei, die dem Volk abverlangte Blutsrechnung den Verrätern vorzulegen. Wir werden diese kleine Insel der Banditenbande auf den Kopf stellen, damit wirklicher Frieden und nationale Eintracht in Kambodscha einkehren kann".
Wo aber das Volk trotzdem steht und daß es weiß, in wessen Interesse die Angriffe sind, zeigt, daß ein Großteil der Artillerieangriffe aus dem Industrievorort Takhmau vor Phnom Penh kommt und die Arbeiter die Basis der FUNK so schützen, daß es der Marionettenarmee trotz ihres Bombenterrors nicht gelungen ist, sie zum schweigen zu bringen, und den Vorort zu besetzen. H.L., Heidelberg



Ein Kader der FUNK spricht zu der Bevölkerung

Unterstützt Guinea-Bissau!

IG DRUCK-JUGENDKONFERENZ FORDERT ANERKENNUNG

Auf Antrag der IG Druck und Papier Ortsjugendgruppe Freiburg beschloß die Landesbezirksjugendkonferenz der IG Druck und Papier am 2.Februar in Stuttgart folgende Resolution: Dieser Antrag wird damit auch auf der Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier eingebracht.

1. *Die unverzügliche Anerkennung der unabhängigen Republik Guinea-Bissau durch die Bundesregierung.*
2. *Keine moralische, politische oder materielle Unterstützung der portugiesischen Kolonialisten durch die Bundesrepublik.*
3. *Der Landesjugendausschuß sowie alle Gremien der IG Druck und Papier werden dringend dazu aufgefordert, Solidaritätsaktionen für Guinea-Bissau zu unterstützen bzw. selbst zu organisieren. Diese Aufforderung richtet sich insbesondere an das Zentralorgan druck und papier endlich die Mitglieder über den Kampf der ausländischen Völker gegen Kolonialismus und Rassismus zu informieren.*

Begründung: Am 24.September 1973 erklärte die Bevölkerung von Guinea-Bissau durch eine Wahl die Unabhängigkeit ihres Landes. Diesem Schritt waren über 20 Jahre eines harten Befreiungskampfes vorausgegangen. Obwohl Portugal über die NATO und Südafrika von einigen Ländern, darunter auch der BRD, militärisch, wirtschaftlich und politisch unterstützt wurde und wird, konnten in Angola, Mozambique und besonders in Guinea-Bissau große Gebiete des Landes und der Bevölkerung befreit werden. Die unabhängige Republik Guinea-Bissau wurde bis jetzt von 70 Staaten diplomatisch anerkannt. Bei der Abstimmung über die Aufnahme der Republik Guinea-Bissau in der UNO-Vollversammlung enthielt sich die BRD der Stimme, obwohl die große Mehrzahl der Nationen den neuen Staat anerkannten. Nach wie vor hat die Bundesregierung diesen Standpunkt der "guten Beziehung" zu Portugal nicht aufgegeben, nach wie vor weigert sich die Bundesregierung mit fadenscheinigen Begründungen Guinea-Bissau als souveränen Staat anzuerkennen. Die Landesbezirksjugendkonferenz protestiert gegen die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes durch die Bundesregierung.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zum Befreiungskampf des Volkes von Guinea-Bissau und der Kapverdischen Inseln wurden rund 9 000 Unterschriften für folgende Forderungen gesammelt:
Bedingungslose, unverzügliche Anerkennung der Republik Guinea-Bissau durch die Bundesregierung!
Einstellung aller militärischen, wirtschaftlichen und politischen Unterstützung für das Faschistenregime in Lissabon durch die Bundesregierung!
Die gesammelten Unterschriften werden jetzt dem Komitee Südliches Afrika in Heidelberg zugeleitet. Dieses Komitee hat gemeinsam mit anderen Komitees ebenfalls eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Der Kommunistische Bund Westdeutschland unterstützt dieses Komitee.
Spenden für den Befreiungskampf des Volkes von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln und für die Partido Africano da Independencia da Guine e Cabo Verde (PAIGC) auf folgendes Konto:
Komitee Südliches Afrika, Volksbank Heidelberg, Konto Nr.29940

GESPRÄCH MIT EINEM HEIMATSCHUTZSOLDATEN

Bürgerkriegskommandos

Du bist Soldat im Süddeutschen Raum, beim Heimatschutzkommando 17 in Böblingen. Welche Aufgaben hat das Heimatschutzkommando?
Die Aufgaben gliedern sich einmal in den sogenannten "Flächenschutz" und zum anderen in den "Objektschutz". Der "Flächenschutz" richtet sich gegen Luftlandetruppen; der "Objektschutz" bezieht sich auf Einrichtungen, die für die "Versorgung der Bevölkerung wichtig" sind.

Was heißt hier "für die Versorgung der Bevölkerung wichtig"?
Neben Elektrizitäts- und Wasserwerken, die unmittelbar zur Aufrechterhaltung der Produktion notwendig sind, werden auch Industriebetriebe gegen "feindliche" Angriffe geschützt. Bei den letzten Streikkämpfen bei Daimler-Benz und Bosch in Sindelfingen riegelte eine Kompanie des Jägerbatallions 501 die Fabriken ab und bewachte sie. Hier zeigte sich, gegen welchen "Feind" sich diese Einheit in Wahrheit richtet. Hier zeigte sich klar, daß die Armee ein Instrument in der Hand der Kapitalistenklasse gegen das Volk ist. Die Abriegelung der beiden Betriebe sollte verhindern, daß die Kollegen den Streik aktiv in den Betrieben führen und sollte den frühen Zusammenbruch der Streiks bewirken, damit die Kollegen ihre Forderungen nicht durchsetzen können.
Während der Ausbildung wurde gesagt, daß die Feinde, gegen die wir eingesetzt werden sollen, "Sabotagetrupps" und "Untergrundorganisationen" seien. Gemeint ist hiermit die werktätige Bevölkerung, die in Streiks zur Durchsetzung ihrer Forderungen die Produktion der Kapitalisten "sabotiert".

Wie sieht diese Ausbildung aus?
Sowohl an bestimmten Punkten, z.B. der Ausbildung im Häuserkampf, als auch an der Bewaffnung und Kampfesweise der Soldaten läßt sich erkennen, daß eine gewaltsame Unterdrückung des Volkes der eigentliche Verwendungszweck ist. So verfügt z.B. die Kampfkompanie des Jägerbatallions 501 nur über leichte Waffen, zu deren Bedienung höchstens 2 Mann erforderlich sind. Dazu gehören Waffen, die gegen Flächenziele, Menschenmengen als ideale Ziele, eingesetzt werden, wie Maschinengewehre auf Lafetten und Splittergranaten, die nur gegen sogenannte "lebende Ziele" eingesetzt werden können.

In Böblingen sind auch 2 amerikanische Einheiten stationiert. Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen dem Jägerbatallions 501 und diesen Einheiten?

Obwohl das Jägerbatallion 501, wie das gesamte Heimatschutzkommando 17, nicht der NATO untersteht, um dadurch bei Streiks und Ähnlichem eingesetzt werden zu können, besteht eine enge Zusammenarbeit mit den beiden amerikanischen Einheiten. Bei diesen handelt es sich um das First batallion sixteenth infantry und um eine psychologische Kampfeinheit, das "psycops".

Welche Aufgaben haben diese Einheiten?
Über die Aufgaben des "psycops" kann man nichts erfahren, da es systematisch abgeschirmt wird. Die andere Einheit hat ähnliche Aufgaben wie wir, ist jedoch mit schwereren Waffen ausgerüstet.

Bedeuten diese ähnlichen Aufgaben, daß diese Einheiten auch jederzeit gegen die westdeutsche Bevölkerung eingesetzt werden können?
Daran besteht kein Zweifel, weil die Soldaten auch die Waffen der jeweils anderen Einheit bedienen können müssen. Außerdem werden gemeinsame Übungen durchgeführt, wie Ende November die Übung "Harter Nußkern" auf der Schwäbischen Alb.
Läßt sich diese Unterdrückungsfunktion der Armee gegen das Volk ohne eine Unterdrückung der Soldaten gewährleisten?
Nicht umsonst stecken Soldatengesetz und andere Vorschriften der Freiheit des Soldaten einen sehr engen Rahmen. So ist dem Soldaten jede politische Betätigung verboten, während er Uniform trägt. Auch in unserer Freizeit und ohne Uniform müssen wir uns für die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" einsetzen. Was darunter verstanden wird, zeigt sich daran, daß zur Zeit Oberleutnant Wacker, ein glühender Faschist, als Sicherheitsoffizier des Jägerbatallions 501 die Aufgabe hat, dies zu überwachen. Trotzdem bildet sich jetzt, in der Krise des Kapitalismus, unter uns Soldaten ein wachsendes Bewußtsein über die Funktion der Armee heraus und viele von uns werden nicht blind für die Kapitalistenklasse marschieren, wenn es von uns verlangt wird.
Vielen Dank für das Gespräch.



Unser dpa-Bild zeigt zwei Angehörige eines ABC-Trupps, die sich in einer simulierten Szene um einen Soldaten kümmern, der in panischer Angst schreiend durch den Wald lief. (dpa. Truppenübungsplatz Daaden/Westerwald 1965)

Frankfurt. Zur Bundeswehr eingezogen wurde jetzt der fortschrittliche Schüler Peter. S., ohne seine Schulausbildung beendet zu haben. Peter S. wurde vier Monate vor dem Abitur von seiner Mutter von der Schule abgemeldet auf den Rat der Direktion der Wöhler-Schule. Der Mutter wurde erklärt, man würde ihren Sohn sonst rausschmeißen. Peter S. war als fortschrittlicher Schüler der Direktion mißliebig. Der Versuch, an anderen Frankfurter Schulen die Ausbildung zu beenden, scheiterte. Man schob vor, Peter S. erst im nächsten Schuljahr aufnehmen zu können. Die Tatsache, daß jetzt der Schüler zum Bund muß, zeigt die Zusammenarbeit von Schulbürokratie und Bundeswehr zur Säuberung der Schulen von fortschrittlichen und kommunistischen Schülern.

Der MAD - eine politische Geheimpolizei

SOLDATEN SOLLEN ZU SPITZELN ERZOGEN WERDEN

Der Militärische Abschirmdienst (MAD) hat im größten Ausmaß die geheimpolizeiliche Überwachung der Bevölkerung übernommen. Auf seiner letzten Pressekonferenz rühmte sich der Chef des MAD, Brigadegeneral Paul Albert Scherer, daß der MAD "mehr als drei Millionen" Bundesbürger überprüft hat. ("Die Welt") Darunter fallen zum Beispiel die 105 000 Wehrpflichtigen, die jedes Jahr eingezogen werden. "Bei 66 159 Überprüfungsvorgängen mußten Sicherheitsrisiken festgestellt werden." ("Die Welt") Das heißt, der MAD hat 66 159 Personen als "Sicherheitsrisiko" in "Schwarzen Listen" für den "Tag X" gespeichert.

Hierbei arbeiten Militärs aller Dienstgradstufen unter der Hand auch mit faschistischen Geheimorganisationen zusammen. Ein teilweise bekanntgewordenes Beispiel für solch einen Geheimbund ist die "Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit e.V.". Deren Boß, Friedrich Grau (CDU-Mitglied) plauderte vor kurzem aus, welches Schicksal man den Roten bereiten wolle. Von "Vergiften" und ähnlichen Geschichten war da die Rede. Zu diesem Zweck wurden bereits "Schwarze Listen" von Kommunisten, Sozialdemokraten und progressiven Demokraten angelegt, mit denen diese Rechtsradikalen "abrechnen" wollen. Man habe "alle diese Linken längst in Karteien erfaßt und sie in der Schweiz sicher deponiert. An diesen Panzerschrank komme kein Unbefugter heran." (zitiert nach "die tat", 5.1.74)

Der MAD beschränkt seine Arbeit beileibe nicht nur auf die Bundeswehr, sondern überwacht zusammen mit dem Verfassungsschutz auch immer größere zivile Bereiche – zum Beispiel "mehr als 12 000 Infrastrukturobjekte" ("Die Welt"). Dabei handelt es sich unter anderem um rüstungswichtige Betriebe, strategisch bedeutsame Hafenanlagen, Raffinerien, Bahnhöfe usw. sowie deren Belegschaften.

Um diesen Aufgaben nachzukommen, verfügt der MAD derzeit über einen jährlichen Etat von 60 Millionen DM. Das heißt, die SPD/FDP-Koalition hat die finanziellen Mittel für den MAD gegenüber der "großen Koalition" von 1969 verdoppelt. Des weiteren verfügt der MAD laut "Welt" vom 20.11.73 über "2 000 hochqualifizierte Fachkräfte". Diese Fachkräfte können zu einem Großteil auf ihre reichen Erfahrungen aus der Zeit des Hitlerfaschismus zurückgreifen:
Der derzeitige MAD-Boss und Brigadegeneral Scherer war unter den Nazis Kommandeur eines Panzergrenadierbataillons. Der ehemalige MAD-Hauptschutzmann und jetzige Generalmajor Franz Joseph Schulze war Inhaber des Nazi-Ordens "Deutsches Kreuz in Gold" und wurde 1944 von Hitler mit dem "Ritterkreuz" ausgezeichnet. Der ehemalige Kommandeur einer MAD-Gruppe und jetzige Befehlshaber des Wehrbereiches VI (Bayern) war Abteilungschef im Reichsluftfahrtministerium.
Fachkräfte dieser Art haben in den 18 Jahren des Bestehens des MAD einen Apparat von 25 000 Spitzeln in der Rüstungsindustrie und in der Truppe aufgebaut. In der Bundeswehr handelt es sich hauptsächlich um sogenannte S 2- und G 2-Offiziere, die für die "Sicherheit" der Bundeswehreinheiten zuständig sind.

Wie aus dem nachstehenden Befehl deutlich wird, maßen sich diese G 2-Stellen immer mehr widerrechtliche Polizeibefugnisse **auch für den zivilen Sektor** an:

MELDUNG ZUR TERRITORIALEN G 2-LAGE
Vorg.: WBK III – G 3/4 – Az 10-82-02
Anordnungen für den Wehrbereich Teil "A"
Nr. 2/73 vom 29.10.73

Alle Ereignisse, Vorkommnisse, auch Ankündigungen von Aktionen, die die Territoriale G 2-Lage berühren, sind unverzüglich formlos dem Standortältesten zu melden.
Dies sind insbesondere:
- *Flugblatt-, Plakat- und Drucksachenaktionen*
- *Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen*
- *Stör- und Gewaltaktionen*
- *Auftreten irregulärer Kräfte*
- *Sonstige Aktionen, soweit sie nicht durch BV erfaßt werden.*

Hierbei interessieren möglichst umfassende Informationen über:
- *Ort, ggf. Ortsteil, Objekt*
- *Verantwortliche Organisation(en), sowie Mitarbeiter/Mittäter*
- *Titel, Thema, Ziele*
- *Autor, Täter (Impressum, Redner, Unterschrift)*
- *Wie geschah es (Modus) und warum (Motiv)*
- *Reaktion der Bevölkerung/Truppe*
- *Eigene Maßnahmen*
- *Bemerkungen*

Dieser Befehl (sowie die ständig verstärkten Bürgerkriegsübungen von Bundesgrenzschutz und Bundeswehr und das Anlegen von "Schwarzen Listen") beweist, wie sich die Militärs auf die Unterdrückung der Bevölkerung sorgfältigst vorbereiten. Die Vorbereitungen auf die militärische Niederschlagung der Arbeiterklasse laufen auf Hochtouren, ohne daß die Kommunisten bisher in genügendem Ausmaß entsprechende Gegenschritte unternommen hätten.
Es gilt immer dringender, den Militarismus an allen Fronten verstärkt zu bekämpfen: In den Schulen (zum Beispiel gegen Wehrkundeunterricht), im Ausbildungsbereich (zum Beispiel gegen die "Tob-Job"-Werbung der Bundeswehr), an den Universitäten (zum Beispiel gegen Bundeswehrhochschulen), in der Bundeswehr (zum Beispiel gegen Bürgerkriegsübungen) usw. usf.
Es gilt auf allen Gebieten zu verhindern, daß die bürgerlichen Militärs ihren zügellosen Terror (siehe Chile) gegenüber der Arbeiterbewegung, den sie jetzt vorbereiten, verwirklichen können, Der Kampf muß neben anderen Maßnahmen zugespitzt werden auf folgende Programmforderung des KBW:
Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung;
Wahl der Offiziere

—n.b., Ludwigshafen—

Kantinenmonopol

In unserer Kantine wurde der folgende Befehl bekanntgegeben, der uns verbietet, Speisen und Getränke außerhalb der Kaserne zu kaufen und in die Kaserne mitzubringen:

KASERNENBEFEHL NR. 1/74
Versorgungsbataillon 2
Kasernenkommandant
Az 07.01. 10-16

1. *Vorkommnisse geben Anlaß, darauf hinzuweisen, daß trotz eindeutiger Befehle gegen die Erlasse VR III.2-Az.69-11-01 vom 8.03.1966 (Vfg BBv-III A 1.13-Az 69-4-01 v. 29.03.1966) ... verstoßen wird.*
   Hiernach sind Genuß- und Nahrungsmittel (Speisen, Getränke etc.) grundsätzlich nicht von außerhalb des Kasernenbereichs zum Verkauf und Verzehr in die Kaserne einzubringen, sie sind ausschließlich vom Kantinenpächter der Graf-Haeseler-Kaserne zu beziehen. ...

Die Kantine, die aufgrund der zentralen Lage so und so schon genug an uns verdient, soll durch diesen Befehl zur einzigen Einkaufsquelle für die Soldaten werden. Die Kantinenwirte, meist gediente Soldaten, sind nicht beim Bund angestellt, sondern müssen lediglich einen bestimmten Teil ihres Gewinns an den Bund abführen.
Während die Offiziere im Kasino Getränke und Speisen zum "Selbstkostenpreis" kaufen können, sollen die Mannschaften durch diesen Befehl gezwungen werden, die größtenteils teuren Nahrungsmittel beim Kantinenwirt zu kaufen (ein Kasten Bier kostet in einem Einkaufszentrum der Stadt halb so viel wie beim Kantinenwirt).
Die Soldaten haben sich nicht gegen den Befehl gewehrt, weil sie so und so sich einen Dreck um den Befehl kümmern und weiterhin Lebensmittel von außerhalb mit in die Kaserne nehmen.
– F.H., Graf-Haeseler-Kaserne, Kassel

„Was wie ein Demonstrant aussieht, festnehmen!"

EIN POLIZIST BERICHTET/POLIZEIEINSATZ AM 18.MAI 1973 IN DORTMUND ANLÄSSLICH DES DEMONSTRATIONSVERBOTES IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Um die kommunistischen Organisationen zu kriminalisieren und für den bevorstehenden Breschnew-Besuch zu rüsten, erließ der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Weyer, am 3. Mai des vergangenen Jahres ein Demonstrationsverbot für alle kommunistischen Organisationen. Gegen dieses Verbot fanden am 18. und 19. Mai in Dortmund Demonstrationen verschiedener demokratischer und kommunistischer Organisationen statt. 5 000 Polizisten wurden aus ganz Nordrhein-Westfalen zusammengezogen, um die berechtigten Proteste zu unterdrücken. 900 Personen, Demonstranten wie Passanten, wurden festgenommen. Ein Polizist, der damals eingesetzt wurde, schreibt:

"Ich bin Polizeioberwachtmeister und bin in Düsseldorf tätig. Am 18. Mai 1973 war ich bei einer Demonstration in Dortmund eingesetzt. Der 18. Mai begann um 10 Uhr. Man durfte Schlange stehen, bekam Schutzschild und Pistole, zum Teil Tränengas, packte die Gasmaske ein und konnte essen gehen. Der Hundertschaftsführer sagte was von den Linken, die man ja kenne, und darum müsse man damit rechnen, daß es hart auf hart gehe: "Bei sowas müssen wir nun mal alle zusammenhalten". Dann verliest er noch ein Fernschreiben, in dem es heißt, daß es den Demonstranten auf einen Bullen nicht ankommt. Zwei Fahndungsbilder werden gezeigt: "Die Frau sieht sowieso aus wie eine Zigeunerin", und dann hat alles klar zu sein und man darf warten . . .

Während der Fahrt nach Dortmund erzählt ein achtzehnjähriger Kollege, der sich in der Freizeit mit Terrorkampf beschäftigt, was er mit denen machen will, die "aufmucken". In Dortmund werden wir auf einen Hinterhof verfrachtet und dürfen zwei Stunden warten. Dann kommt der Einsatz. Als wir am Einsatzort ankommen, sehen wir nur einen etwas größeren Platz, der eher wie ein Kinderspielplatz aussieht. Demonstranten? "Alles, was wie ein Demonstrant aussieht, wird festgenommen". "Wie soll'n wir die denn erkennen?" "Was geht mich das an, ich denke, Sie waren auf der Polizeischule!" Na ja, ich hab davon nichts gehört. – Dann gibt ein Goldfasan (Polizeioffizier) den Befehl: "Platz räumen!" Ich wechsle möglichst unauffällig meinen Platz und gehe zu denen, auf die ich mich verlassen kann. Die Kette geht los, von einer Mischung zwischen Angst und Machtgelüsten zusammengehalten. Denken tun die mit den goldenen Sternchen. Ein Rentner landet im Gebüsch. Passanten rufen was von SS und Nazis. Ich frag einen Unterführer ein bißchen aggressiv, was der Scheiß soll. Er wird unsicher und sagt, ich könne mir das ja schriftlich geben lassen. Dann geht der Spaß von vorne los. Ein besoffener Penner wird festgenommen und zwei Kinder, die dem Kommissar vor den Füßen rumliefen. Als die Mutter ankommt und den Kommissar fragt, ob er noch ganz echt sei, das wären ihre und so, läßt er sie wieder laufen. "Aber nicht wieder machen!" Die Kollegen lachen ihn etwas aus. Beim letzten Durchgang nimmt man noch eine Frau fest, die mit ihrem Mann und dem Kinderwagen keine Lust mehr hat, wegzugehen.

Ergebnis: Kollegen, die sich in kleinen Grüppchen sammeln und sich gegenseitig trösten. Mehrere hundert Schaulustige. SS-Rufe einiger älterer Passanten. Insgesamt ein technischer K.O. der Polizei. Spätere Ansätze zur Diskussion werden abgewürgt, indem man die Schuld auf den Goldfasan schiebt. –
(. . .) Die Polizei bleibt ein Scheißladen. Und daran wird sich sicher nichts ändern, wenn man sagt, daß dafür der einzelne verantwortlich ist. Man sollte anfangen, mit ihnen zu diskutieren. Aber bitte dort anfangen, wo sie stehen, nämlich rechts. Unmöglich ist ja nun mal nichts."

POLIZEI GEGEN TÜRKEN

Politische Verhaftung

FREIHEIT FÜR YILDIRIM DAGYELI

Saarbrücken. Am Dienstag, 12.2., wurden in Saarbrücken ein Arbeiter und drei Studenten aus der Türkei verhaftet. Die Kriminalpolizei begründete die Verhaftung nach langem Zögern und widersprüchlichen Angaben mit dem dringenden Verdacht der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung.

Am Mittwoch, 13.2., wurden die drei Studenten freigelassen, weil sich dieser Verdacht trotz aller Kreuzverhöre als nicht begründet herausstellte.
Yildirim Dagyeli, der vierte der Verhafteten, wurde am Mittwochmorgen nach Frankfurt abtransportiert, weil gegen ihn von der Staatsanwaltschaft Frankfurt ein Haftbefehl vorlag. So jedenfalls lautete die offizielle Information. Am Donnerstag jedoch erfuhren wir, daß in Frankfurt nichts von Yildirims Ankunft bekannt war; sein Rechtsanwalt wußte nicht, wo er war. Diese Verhaftungen stellen ein weiteres Beispiel der konkreten Anwendung der reaktionären Ausländergesetze dar.
Zirka 100 Studenten hatten am Dienstag und Mittwoch durch spontane Demonstrationen vor Polizei und Gericht und durch Flugblattverteilen in Saarbrücken ihre Solidarität mit den Verhafteten bekundet. Diese öffentlichen Solidaritätsaktionen trugen sicherlich entscheidend dazu bei, daß die drei Studenten wieder freigelassen wurden. Wir stellten fest, daß die Polizei alleine durch die Anwesenheit von ca. 40 Personen sehr verunsichert war und uns dauernd aufforderte, nichts zu unternehmen. Einem Genossen wurde von einem Zivilpolizisten der Fotoapparat gewaltsam weggenommen und beschlagnahmt, und diese Herren waren erst bereit, ihren Namen zu nennen und eine Quittung für den Fotoapparat auszustellen, nachdem ca. 40 Personen empört das Polizeifahrzeug umstellt hatten und uniformierte Polizisten mit hinzuzogen.
Am Freitag, 15.2., fand in Saarbrücken eine Solidaritätsdemonstration für den inhaftierten Yildirim Dagyeli und für freie politische Betätigung statt.
Kämpfen wir gemeinsam für die freie politische Betätigung aller demokratischen und fortschrittlichen Organisationen und Kräfte in der BRD!
Freiheit für den noch inhaftierten Yildirim Dagyeli!
Kampf dem Komplott zwischen dem BRD-Imperialismus und den faschistischen Regimes!
Schluß mit der Bespitzelung und Verfolgung von fortschrittlichen Ausländern und Deutschen!
Es lebe die internationale Solidarität!

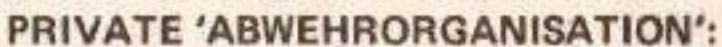


Keine Hinrichtung Salvador Puigs!

Frankfurt. Etwa 300 Spanier und Deutsche demonstrierten am 9.2.74 in Frankfurt gegen die drohende Hinrichtung des spanischen Antifaschisten Salvador Puig.

Die Ortsgruppe des KBW hatte als einzige deutsche Organisation die Aktionseinheit verschiedener spanischer Organisationen (der MCE, PCE, Arbeiterkommissionen von Hoechst und Opel und anderen) auf Grundlage eines eigenen Aufrufs unterstützt. In unserem auf deutsch und spanisch gehaltenen Kundgebungsbeitrag haben wir die Gewißheit ausgedrückt, daß das spanische Volk den Faschismus stürzen wird, alle "Liberalisierungs"-Manöver durchkreuzen wird, und nicht zurück zur bürgerlichen Demokratie, sondern vorwärts zur Errichtung einer revolutionären Demokratie des Volkes gehen wird. Auch viele Mitglieder und Anhänger der revisionistischen KP Spaniens haben diese Ausführungen mit kräftigem Beifall aufgenommen, obwohl sie in direktem Gegensatz zur verräterischen Linie ihrer Parteiführer standen.

–gk, Frankfurt–



PRIVATE 'ABWEHRORGANISATION':

Unternehmertruppe übt in Kassel

FÜR DAS VERBOT PRIVATER BÜRGERKRIEGSARMEEN

Die "Hessische Allgemeine" meldete am 11.2.1974:
"Passanten, die in der Nacht zum Samstag in der Kasseler Innenstadt unterwegs waren, blieben zuweilen erschrocken stehen oder drängten sich in Kaufhauspassagen. Ursache der Verunsicherung waren Trupps von Uniformierten, die sich mit Schäferhunden durch die Straßen bewegten, Häuserfronten inspizierten und Gebäude umstellten. Zwischen Freitag, 21 Uhr, und Samstag, 5 Uhr, machten sie der Polizei Konkurrenz. Denn bei den Uniformierten handelte es sich nicht um staatlich bezahlte Ordnungshüter, sondern um Angehörige einer privaten 'Abwehrorganisation' (. . .)."

Bei dieser Firma handelt es sich um das Unternehmen G.u.F.Mihm OHG in Kassel, die sich selbst "die größte Abwehrorganisation Europas" nennt (so die Reklame auf dem amtlichen Fernsprechbuch). Diese Firma, deren Chef selbst lange Zeit beim amerikanischen Geheimdienst CIA tätig war, betreibt Abwehr von Industriespionage, Schutz von Geldtransporten, Ermittlungen, Beobachtungen sprich Spitzeleien und sogenannten Werkschutz. Dazu unterhält sie zahlreiche Agenturen im In- und Ausland, private Funkwagen, Schlägertrupps (vor allem südkoreanische Karateschläger), Scharfschützen und bissige Hunde. Wie das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL vor längerer Zeit berichtete, werden diese Scharfschützen an nur einem Ziel ausgebildet: das Herz des Gegners.

Solche Privatunternehmen stehen nicht im Widerspruch zur Bundeswehr, Bundesgrenzschutz oder etwa der Polizei, im Gegenteil, sie leisten diesen Machtorganen der Bourgeoisie nützliche Schützenhilfe bei "Spezialaufgaben". Genau wie diese private Bürgerkriegsarmee probt auch die Polizei und der Bundesgrenzschutz den Einsatz gegen kämpfende Arbeiter, um das Eigentum der Kapitalisten zu schützen. Darüberhinaus muß es den einen Kapitalisten vor der Neugier des anderen schützen, aus Angst vor der Konkurrenz. Wenn es aber gegen die Arbeiter geht, sind sich alle Kapitalisten einig. Es ist daher auch verständlich, daß der Kasseler Polizeipräsident nichts gegen solche Einsätze unternehmen kann.
Jeder aber, der für gerechte Forderungen auf die Straße gehen will, muß das vorher bei der Polizei anmelden, muß vorher den bürgerlichen Staat um Erlaubnis fragen, aber die Beschützer der Kapitalisten haben freien Lauf.
Fordern wir dagegen das Verbot privater Bürgerkriegsarmeen! Fordern wir die Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung! –F.H.,Kassel–



Die Polizei führt die Türken ab.

Drohende Abschiebung

WEGEN POLITISCHER ARBEIT NACH PERSIEN

Abgeschoben werden soll in München der Jungarbeiter Sascha Haschemi, dessen Vater Perser, die Mutter Deutsche ist. Obwohl die Familie seit Jahren in der BRD lebt, Sascha Haschemi hier geboren, zur Schule und in die Lehre gegangen ist und kein Wort persisch spricht, soll er nach Persien abgeschoben werden. Der Grund dafür ist, daß er als Lehrling politisch gearbeitet hat und Mitglied der Roten Garde (Jugendorganisation der Gruppe Roter Morgen KPD/ML) ist. Deshalb wurde sein Einbürgerungsantrag immer wieder hinausgezögert und deshalb soll er jetzt abgeschoben werden. Anlaß für den Prozeß und die Abschiebung ist die angebliche Beteiligung an sektiererischen Aktionen der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) anläßlich der Olympiade 1972 in München.
Für Sascha Haschemi bedeutet die Abschiebung nach Persien entweder das Todesurteil oder langjährige Gefängnisstrafen. Damit hätte die Klassenjustiz in der BRD die schmutzige Arbeit dem faschistischen Persien überlassen, selbst aber ihr Ziel erreicht: Die Ausschaltung von Sascha Haschemi ohne politischen Prozeß. Dieses Vorgehen der Klassenjustiz zeigt, daß auch der fadenscheinigste Vorwand gut genug ist, um gegen Demokraten und Kommunisten vorzugehen. Es hängt auch zusammen mit der Verfolgung, der fortschrittliche ausländische Organisationen in letzter Zeit ausgesetzt sind, weil sie die "außenpolitischen Belange der BRD beeinträchtigen". Besonderen Angriffen unter diesen Organisationen ist die Organisation persischer Studenten in der BRD (CISNU) ausgesetzt, die der SPD/FDP in ihrem Ölgeschäft mit dem Schah im Wege ist.
Der Versuch, Sascha Haschemi nach Persien abzuschieben, richtet sich gegen die freie politische Betätigung in der BRD.
Keine Abschiebung von Sascha Haschemi!
Für die Einbürgerung von Sascha Haschemi! –X.B., KG München–

DEMONSTRATION GEGEN SCHAH-REGIME

Aachen. Etwa 350 Menschen waren dem Aufruf zu einer Demonstration am 14.2. gefolgt, zu der der "Iranische Studentenverein" Aachen, Mitglied der CISNU, gemeinsam mit einer Reihe anderer fortschrittlicher Organisationen, darunter auch die KHI/Sympathisanten des KBW, aufgerufen hatte.
Sie demonstrierten gegen die Terrorherrschaft des Schah-Regimes, forderten Freiheit für alle politischen Gefangenen im Iran, wandten sich gleichzeitig gegen die BRD-Regierung, die durch Waffenlieferungen, Devisenhilfen und durch die politische Unterdrückung und Kriminalisierung iranischer Oppositioneller und ihrer Organisationen in der BRD gemeinsame Sache mit dem Schah-Regime macht.

–U.H., KHI Aachen–

MIT PISTOLE GEGEN AUTOFAHRER

Die Hildesheimer Polizei hat sich mehrfach als sehr aufmerksam erwiesen. So wurde der Autofahrer Papke vom Polizeiobermeister Kutzner mit einer Dienstpistole gezwungen, seinen VW zu verlassen und sich mit erhobenen Händen neben den Wagen zu stellen. Warum? Papke hatte eine Geschwindigkeitsübertretung von 11 km begangen. Der oberste Polizeichef Kinny rechtfertigte das dienstbewußte Verhalten seines Meisters mit den Worten: "Diese Maßnahme und die nachfolgende Durchsuchung wurden durch das eigenartige Verhalten des Herrn Papke verursacht und waren zur Eigensicherung des Beamten geboten und auch rechtsmäßig." Kinny war jedoch anständig und erklärte, er habe "durchaus Verständnis dafür, daß Bürger in solcher Form nicht gern überprüft werden." - J.M. -

NACH ABSETZUNG EINES HÖRSPIELS:

NDR-Kollegen gehen auf die Strasse

SPRECHER UND REDAKTEURE WEHREN SICH GEGEN POLITISCHE ZENSUR

"Jetzt reicht es aber!" Das war die Reaktion vieler Kollegen beim Norddeutschen Rundfunk, als sie erfuhren, daß das Hörspiel "ZUGINSFELD" von den NDR-Größen abgesetzt worden war. Nach Meinung dieser "hohen Herren" ist das Hörspiel "politisch untragbar", ja sogar "verfassungsfeindlich".
"Politisch untragbar" ist das Hörspiel sicher nicht für die arbeitende Bevölkerung in Westdeutschland. Wird in ihm doch – anhand eines antimilitaristischen Gedichtes und Interviews mit Offizieren, Soldaten und Politikern – die Bundeswehrhochschule als Eliteakademie der Unterdrücker des Volkes aufs Korn genommen. Und diese Feststellung ist nicht "politisch untragbar", sondern schlichtweg die Wahrheit.

Doch die Wahrheit darf man in Westdeutschland über den Rundfunk nicht verbreiten.
Während CDU und SPD sich seit November in den Haaren liegen, wer denn nun neuer Intendant werden soll, sind sie sich bei der Durchsetzung immer schärferer Zensur beim NDR einig wie immer, wenn es gilt, die demokratischen Rechte des Volks zu beschneiden. So wird ein antimilitaristisches Hörspiel abgesetzt; eine Ansagerin wird kurzfristig beurlaubt, weil sie zur Solidarität mit dem chilenischen Volk aufruft; so müssen seitdem alle Wortbeiträge im Unterhaltungsmagazin vor den Sendungen zur Zensur vorgelegt werden.
Die Herrschenden entwürdigen die Redakteure beim Rundfunk und beim Fernsehen derart, daß zum Beispiel einer von ihnen bei einer Sendung von Folkloreliedern die Zeilen, in denen das Wort "Revolution" vorkommt, nicht übersetzt, weil er Angst hat, deshalb gemaßregelt zu werden.
Das Mäntelchen der "öffentlich-rechtlichen Anstalt" des NDR wird immer löcheriger, und darunter schaut heraus, was er wirklich ist: ein Staatsrundfunk, ein Rundfunk im Dienste der Kapitalistenklasse!
Doch die Kollegen beim NDR beginnen sich zu wehren.
Die Techniker haben keine Lust mehr, Bänder zu fahren, in denen zum Beispiel Genscher und seine Freunde in aller Ruhe gegen die Lohnkämpfe der Kollegen bei der Post hetzen können, während sie fortschrittliche Sendungen wie "ZUGINSFELD" zum Verstauben ins Archiv stellen müssen. Die Sprecher und Redakteure lehnen sich auf gegen die zynische, von den Herrschenden diktierte Alternative, entweder sich freiwillig zu zensieren und sich zum Sprachrohr der Bourgeoisie zu machen oder gefeuert zu werden.
Deshalb wollen sie, wie die Redakteursversammlung am 5. Februar beschloß, am Dienstag, 19.2. auf die Straße gehen und mit der gesamten Belegschaft des NDR gegen die untragbar politische Zensur und Einschränkung der Informationsfreiheit beim NDR zu protestieren. Damit wenden sie sich an die Richtigen: an die Arbeiterklasse und an das Volk. Denn diese werden es sein, die durch den Sturz des kapitalistischen Staates das schaffen werden, was auch immer mehr Kollegen beim NDR wollen: einen Rundfunk, der zum Sprachrohr der Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes wird, einen Rundfunk im Dienste des Volkes!

–W.P., Hamburg–

Waffe gegen Lohnkampf

DER RUNDFUNK DIENT DER HERRSCHENDEN KLASSE

An den Rundfunkanstalten ist es "gute Tradition" sich an den Abschlüssen im öffentlichen Dienst zu orientieren. Das hat für die Bourgeoisie den Vorteil, daß die Kollegen Journalisten nicht durch eigene Lohnkämpfe davon abgehalten werden, die Bevölkerung über die wahren gesellschaftlichen Zusammenhänge zu belügen.
Die Kapitalisten und ihr Ausschuß, der bürgerliche Staat, brauchen gerade dann ihren Rundfunk am dringendsten, wenn es darauf ankommt, die aufgebrachte Bevölkerung und die zunehmende Kampfbereitschaft niederzuhalten.
So hörte man in den letzten Wochen zum Thema Lohnrunde über die Sender tönen: Regierungsvertreter, Gewerkschaftsvertreter und Wirtschaftsbosse. Die kämpfenden Belegschaften kamen kaum zu Wort. Am Tag vor der Urabstimmung konnte man Wirtschaftsminister Friderichs im 1. Fernsehprogramm sagen hören, daß wir in dieser schweren wirtschaftlichen Situation nun alle, alle zusammenhalten müssen gegen den Druck von außen. (In den Rundfunkanstalten hört man das ernstzunehmende Gerücht, daß diese Sendung im Auftrage der SPD-Regierung ausgestrahlt wurde.)
Das Beschwören der Notgemeinschaft mit den Kapitalisten und das Hinweisen auf den Feind von außen, vorgetragen in dezentem Grau, mit ernstem Gesicht, hat aber seine Wirkung verfehlt. Am nächsten Tag konnte man sagen: Die Kollegen im öffentlichen Dienst haben sich nicht blenden lassen, alle Uhren stehen auf Streik.
Für die Kollegen an den Rundfunkanstalten kommt es nun darauf an, ihre eigenen Lohnkämpfe zu führen und dafür zu sorgen, daß die Lohnrunde in Zukunft für alle gleich geführt wird.
Daß aber auch sie den Kampf für ihre eigenen Interessen aufgenommen haben, beweisen sie mit ihrer Demonstration am Dienstag.

Chile - Die Volksmacht aufbauen

AGIT–PROP–STÜCK DES "ROTEN SIGNALS" BRAUNSCHWEIG

Am 1. Februar führte die Agit-Prop Truppe "Das Rote Signal" Braunschweig sein Stück "Chile – die Volksmacht aufbauen" auf. Zu der Veranstaltung kamen knapp 500 Menschen, die dem Stück begeistert folgten. Für den Kampf des chilenischen Volkes wurden ungefähr 350 DM gesammelt.

Das "Rote Signal" Braunschweig ist eine Agit-Prop Truppe, die sich der Linie des KBW zuordnet.

Wir gehen davon aus, daß wir der bürgerlichen Kunst und Kultur, auf die wir überall stoßen (im Fernsehen, im Radio, auf Platten usw.) die Kunst der Arbeiterklasse entgegenstellen müssen, um auch an dieser Front des Klassenkampfes die Volksmassen zu einen und gegen die Bourgeoisie führen zu können.

Unser erstes .Agit-Prop-Stück: "Chile – die Volksmacht aufbauen" ist unser erster Schritt auf diesem Weg, die ideologische Offensive an allen Fronten zu führen.

Hierbei ist es nicht nur unsere Aufgabe, ganze Agit-Prop-Stücke zu bestimmten Kämpfen zu machen, sondern es ist vorrangig unsere Aufgabe, die Kunst des Proletariats auf die Straße zu bringen, das heißt zu bestimmten Ereignissen kurze Szenen oder Lieder vor Betrieben und in Stadtteilen aufzuführen. So wird es möglich, daß die proletarische Kunst zu einer starken Waffe der ganzen Organisation im ideologischen Kampf wird.

DIE VOLKSMACHT AUFBAUEN

Das Stück handelt von der Entwicklung der Klassenkämpfe in Chile, in der Zeit von der Wahl der Unidad-Popular-Regierung bis zum illegalen Widerstand des Volkes gegen die Militärdiktatur. In den einzelnen Szenen wird dargestellt, wie die Volksmassen sich immer mehr von der Unidad-Popular Regierung abwenden, wie ihre Klarheit darüber wächst, daß nur die Zerschlagung des bürgerlichen Staates den Aufbau des Sozialismus ermöglicht. Andererseits wird auch dargestellt, wie die Kapitalisten und Großgrundbesitzer weiterhin in Saus und Braus leben, den Aufbau des Sozialismus überall verhindern und mit der Unterstützung durch die USA-Regierung ungehindert den Militärputsch vorbereiten zu können. Zwischen diesen beiden Seiten versucht die Unidad Popular zu "vermitteln", indem sie vor der Bourgeoisie zurückweicht und zum Beispiel Arbeiter, die eine Fabrik besetzt haben, mit Waffengewalt wieder hinaustreibt.

EINE SCHARFE WAFFE

Alle Zuschauer waren von dem Stück begeistert. Sie gaben während und nach der Aufführung immer wieder lang anhaltenden Beifall. Die einhellige Meinung aller Zuschauer brachte ein Genosse vom Chile-Komitee Göttingen zum Ausdruck: "Das Stück darf nicht nur in Braunschweig bleiben!"

Um es aber noch besser zu machen, wurde in der anschließenden Diskussion Kritik daran geübt, daß nicht deutlich genug dargestellt worden war, wie es auch im Volk selber noch verschiedene Meinungen gab, wie das Gerede der UP-Regierung vom friedlichen Übergang zum Sozialismus noch bei vielen verfing, wie sich aber trotzdem die Arbeiter und Bauern in Räten organisierten und "die Volksmacht aufbauten".

Das Stück ist "eine scharfe Waffe im ideologischen Kampf" wie es ein Genosse ausdrückte, und viele Freunde und Genossen, die sich in der Diskussion zu Wort meldeten, forderten, daß auch zu Fragen des Klassenkampfes in Westdeutschland derartige Stücke verfaßt werden und daß damit überall – zum Beispiel in der Form von Straßentheater – der Kampf um die öffentliche Meinung geführt wird.

–S.B., Ortsgruppe Braunschweig–



"Das Rote Signal" auf der Bühne in Braunschweig.

LESERBRIEF ZUM

»Gedicht einer Genossin«

Grundsätzlich ist es gut und richtig, bestimmte Probleme in Form von Gedichten oder ähnlichem auszudrücken und es ist auch grundsätzlich richtig, in der KVZ Gedichte abzudrucken. In diesem Fall aber enthält das "Gedicht einer Genossin" eine Menge inhaltlicher Fehler und Unklarheiten, und das ist nicht gut. Ein Gedicht sollte in der KVZ stehen, weil es eine richtige Aussage macht und nicht, weil man zufällig grad mal eines geschickt kriegt. Und wenn man schon Gedichte abdruckt, in denen Fehler vorkommen, dann muß dazu ein Kommentar von der Redaktion oder sonstwem stehen, sonst hat die Sache schon gar keinen Wert.

Was meint die Genossin eigentlich mit den "kommunistischen Abenteurern"? Die Aussagen, die zu diesen Menschen gemacht werden, sind sehr abstrakt, so daß alles oder nichts damit ausgesagt ist. Zwei Beispiele: Das Gedicht erweckt den Eindruck, als könnten Menschen mit langen Haaren niemals Kommunisten sein – das ist offensichtlich falsch. Und die Internationale ist ein sehr schönes Lied, es ist nichts dagegen zu sagen, wenn man sie pfeift, oder? Die Genossin macht hier den Fehler, daß sie bestimmte Formen, die manchmal Ausdruck eines verdrehten Bewußtseins sind, grundsätzlich ablehnt, und meint, wo diese Formen da sind, müßte notwendig auch ein falsches Bewußtsein da sein. So kann man das aber nicht machen. Der gleiche Fehler, diesmal in umgekehrter Richtung, taucht dann im zweiten Teil des Gedichts auf: Die Genossin wird doch nicht im Ernst sagen, daß jeder streikende Kollege, jeder gefeuerte Lehrling usw. schon ein Kommunist ist. Das will sie sicher auch nicht.

Also: Bringt auf jeden Fall mehr Gedichte, auch kurze Geschichten, Zeichnungen usw., aber seid in der Auswahl genauso sorgfältig wie beim Schreiben der Leitartikel: Auch bei der Kunst kommt es in erster Linie auf den (richtigen) Inhalt an!

Es gibt zum Beispiel hervorragende Gedichte von Erich Weinert, die ziemlich regelmäßig in der "Roten Fahne" abgedruckt wurden. Da findet man gute Beispiele. J.J.

Die Redaktion in eigener Sache

Die Kommunistische Volkszeitung wird nicht von einer Redaktion zusammengeschrieben, sondern besteht zum größten Teil aus Artikeln und Korrespondenzen von Genossen aus allen Ortsgruppen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, aus Beiträgen und Zuschriften von Sympathisanten und von Genossen der befreundeten Massenorganisationen der Arbeiterjugend, der Schüler und Studenten und der werktätigen Intelligenz.

Die Redaktion, dieauswählt, kürzt und zusammenstellt und zusammen mit den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses einen Teil der Artikel schreibt, besteht aus drei Genossen, von denen einer ganztags und zwei halbtags freigestellt sind für die Redaktionsarbeit. Die Redaktion stellt nicht nur jede Ausgabe der Zeitung zusammen, sondern stellt auch in Zusammenarbeit mit den Genossen Setzern und Fotolaboranten die endgültige Druckvorlage her.

Pro Ausgabe haben wir ungefähr 2 bis 3 mal soviel Artikel, Zuschriften und Korrespondenzen wie schließlich in der Zeitung abgedruckt werden können. Das ist eine ausgezeichnete Sache. Denn wieviel entscheidender für eine gute Massenzeitung als die gelegentliche Enttäuschung, daß dieser oder jener Beitrag nicht aufgenommen werden konnte, ist doch die Tatsache der breiten und vielfältigen Mitarbeit einer großen Zahl von Genossen. Jeder Beitrag, auch der nicht veröffentlichte, wird studiert und trägt zur Verbesserung der Zeitung bei. Daneben erhalten wir innerhalb der 14 Tage zwischen dem Erscheinen der Zeitung ungefähr 40 Zuschriften, die sich kritisch mit der Zeitung und einzelnen Artikeln befassen und Anregungen und Vorschläge zur Verbesserung machen. Nach Möglichkeit versuchen wir alle Zuschriften zu beantworten, geraten dabei allerdings öfters in Verzug. Oft erhalten wir auch Vorschläge, diesen oder jenen Artikel zu schreiben, diese oder jene vernachlässigte Frage endlich einmal zu bringen. Dabei haben diejenigen, die diese Vorschläge machen, oft schon recht genaue Vorstellungen, wie ein solcher Artikel zu schreiben ist. Die Redaktion ist oft nicht in der Lage, mit ihren Kräften diese vielfach richtigen Vorschläge auszuführen. Auch Genossen haben oft die Vorstellung, da sitze eine 15-köpfige Redaktion, die das alles schreiben kann. Dagegen machen wir den Vorschlag, wo immer die Möglichkeit dazu besteht, daß in Form einer Korrespondenz die Ausführung und auch die teilweise Ausführung solcher Vorschläge gleich von den entsprechenden Genossen und Freunden der Kommunistischen Volkszeitung angepackt wird. Dies gilt auch für manche Kritiken. Wenn z.B. geschrieben wird, in diesem oder jedem Artikel fehle diese oder jene Information oder ist diese oder jene Sache falsch dargestellt, dann ist es das beste, wenn mit einer Korrespondenz der Fehler oder der Mangel beseitigt wird; das heißt eine Korrespondenz, die wir sogleich abdrucken können und die nicht dabei bleibt, die Redaktion aufzufordern, etwas zu schreiben. Durch dies Verfahren kann Kritik und Verbesserung der Zeitung schneller, besser und lebendiger erfolgen.

Mit dieser Aufforderung möchten wir allerdings nicht erreichen, daß nun in den Fällen, wo jemand diese Form der Korrespondenz nicht hinkriegt, die Kritik nicht geschrieben wird. Wir werden uns nach Kräften bemühen, jeder Kritik nachzukommen, wenn wir sie für richtig halten, und werden zu jeder Kritik in der Zeitung oder durch einen Antwortbrief Stellung nehmen.

– Die Redaktion –

Erst Freundschaft, dann Wettbewerb

NICHT FREUDE AM SPORT IST ZIEL DER VEREINE, SONDERN DAS AUSSTECHEN DER KONKURRENTEN

Wir haben uns sehr gefreut, daß in der KVZ 2/74 endlich einmal etwas über den Sport geschrieben worden ist. Allerdings ist dabei überwiegend von den Skandalen der Bundesliga die Rede und nicht von dem ganzen kapitalistischen Sportbetrieb, der Millionen von Menschen einbezieht.

Im Deutschen Sportbund sind heute 12 Millionen Mitglieder organisiert (ca. 20 % der Gesamtbevölkerung), in einigen Jahren sollen es 18 Millionen sein, und insgesamt werden dann vermutlich 28 Millionen Menschen in der Bundesrepublik in irgendeiner Form Sport treiben. Dieses Millionenheer von Sportlern ist in Vereinen organisiert, in denen ganz überwiegend zwar nicht ebensolche Dinge geschehen wie in der Bundesliga, in denen aber **die gleichen Prinzipien** herrschen, aus denen heraus der Profisport solche offenen Formen der Korruption und des Betruges annehmen konnte.

Wie sieht es in den 40 000 Amateurvereinen heute aus? Es sieht so aus, daß nicht die Freude am Sport und die Freundschaft der Sportler Sinn und Zweck dieser Vereine sind, sondern in erster Linie der Sieg über die Mitkonkurrenten. Es sieht so aus, daß "Tore zählen" und nicht etwa die Schönheit des Spiels und das Verhalten innerhalb und zwischen den Mannschaften. Es sieht so aus, daß die Spaltungs- und Schindermethoden der Bundesligaclubs sich abgeschwächt fortsetzen bis in den letzten C-Klasse-Verein hinab.

In welchem Fußballverein gibt es nicht einen "Stamm" von 15 Spielern für die erste Mannschaft und werden so die Ersatzleute notwendig darauf getrimmt, sich über die Fehler ihrer Mannschaftskameraden zu freuen, weil dann ihre Chancen steigen, selbst zum Einsatz zu kommen! In welchem Fußballverein werden nicht mindestens bei wichtigen Spielen die Mannschaften vorher "scharf gemacht", dem Gegner "auf die Knochen" zu gehen! In welchem Fußballverein dreht sich nicht alles um die erste Mannschaft und nimmt die Fürsorge um die anderen Mannschaften mit dem Grad ihrer Leistung ab!

Gerade in diesem letzten Fall haben wir in unserem Verein besondere Erfahrungen gemacht. Wir spielen in einer Soma-Mannschaft in Frankfurt Fußball. Soma heißt Sondermannschaft, da spielen meist die "Freizeitfußballer", die Leute also, die gerne Fußball spielen, ohne sich im Training unsinnig schinden lassen zu wollen oder einfach die Leute, die für erste Mannschaft oder Reserve nicht gut genug sind. Wir bekommen jetzt im Winter nur einmal in der Woche eine viel zu kleine Halle zum Training für zwei Mannschaften. Im Sommer oder an den Wochenenden beim Spiel ist es nicht anders: der Rasenplatz ist für uns ist für uns gesperrt, wir müssen auf den Aschenplatz, wo man sich bei jedem Sturz die Haut aufreißt. Der Verein ist sehr dahinter her, daß wir immer pünktlich unseren Beitrag bezahlen. Wollen wir aber einmal einen Satz Trikots oder ein paar Trainingsbälle, dann heißt es: "Wir haben kein Geld, seid froh, daß ihr überhaupt auf einen Platz dürft!" Nicht anders ist die Situation bei den Jugendmannschaften. Tatsächlich hat der Verein aber Geld, nur wird das in die leistungsstärkste Mannschaft gesteckt (Bezirksklasse). Spieler werden für etliche Tausender gekauft, Spesen und Essen gezahlt. Es ist unser Geld, mit dem das geschieht (und das der ansässigen Geschäftsleute), aber wir können nun mal nicht so gut Fußball spielen.

Das, was bei uns geschieht, geschieht in der einen oder anderen Form in jedem Sportverein. Statt allseitiger körperlicher Ausbildung ist die unbedingte Erreichung von Bestleistungen das Ziel. Das geschieht nicht nur durch einseitiges Training, das in erster Linie nicht der Gesundheit, sondern der jeweiligen Sportart dient, sondern vor allem geschieht das durch die Anstachelung des **individuellen** Leistungsstrebens. Ziel des Sportlers bei uns muß stets das "besser als die anderen" sein. Besser eben nicht nur als die Gegner im Wettkampf, sondern besser auch als die eigenen Mannschaftskameraden.

Nicht nur in den Fußball- sondern in allen Sportvereinen bei uns ist die Konkurrenz und nicht die Solidarität die Grundlage des Sportbetriebs. Denn die Prinzipien, die im bürgerlichen Sport herrschen, sind die gleichen wie in der ganzen kapitalistischen Gesellschaft.

Beim Höchstleistungssport springt das sofort ins Auge. Wie der Kapitalist im ständigen Konkurrenzkampf mit allen Mitteln wie Rationalisierung und Steuerbetrug versucht, seine Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, so werden die Sportler dazu getrieben, mit immer ausgefeilteren einseitigen Trainingsmethoden und Betrügereien wie Doping usw. ihre Gegner zu besiegen.

Für den ganzen Sport sieht es insgesamt so aus, daß für eine kleine Schicht von Höchstleistungssportlern alles Erdenkliche getan wird (und immer noch "zu wenig", wie von allen Seiten geschrieen wird): sie haben in ihren Leistungszentren die besten Trainingsbedingungen, sie haben ihr finanzielles Auskommen, sie können die schönsten Reisen machen. Für die großen Millionen der Sporttreibenden dagegen fehlt es an Freizeit, Sportplätzen und Turnhallen. Sie müssen überall nur draufzahlen, vom Sportgerät bis zur vollkommen unzureichenden Sportversicherung. Was so im Großen für den ganzen kapitalistischen Sport gilt, das gilt dann fein untergliedert in den einzelnen Vereinen erneut, wo auch immer nur die "Leistung zählt".

Gegen diese Situation in den Sportvereinen gibt es immer wieder Auflehnung, aber diese Auflehnung richtet sich noch nicht breit gegen die Konkurrenzgrundlage des herrschenden Sportbetriebs. Im Gegenteil – dieser bürgerliche Sportbetrieb ist eine gewaltige ideologische Macht über die Köpfe der Menschen, der aktiven Sportler wie der riesigen Masse der Zuschauer. Die Kapitalisten wissen das genau. Nicht umsonst zahlen sie große Summen zur Förderung des Höchstleitungssports und zur Propagierung des "Leistungsgedankens" im Sport. Die Arbeiter im Betrieb erkennen immer mehr, daß sie nur durch ihre Solidarität und durch den Kampf gegen ihre Spaltung voran kommen können. Im Sport aber werden sie massenhaft und ganz selbstverständlich zur Konkurrenz angehalten. Weil die Kapitalisten wollen, daß die Arbeiter sich im Betrieb so verhalten, wie es immer noch auf dem Sportplatz üblich ist, deswegen lassen sie sich ihre Sporthilfe einiges kosten.

Über alle Kanäle der Massenbeeinflussung, vor allem aber durch die Praxis in den Tausenden von Vereinen, wird die kapitalistische Sportgesinnung tief in den Menschen verankert, denen es ganz selbstverständlich erscheint, daß die Besiegung der Konkurrenten der einzige Maßstab ist, der im Sport zu gelten hat. Als hier in Frankfurt vor einiger Zeit die chinesische Tischtennis-Mannschaft zu Gast war, passierte es, daß ein chinesischer Spieler einen – wie er meinte – ihm zu Unrecht zugesprochenen Punkt an den deutschen Spieler zurückgab, indem er absichtlich den nächsten Ball verschlug. Damit war der deutsche Spieler nicht einverstanden und gab den Punkt seinerseits an den Chinesen zurück, indem er den nächsten Ball verschlug. Daraufhin begannen einige Zuschauer zu pfeifen.

Auch in unserer Soma kommt in vielen kleinen Dingen diese kapitalistische Sportgesinnung immer wieder zum Durchbruch, obwohl wir versuchen, das zu bekämpfen. Das kann auch garnicht anders sein, denn solange es den Kapitalismus gibt (und sogar noch, wenn die Arbeiter schon die Macht haben) beeinflußt er unser Denken und Handeln, und das kann sich nur in dem Maße ändern, wie wir unsere Klarheit über alle Zusammenhänge des Kapitalismus erhöhen. Entscheidend ist, daß man erkennt, daß der Sport keine neutrale Einrichtung über den Klassen ist, und daß er hier dem Kapitalismus dient. Entscheidend ist aber auch, daß man erkennt, daß das nicht notwendig so sein muß; daß der Sport dem Volke dienen kann, wenn man mit seinen kapitalistischen Formen aufräumt. Es wird Zeit, daß wir auch bei uns beginnen, im Sport die Freundschaft an die erste und den Wettbewerb an die zweite Stelle zu setzen. Es wird Zeit, daß wir den Kampf gegen den Kapitalismus auch auf die Sportplätze tragen.

– Soma-Fußballer aus Frankfurt –